



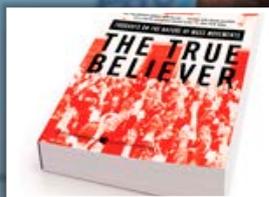
HUMANE WIRTSCHAFT



K(ri)ampf ums Bargeld



4 Roland Rottenfuß
Wunder mit Verfallsdatum



24 Gero Jenner
Das Genie als Prophet



8 Brett Scott
Die Gentrifizierung im Zahlungsverkehr



33 Karl-Martin Hentschel
Die „Nichtregierung“



HUMANE WIRTSCHAFT

Für strukturelle Veränderungen

Die Zeitschrift **HUMANE WIRTSCHAFT** wird vom gemeinnützigen „Förderverein für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V.“ mit Sitz in Essen herausgegeben.

- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist „mehr als eine Zeitschrift“, weil es nicht unser Hauptanliegen ist, alle zwei Monate bedrucktes Papier an Abonnenten zu liefern. Es geht vielmehr darum, **der Idee einer gerechten Bodenordnung und eines nachhaltigen Geldsystems eine Stimme zu geben**. Das geschieht mit Hilfe von Autoren, die jenseits eingefahrenen Denkens Kenntnisse über zukunftsfähige Alternativen vermitteln. Insofern erfüllt die Zeitschrift einen erforderlichen Bildungsauftrag. Unsere regelmäßigen Bezieher sind Botschafter und Möglichmacherinnen. Freundinnen und Freunde, die es für bedeutend und wertvoll erachten, dass wahren Alternativlösungen Raum gegeben wird. Es besteht Interesse daran, die für eine Transformation auf ökonomischem Gebiet unerlässlichen Erkenntnisse weiterzugeben. Meinungsbildungsprozesse sollen mit dem Ziel angestoßen werden, der politischen Umsetzung eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Ordnungsrahmens für Wirtschaft und Gesellschaft den Weg zu bereiten.
- Über das reine Abonnement hinausgehend gibt es die Fördermitgliedschaft. Mit ihrer Zeichnung bekunden mittlerweile viele Menschen ihren Willen, für grundlegende Reformen einzustehen und „ihrem“ Medium dabei zu helfen, sie der Realisierung näherzubringen.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** ist werbefrei, weil wir die Unabhängigkeit für ein hohes Gut halten. Wir wissen aus Rückmeldungen, dass jede unserer Ausgaben zu mehr Lesern gelangt, als die nackte Zahl der gedruckten Auflage zum Ausdruck bringt.
- **HUMANE WIRTSCHAFT** fördert Bildung. Wir reden mit den Menschen auf eigenen Veranstaltungen, ebenso wie auf Kongressen und Konferenzen sonstiger Organisatoren. Wir beteiligen uns an konkreten Projekten und leisten nach Möglichkeit Hilfe, wo immer danach gefragt wird.
- Der Boden ist uns nicht nur im Hinblick auf Ordnungsfragen eine Herzensangelegenheit. Er ist auch das Verbindende zu allen Mitmenschen und der Natur in seiner gesamten Schönheit. Wir stehen zur gleichen Zeit auf ihm. Er nährt uns. Aus „**Humus**“ entstand „**Humanität**“.
- Und weil wir nur gemeinsam mit anderen Menschen zu mehr Gerechtigkeit, Solidarität und intensiverer Kooperation kommen können, wünschen wir, dass Sie uns begleiten:

Gesell
Dich doch dazu

ist die Einladung an alle, die sich für eine humane Wirtschaft einsetzen. Wir wollen Ihr Medium sein!

Mit Spenden und Fördermitgliedschaften ermöglichen Sie uns von Werbung unabhängig zu bleiben.

Wir sagen ein herzliches Dankeschön für Ihre Spende.

Informationen zu Abonnements und Fördermitgliedschaften unter <https://humane-wirtschaft.de> oder direkt per E-Mail: service@humane-wirtschaft.de oder im Impressum und auf den Bestellkarten im hinteren Teil dieser Ausgabe.

Die Seminarreihe „**Wirtschaft und Gesellschaft**“
geht am **25. und 26. Mai 2019** weiter mit dem Thema:

Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft

Die Termine für Juli und September 2019 stehen ebenfalls bereits fest.

Details dazu finden Sie auf den Seiten 22 und 23 in dieser Ausgabe.

Veranstaltungsort: Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Wuppertal.

(Details und Anmeldung auch auf unserer Webseite)

Das Greta-Phänomen

Wenn die Schülerinnen und Schüler am „Friday for future“ der Schule fernbleiben, bekommen sie für diesen Akt des Ungehorsams zunehmend Rückendeckung aus der Bevölkerung. Das Problem, das sie auf die Straße bringt, ist der bedrohliche Klimakollaps. Er stehe bevor, falls die Menschheit weitermacht, wie die letzten Jahrzehnte. Die Angst nimmt zu, dass die Erde eines Tages kein wirtlicher Lebensraum mehr sein könnte. Dieser Sachverhalt alleine würde nicht zu großangelegten gemeinsamen Protestaktionen bewegen, denn es käme einem indianischen Regentanz gleich, bei dem man die Götter um Beistand bittet. Als das wesentliche Problem hat man ein anderes ausgemacht: das Versagen und die Untätigkeit der Eliten von Politik und Wirtschaft. Gegen ihr vermeintliches Unvermögen richtet sich der Protest. Man erwartet von ihnen konkrete Umsetzungen. Letztendlich sitzen sie an den Schalthebeln und ein radikaler Kurswechsel braucht einen handlungsfähigen Staat. Die europaweit zunehmende Masse an Protestierenden erzeugt Druck auf Entscheider und Politik. Während Skandale, wie der Dieselabgasbetrug der Autoindustrie, das Vertrauen in Demokratie und Konzerne erschüttern, findet die Forschung immer überzeugendere Indizien dafür, was die Klimaerwärmung für das Leben auf der Erde bedeutet. Nichts Gutes. Es gibt wissenschaftliche Einschätzungen, die zu relativierenden Ergebnissen kommen, wobei die dahinterstehenden Interessen zu Zweifeln Anlass geben. Der Gerechtigkeit wegen muss erwähnt werden, dass die Neutralität von Studien und Gutachten – egal, wer sie erstellt – wohl nie unanfechtbar bleibt.

In einem Punkt scheint man sich einig zu sein: Die komplexe Problemlage lässt sich auf einzelne Aspekte reduzieren. Jeder kann im Alleingang etwas tun, ohne auf „Entscheidungen von oben“ zu warten. Bewusstes Einkaufen und Konsumieren, weniger Energie verbrauchen, auf Kunststoffverpackungen und Flugreisen verzichten, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Nahverkehr, statt dem Auto mit Verbrennungsmotor fahren. Kurz „der ökologische Fußabdruck“ jedes Menschen kann durch persönliche Maßnahmen verkleinert werden und so zu einer Verlangsamung des Klimawandels beitragen.

Diese Problemreduktion erscheint zweckmäßig, bildet aber eine Art logischen Pferdefuß. Komplex miteinander in Beziehungen stehende Einzelaspekte erfordern, dass man Problemlagen ganzheitlich untersucht. Unterlässt man das, dann gelangt man zu einem positiven Urteil, wenn Leute eine Flugreise machen und als Kompensation für den Umweltschaden, den sie erzeugen, die Patenschaft für 3 qm Regenwald am Amazonas übernehmen. Oder eine Eiche im Stadtpark pflanzen.

Der Zustand des Planeten und die unterstellte Unfähigkeit von Eliten sind Ergebnis eines jahrzehntelangen Prozesses. Wissenschaftlich Analysen, die zu tieferliegenden Ursachen vorstoßen, beispielsweise den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sind Mangelware. Für Einzelne unkomplizierter ist

es da, anderen eine Karbonisierungsaskese abzuverlangen. Vermeintliches Fehlverhalten wird mit Hilfe der „Sozialen Medien“ (wie paradox in diesem Zusammenhang) öffentlich angeprangert. „Shitstorms“ begleiten den Klimawandel; die moderne Form trivialen Getöses, bei dem man sich gegenseitig anschreit und zum umweltschonenden Leisetreten nötigt.

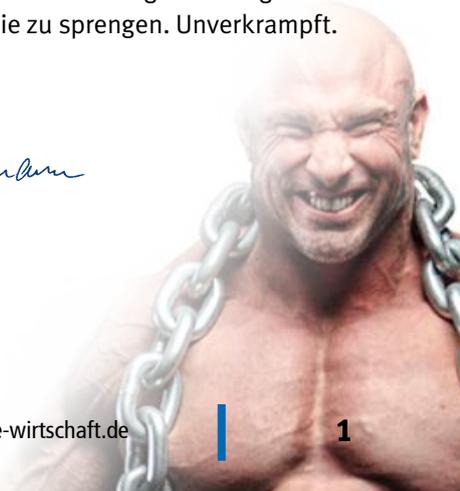


Früher sah man keine Veranlassung und heute bleibt uns die Zeit nicht mehr für Ideen, die vorschlagen, den Problemraum zu erweitern und zielführende Umwege zu nehmen. Dabei ist es niemals zu spät für die Betrachtung des gesamten ökonomischen Ordnungsrahmens, der maßgeblich menschliches Handeln anregt. Alle seine Implikationen und unhinterfragten Forderungen, seine Eigentumsrechte, die Kapitalrendite, Zinsen, Dividenden, Gewinne, Patente, Urheberrechte und vieles mehr, bergen Erklärungen für unser Vorgehen. Um rechtliche Rahmenbedingungen zu ändern, braucht es eine bestimmte Vorgehensweise. Die Hüter der Gesetze zu Veränderungen zu bewegen, ist ein langwieriger Prozess. Außer allen Entscheidern innerhalb der Gewaltenteilung haben die Eliten aus Wirtschaft und Wissenschaft ausschlaggebenden Einfluss. Paradigmenwechsel entstehen aus diesen Kreisen heraus eher selten. Konservative Besitzstandswahrung und Schutz von Pfründen, findet man in allen Regierungs- und Oppositionsparteien als eine Art ungeschriebenes Gesetz. Deshalb wäre hilfreich, wenn sich Protest von außen mit Erkenntnissen vereint, die den Veränderungswillen mit der Kraft eines Paradigmenwechsels speist, der grundlegende Systemänderungen vorsieht. Radikale Umstürze, Revolutionen – das beweist die Geschichte zuhauf – ebnen den Weg für andere Machthaber, erschaffen Verlierer und verändern Gewinner, nur nicht zum Guten.

Ich begrüße das politische Erwachen der Jugend. Ich würde mir wünschen, dass es mit Ideen aufgeladen wird, die das reichhaltige Miteinander von Menschen und Natur, grundlegend verändert. Unsere selbsterlassenen Gesetze und die dadurch ausgelösten Handlungen hindern uns am Einssein mit dem fantastischen universalen Gefüge. Wir legen uns selbst Ketten an. Es ist Zeit, sie zu sprengen. Unverkrampt.

Herzlich grüßt Ihr

Andreas Zangemann



INHALT



Kontakt Daten unserer Geschäftsstelle:

HUMANE WIRTSCHAFT
Katharinenstraße 14
45131 Essen

Tel.: (0201) 458 457 85
Fax: (0201) 458 457 86

E-Mail: service@humane-wirtschaft.de

Wunder mit Verfallsdatum 4 *Roland Rottenfuß*

Darauf haben viele Freiwirtschaftler gewartet. Ein professioneller Spielfilm zum „Wunder von Wörgl“. Im Auftrag des ORF wurde er produziert und jetzt auch in Deutschland gesendet.

Wachst aus euren Nischen! 16 *Pat Christ*

Transformation braucht Macher mit Ideen und Umsetzungswillen. Die Suche nach Pionieren macht Mut und zeigt, weshalb wir in grundlegenden Fragen eher eine Gesellschaft der Verhinderer sind.

Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld 6 *Ein Positionspapier*

Ein Positionspapier Freiwirtschaftlicher Organisationen, aktuell wie eh und je.

IWF-Ökonomen diskutieren Fließendes Geld! 18 *Steffen Henke*

siehe auch Text für nächsten Beitrag...

Gentrifizierung im Zahlungsverkehr 8 *Brett Scott*

Der Krampf ums Bargeld. Sie kommen als Aufwertungen und Erweiterung des Angebots daher. In Wahrheit verstärken bestimmte Neuerungen vorhandene Ungerechtigkeit und machen die Gräben zwischen Vermögenden und sozial Schwächeren tiefer. Das ist beim Thema Wohnen bekannt, doch auch in Bezug auf den Zahlungsverkehr lässt sich eine entsprechende Tendenz erkennen.

Das „Bargeldproblem“: Ein Denkfehler, der sich weiter ausbreitet! 20 *Jens Martignoni*

Wenn wichtige Organisationen, wie der Internationale Währungsfond einzelne Expertinnen und Experten mit radikalen Änderungsvorschlägen zu Wort kommen lassen, dann sind das Zeichen, die man als Vorboten für Paradigmenwechsel deuten kann. Zwei Einschätzungen

Bargeld – Ein Blick über den großen Teich 15 *Thomas Kubo*

Eine Grafik mit Erläuterungen.

„Wirtschaft und Gesellschaft“ – 2019 22 *Redaktion*

Neue Termine für das Grundlagenseminar zum Erlangen von Wissen über wirtschaftliche, gesellschaftliche und ordnungspolitische Zusammenhänge. Unbedingt jetzt anmelden!

Termine 2019 23 *Unsere Termine, nahezu in der Heftmitte.*



24



30



33



27

TITELBILD:

K(R)AMPF UMS BARGELD!

Idee: Andreas Bangemann

Umsetzung: Martin Bangemann

Fotogrundlage: Damir Spanic auf Unsplash
<https://unsplash.com/photos/hp3y7G7TALI>



38

Das Genie als Prophet 24

Gerö Jenner

Im Kampf um Meinungshoheit zu grundlegenden Fragen fliegen Analytiker und Mahner unter dem Radar, die irgendwie in keine Schublade passen. Ihre Werke zu entdecken ist erhellend und hilfreich, wenn man neue Wege beschreiten will.

Qualität zum Nulltarif 38

Eckhård Behrens

Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Ein Notstand ist unverkennbar, sonst gäbe es nicht so viele politische Sonntagsreden dazu. Alle wollen etwas machen, aber niemand das Bildungssystem von Grund auf ändern. Dabei gäbe es ausgezeichnete Vorschläge, wie diesen hier

Von der Antilope zum Kakao 27

Pat Christ

Eigentlich will man nur studieren und die Welt kennenlernen, doch plötzlich hat einen das Leben dorthin geführt, wo es einen haben wollte.

Leserbriefe 44

Unsere Leser kommen zu Wort

Der Terror der Ökonomie 30

Roland Rottenfuß

Unsere Gesellschaft leistet sich durch das genutzte Wirtschaftssystem eine „Entwicklungshilfe“ für die Reichen auf Kosten aller. Das muss geändert werden.

Felix Fuders in Villa Gesell 46

Redaktion

Villa Gesell ist einer der beliebtesten Badeorte Argentiniens. Zu Ehren von Silvio und seinem Sohn Carlos Gesell gab es eine Veranstaltung in der Stadt. Felix Fuders hielt die Eröffnungsrede.

Die „Nichtregierung“ 33

Karl-Martin Hentschel

Wirtschaft und Demokratie sind eng miteinander verzahnt. Umso wichtiger ist es, bei Reformideen Letzteres nicht zu vergessen. Eine wünschenswerte Utopie.

Impressum – Kontakt – Shop 48

Krieg und Frieden – Freund und Feind. 36

Jörg Güde

2019 bietet viele wichtige Jahrestage. Der Friedensvertrag von Versailles hatte schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für Deutschland und könnte Wegbereiter für den zweiten noch grausameren Weltkrieg gewesen sein. Ein ungehörter Mahner war John Maynard Keynes.

Gesell

Dich doch dazu

Wunder mit Verfallsdatum

Der TV-Film „Das Wunder von Wörgl“ erzählt anrührend über ein historisches Geldexperiment – und darüber, wie es von der Macht der Banken unterdrückt wurde.

Roland Rottenfuß

Eigentlich war es still geworden um „Geldreform“, „Freigeld“, Regionalwährungen und verwandte Themen, die vor 10 Jahren zumindest unter Eingeweihten Blühträume von einer echten Systemalternative sprießen ließen. Die Unbeweglichkeit des (kapitalistischen) Status Quo und die Macht seiner Unterstützer hatten dafür gesorgt, dass die Idee selbst als Utopie an Kraft verloren hatte. Überraschend kam jetzt ein Film über die Gründungslegende dieser Denkrichtung ins Fernsehen. Wenn man die Ideen Silvio Gesells zu „Schwundgeld“ und „Umlaufsicherung“ umsetzt, so scheint die in Grundzügen wahre Geschichte zu suggerieren, dann funktionieren sie und verwandeln eine marode, verschuldete Kleinstadt in blühende Landschaften. Interessanterweise interpretiert Regisseur Urs Eggers die radikale Geldreform auch als wirksames Gegenmittel gegen Rechtstendenzen – 1932, als das „Wunder“ stattfand, wie auch heute.

.....

„Das Wunder von Wörgl“, das der Schweizer Regisseur Urs Egger 2018 umsetzte, ist eine historische Episode, die sich in Tirol (Österreich) im Jahr 1932 tatsächlich zugetragen hat. Wörgl – wie die ganze Region – wurde damals von tiefer Not und Arbeitslosigkeit gebeutelt. Eine Fabrik war geschlossen worden, der Film zeigt eindrucksvoll aufgerissene Straßen, verwaahlte Läden und Winkel der Kleinstadt. Der Lokführer und Gemeinderat Michael Unterguggenberger (Karl Markovics) wird beinahe gegen seinen Willen von der Gemeindeversammlung zum Bürgermeister bestimmt und soll es richten. Seine Frau Rosa (Verena Altenberger) ist zunächst skeptisch, unterstützt den Gatten jedoch dann nach Kräften, während der Bub aus erster Ehe, Michi, gegen seinen Vater aufbegehrt, indem er sich mit den im Ort schon aktiven Nazis verbrüdet.



Karl Markovics als Unterguggenberger in „Der Geldmacher“ ©epo-film – Foto: © ORF/APA/Jan Hetfleisch

Unterguggenberger ist zunächst völlig ratlos, wie er die soziale Misere im Ort in den Griff bekommen soll. Bis er sich an ein Buch erinnert, das er vor Jahren gelesen hatte: Silvio Gesells „Natürliche Wirtschaftsordnung“. Die grundlegende Idee: Geld ist nichts Mysteriöses und auch nichts, das aus sich selbst heraus von Wert wäre; es ist ein Tauschmittel und eine Vereinbarung. Warum also fehlt es an allen Ecken und Enden? Warum tyrannisiert Geld gleichsam die Menschen, die es zu ihrem eigenen Nutzen erschaffen haben, durch sein aufdringliches Nichtvorhandensein? Es gibt Arbeitskraft im Ort, Menschen guten Willens – und es gibt menschliche Bedürfnisse, Konsumwünsche, also einen „Markt“ für Waren und Dienstleistungen. Warum also muss Not im Ort herrschen?

In Anlehnung an Silvio Gesell, den Geldtheoretiker und kurzfristigen Finanzminister der Münchner Räterepublik, vermutet Unterguggenberger: es liegt an einem Konstruktionsfehler im Geldsystem. In einer eindrucksvollen, schnell geschnittenen Szenenfolge zeigt der Film, wie ein Hundert-Schilling-Schein durch viele Hände wandert, bis er nach unzähligen Kaufvorgängen wieder zu seinem ursprünglichen Besitzer zurückkehrt. Das Fazit: Geld muss ausgegeben werden – je öfter desto besser. Mit relativ wenig Geld kann man viele glücklich machen: den Bäcker, weil der sein Brot bezahlt bekommt, den Schneider, weil der Bäcker bei ihm eine Näharbeit in Auftrag gibt, die Prostituierte, weil der Näher ihre Dienste in Anspruch nimmt usw. Nur wenn der Geldfluss ins Stocken gerät, ist Gefahr im Verzug, schwächt die Wirtschaft. Besonders gefährlich: das Horten und Zurückhalten von Geld mit der Absicht, Zinsgewinne dafür einzustreichen.

Unterguggenberger stellt sich nun auf den Standpunkt, ein Gemeinwesen dürfe sich Geld, das nicht vorhanden ist, kurzerhand selbst erschaffen. Mit Rücksicht auf die Gesetzeslage, speziell das Geldmonopol der Zentralbank, dürfe man es nur nicht Geld nennen. Er erfindet also die „Arbeitsbestätigungs-Scheine“ (A.B.-Scheine), die er für notwendige Renovierungsarbeiten innerhalb der Gemeinde vergibt. Die praktische Lösung, die Unterguggenberger findet, um das Geld im Fluss zu halten, besteht darin, dass es sich um so genanntes Schwundgeld handelte. Es verlor in gewissen Abständen an Wert – symbolisiert durch eine zahlungspflichtig aufzuklebende Marke –, so dass die Menschen motiviert waren, es möglichst schnell wieder auszugeben. Gesell sprach auch von einer „Umlaufsicherung“. Es wurde sichergestellt, dass das Geld zügig umlief, anstatt – wie ein Drachenschatz in einer Höhle – unfruchtbar vor sich hin zu gammeln.

Dieser Aspekt der Geschichte ist besonders interessant, weil selbst in relativ kritischen wirtschaftstheoretischen Artikeln gern behauptet wird, mäßige Zinsen müssten sein, weil ja sonst niemand mehr Geld verleihe. Die Idee ist: Wer nicht fürs Geldverleihen durch noch mehr Geld belohnt wird, wird es lieber für sich behalten. Es gibt aber noch einen zweiten Weg: Geldbesitzer für das Behalten ihrer Reichtümer zu „bestrafen“ – nicht, weil man ihnen etwas Böses will, sondern um des höher zu bewertenden gemeinsamen Wohls, der florierenden Wirtschaft willen. In Wörgl wurde dieser Weg konsequent gegangen.

Als „Natürliche Wirtschaftsordnung“ bezeichnet man – wie Karl Markovics als Unterguggenberger im Film erklärt – die Tatsache, dass Geld einen Wert-

verlust erfahren sollte wie alles in der Natur. Metall rostet, Gemüse fault – nur der Wert von Geld wird in „normalen“ Systemen künstlich gesteigert, durch Zins, Spekulation und andere Mechanismen. Das Zurückhalten von Geld – eigentlich also gemeinschaftsschädigendes Verhalten – wird belohnt.

Das Erstaunliche am Experiment von Wörgl ist nun, dass es historisch nachweislich funktioniert hat. Zu überwinden waren Anfangsschwierigkeiten, die jeder kennt, der einmal versucht hat, Anfang der 2000er-Jahre eine Regionalwährung zu etablieren. Menschen betrachten das umlaufgesicherte Geld als „Spielgeld“, es kommen Zweifel an seiner Legalität auf, Zweifel vor allem, ob man es – einmal für gute Ware eingesammelt – je wieder loswird. Was ist, wenn ich auf meinem Geld hocken bleibe und die Wirtin es mir nicht abnimmt? Jeder misstraut dem anderen. Wenn jeder dem jeweils anderen unterstellt, er werde den Geldkreislauf unterbrechen, blockieren sich die Zweifelnden gegenseitig, das Experiment scheitert.

Im Wörgl-Film ist es nun das Votum des Pfarrers, das in der Gemeinde den Durchbruch bringt. Dieser appelliert von der Kanzel, an das Gute in allen Menschen zu glauben. Sicher ist dieses Detail – wie manche andere im Film – in der Historie nicht verbürgt. Aber der große Bogen stimmt: die Gemeinde blühte auf, marode Anlagen erstrahlten in neuem Glanz, Arbeitslosigkeit und Armut gab es fast nicht mehr.

Wie wir ebenso aus der Geschichte wissen, ging das Experiment nicht gut aus. Es scheiterte jedoch nicht daran, dass es schlecht durchdacht gewesen wäre, sondern an brutaler Repression seitens der Staatsorgane, ausgelöst durch die Zentralbank, die um ihr „Privileg“ fürchtete. Die Hüter eines falschen Geldsystems, die den Karren in den Dreck gefahren hatten, hinderten kreative und überaus erfolgreiche Neuerer mit Gewalt daran, ihn wieder herauszuziehen. Eine Versammlung der Geldreformer, die den „Wörgl-Virus“ auch in vielen anderen Gemeinden verbreiten sollte, wurde von der Polizei aufgelöst. Unterguggenberger wurde vor Gericht gestellt, u. a. wegen In-Umlauf-Bringens von Falschgeld. Welches Geld war bzw. ist da eigentlich das falsche, muss man fragen. Die Benutzung der A.B.-Scheine in Wörgl wurde unter

Strafe gestellt, alle Scheine eingezogen, Unterguggenberger seines Amtes enthoben. Mit Rücksicht auf seine schwere Lungenkrankheit, die ihn nur ein Jahr später das Leben kosten sollte, wurde seine Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

Sein Verbrechen? Er hatte seine Gemeinde vor Not und Elend gerettet und ein Beispiel gegeben, das bis in unsere Zeit hineinleuchtet. Die Arroganz der Macht zeigt sich nirgendwo deutlicher als hier und ebenso die Funktion des Geldes als Machtinstrument. Wer das Geld kontrolliert, kontrolliert die Schicksale von Millionen. Und die Kontrolleure gehen mitunter über Leichen. Mit dem Schwundgeld verschwand nämlich bald auch die erstaunliche Glückssträhne der Wörgler, die Not kehrte zurück. Und die Nazis standen vor der Tür.

Die Art wie Regisseur Egger und sein Drehbuchautor Thomas Reider die Nazis in seinen Film einbezieht, gehört zu den bemerkenswertesten Kunstgriffen. Ganz offensichtlich zielen beide damit auf die rechtspopulistisch unterwanderte Gegenwart (nicht nur) Österreichs ab. Als die Nazis im Ort einmal eine Veranstaltung organisieren wollen, kommt fast keiner. Der Grund: den Wörglern geht es in Folge von Unterguggenbergers Geldexperiment „zu gut“. Die letzte Szene zeigt die Einkaufsstraße Wörgls mit Hakenkreuzfahnen beflaggt. Eine unmissverständliche Warnung. Hätte das „Dritte Reich“ vermieden werden können, wenn das Wunder von Wörgl sich in allen österreichischen und deutschen Städten ausgebreitet hätte? Das bleibt Spekulation. Wir wissen, dass Hitlers Aufstieg nicht „monokausal“ erklärt werden kann. Wir wissen aber auch, dass soziale Not ein, wenn nicht der wichtigste Nährboden für rechtsradikales Denken ist. Wenn nicht durch „Schwundgeld“, dann müsste durch andere radikale Sozialreformen das Schlimmste verhindert werden.

So wie es bis jetzt läuft, stellt sich die Staatsmacht auf den Standpunkt: „Wir deckeln alle kreativen Ideen für Sozialreformen, und wenn sich dann Rechtsradikale auf unseren Straßen zeigen, deckeln wir die eben auch – mit Gewalt.“ Unangetastet bleiben in jedem Fall das System der Geldkontrolle durch eine Zentralbank und der Massenausplünderung mittels Zins und Zinseszins. Insofern ist „Das Wunder von Wörgl“ durchaus der richtige Film zur

richtigen Zeit. Wie Gregor Schnitzlers Film „Die Wolke“ (2006) über einen Atomunfall in einem Kraftwerk, scheint der Wörgl-Film zwar dem aktuellen Aufmerksamkeitsfokus hinterher zu hinken, er kommt aber dennoch zur rechten Zeit (genauer: zur Rechtsruck-Zeit). Ein starkes Gegengewicht schafft der Film somit auch gegen Versuche, die ganze Geldreformerszene in die „rechte Ecke“ zu stellen – mit dem perfiden Argument, die Nazis hätten sich die „Brechung der Zinsknechtschaft“ mit antisemitischer Stoßrichtung auf die Fahnen geschrieben. Somit sei jegliche Zinskritik suspekt. So als sei es ein Zeichen besonders antifaschistischer Gesinnung, sich dem Zinssystem willig zu unterwerfen, das ja für rechte Rattenfänger durch die Zementierung sozialer Ungleichheit gerade einen idealen Nährboden schafft.

„Das Wunder von Wörgl“ zeigt, indem er die Funktionsweise von Geld auf einfachste Weise erklärt, dass es um Fragen der Volks- und Religionszugehörigkeit hier am allerwenigsten geht. Es dreht sich alles um Systemgewinner und -Verlierer, aber auch um die simple Feststellung, dass es in unseren Händen liegt, ein System zu kreieren, das allen nützt. Dass ein „Paradies“ – wie das erblühende Wörgl an einer Stelle genannt wird – in Reichweite liegt, dass es uns aber von interessierten Kräften bewusst vorenthalten wird. Solange wir es uns vorenthalten lassen. 

Fazit: unbedingt empfehlenswert. Zum Glück nicht nur in der ARD-Mediathek zu sehen, sondern auch dauerhaft auf YouTube: <https://hwlink.de/geldmacher>

Zum Autor

Roland Rottenfuß



Foto: © Privat

Jahrgang 1963, war nach dem Germanistikstudium als Buchlektor und Journalist für verschiedene Verlage tätig. Von 2001 bis 2005 Redakteur beim spirituellen Magazin „connection“, später für den „Zeitpunkt“, Schweiz. Zahlreiche veröffentlichte Artikel. Aktuell arbeitet er als

Lektor, Buch-Werbetexter und Autorensout für den Goldmann Verlag. Seit 2006 Chefredakteur von „Hinter den Schlagzeilen“.



<http://hinter-den-schlagzeilen.de/>

Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld

Ein Positionspapier

Den Zentralbanken gelingt es immer noch nicht, den Geldwert wirklich stabil zu halten. Niedrige Inflationsraten und Zinsen führen außerdem auf den Güter- und den Kapitalmärkten zu neuen Problemen. Eine spürbare Belastung der liquiden Mittel, die den Geldstrom in Fluss hält, könnte die Probleme lösen und den Notenbanken negative Leitzinsen ermöglichen.

Auf den Güter- und Finanzmärkten treten zurzeit Probleme auf, für die es keine Lösung zu geben scheint:

- die günstige Wirkung positiver **Inflationsraten** auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage lässt nach, während eine durch traditionelle Geldpolitik nicht beherrschbare Deflation in gefährliche Nähe rückt;
- die günstige Wirkung positiver **Zinssätze** auf die Bereitschaft der Sparer zur langfristigen Anlage lässt ebenfalls nach, weil es zwischen kurz- und langfristigen Zinsen kaum noch Unterschiede gibt: die Zinsstrukturkurve verläuft im Euroraum fast flach.

Sinkende Zinsen und Inflationsraten führen zu einer **Ausweitung der Liquiditätshaltung**, die die **gesamtwirtschaftliche Nachfrage hemmt** und die **Spekulation begünstigt**. Die Vorliebe für Liquidität wird zum **zentralen Problem der Währungspolitik**.

Eine Rückkehr zu höheren Inflationsraten und Zinssätzen ist nicht mit einfachen Mitteln erreichbar und auch nicht wünschenswert. Stattdessen sollte die **Liquiditätshaltung selbst durch eine Gebühr belastet werden**. Dadurch werden kleine und große Geldbesitzer veranlasst, den Umfang ihrer **Liquiditätshaltung** auf das für ihre Transaktionen benötigte Maß zu **begrenzen**: Der Hang zur Liquidität wird auch bei niedrigen Zinsen und Inflationsraten eingedämmt.

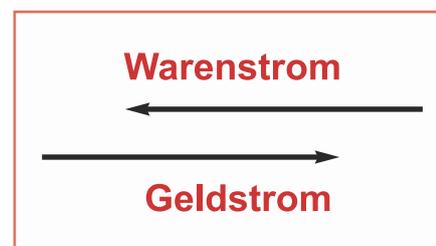
Die **Belastung der liquidesten Mittel** (Zentralbankgeld) sollte ca. 5 % p. a. betragen und möglichst tagengenau abgerechnet werden. Sie ließe sich heute

- beim Bargeld (= Zentralbankgeld in privater Hand) in die Sicherheitsstreifen der Banknoten einprogrammieren und
- bei den Zentralbankguthaben der Geschäftsbanken durch schlichte Abbuchung bewerkstelligen. Auch eine Gebühren-Belastung der Bankguthaben wäre durch Abbuchung möglich.

Indem den Geschäftsbanken der **Fluchtweg ins Bargeld oder in Zentralbankguthaben versperrt** wird, erhalten die Notenbanken die Möglichkeit, den **Leitzins**, falls erforderlich, **ausreichend negativ** zu setzen. Die **Nullzinsschranke** wird **überwindbar**, ohne das Bargeld abzuschaffen. Es genügt, mittels der **Haltegebühr** die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes einzuschränken.

Eine solche Belastung der liquiden Mittel löst die Probleme, die die niedrigen Inflationsraten und Zinssätze mit sich bringen:

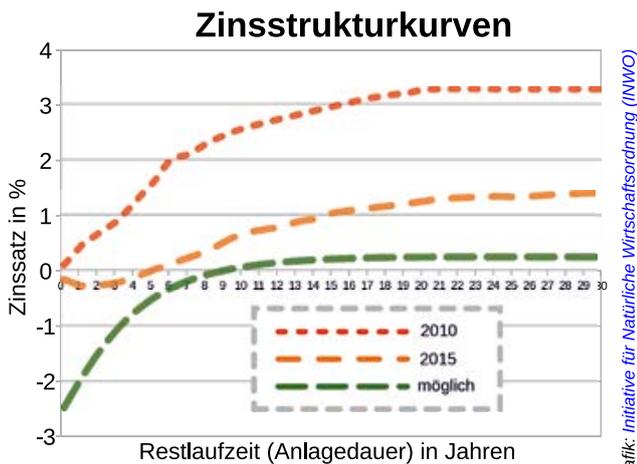
- **Auf den Gütermärkten** würde eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit eine Glättung der Konjunktur erreicht, zumindest aber die Gefahr einer Deflation gebannt. **Der stabilisierte Geldstrom trägt dann den Strom der Arbeitsprodukte** kontinuierlich, er unterbricht ihn nicht mehr.



Das Gesamtangebot wird nur noch durch die Arbeitsbereitschaft der Menschen und die rechtlichen und kulturellen Rahmenbedingungen begrenzt – nicht mehr durch die Gesamtnachfrage. Auch bei stabilem Geldwert und selbst bei einem langfristigen Realzins nahe Null kann die Wirtschaft dann in die Vollbeschäftigung hineinwachsen.

Die Notenbanken müssen nicht weiterhin ein Inflationsziel als Sicherheitsabstand zur Deflation verfolgen, da die Liquiditätsgebühr die für die Deflation kennzeichnenden Nachfrageausfälle nicht mehr aufkommen lässt. Sie können jetzt gefahrlos ein **Inflationsziel von +/-Null**, also echte Geldwertstabilität, unmittelbar ansteuern.

- **Auf den Kapitalmärkten** kann die **Zinsstrukturkurve** am kurzen Ende durch negative Leitzinsen in den negativen Bereich gezogen werden, weil die Vorliebe für Liquidität durch drohende Verluste ausreichend begrenzt wird. Die Geschäftsbanken können die Belastung ihrer liquiden Bestände in Gestalt negativer Zinsen auf die täglich fälligen Guthaben ihrer Kunden abwälzen und damit deren Ersparnisse auch bei niedrigen langfristigen Zinsen in die mittel- und langfristige Anlage drängen (s. Grafik^[3]).



Quellen:

„Tägliche Zinsstruktur am Rentenmarkt“ laut Bundesbank (für 2010) und laut Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH (für 2015)

© by-sa Grafik: Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO)

Sparen bleibt möglich, aber nicht mehr in Geld, sondern verlustlos nur noch durch mittel- oder längerfristige Überlassung des Geldes an andere, die es für ihre Transaktionen benötigen.

Die Veränderung des Anlegerverhaltens wird Notwendigkeit und Risiken der **Fristentransformation** deutlich **begrenzen**, den **Schattenbanken** die **Liquidität entziehen**, die Erfüllung von Vorgaben aus der **Bankenregulierung erleichtern** und die **Finanzmärkte stabilisieren**.

Langfristige Geldwertstabilität sorgt auf den Kapitalmärkten für höhere Kalkulationssicherheit und Produktivität von Investitionsentscheidungen. Es wird **überflüssig, zwischen Nominal- und Realzinsen zu unterscheiden**, weil die Nominalzinsen bei Geldwertstabilität die Realzinsen sind. Das ist nicht zuletzt für die Notenbankpolitik wichtig, weil auf nominale Zinsänderungen, wie jüngste Erfahrungen zeigen, deutlich stärker reagiert wird als auf Realzinsänderungen.

Die **Spekulation auf den Vermögenmärkten wird weitgehend zum Erliegen kommen**. Einerseits wird durch das veränderte Anlegerverhalten nicht mehr so viel Liquidität zur Verfügung gestellt. Andererseits wird die Stabilität des Preisniveaus und der Konjunktur die Schwankungen im Wirtschaftsgeschehen deutlich reduzieren, die bisher hohe Gewinnanreize boten.

Inflation und hohe Zinsen waren nur mäßig geeignete Instrumente zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Bereitschaft der Sparer zu längerfristigen Anlagen. Mit einer Haltegebühr auf Geld werden diese Unvollkommenheiten weitgehend beseitigt und Konjunktur- und Finanzmarktstabilität deutlich verbessert. Die sozialen und verteilungspolitischen Wirkungen von Vollbeschäftigung und niedrigen Realzinsen werden **der Gesellschaft ein friedlicheres und sozial ausgewogeneres Gepräge geben**, als sie es heute aufweist. Befreit von der Angst vor Arbeitslosigkeit wird die Gesellschaft auch eher bereit und demokratisch in der Lage sein, die **ökologischen Probleme** unserer Zeit durch die Setzung eines **strengen Ordnungsrahmens** zu bewältigen, der die Industrie zur ökologischen Modernisierung und die Verbraucher zu den notwendigen Verhaltensänderungen veranlasst.

Die Erstunterzeichner:

Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V.
[Vlado Plaga](#)

Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
[Eckhard Behrens](#)

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.
[Prof. Dr. Dirk Lühr](#)

[Fritz Andres](#), Fragen der Freiheit

[Andreas Bangemann](#), HUMANE WIRTSCHAFT

[Beate Bockting](#), FAIRCONOMY

[Werner Onken](#), Zeitschrift für Sozialökonomie

[Prof. Dr. Felix Fuders](#), [Prof. Dr. Gerhard Senft](#)

1 Datenquellen: Zeitreihen-Datenbank der Bundesbank, „Tägliche Zinsstruktur am Rentenmarkt“ für 1995 entnommen aus: de.wikipedia.org/wiki/Datei:Zinsstrukturkurven_2013.svg für 2015 (April) aus: www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Geld_Und_Kapitalmaerkte/Zinssaetze_Renditen/stat_zinsstruktur_BWP.pdf?__blob=publicationFile (bes. Mai 2014) für 2018 (Mai) s. auch: <https://www.bundesbank.de/resource/blob/738332/af9d0906943087616ca11ee187fa82b/mL/2018-05-finanzmaerkte-data.pdf>

Gentrifizierung im Zahlungsverkehr

Das Bündnis von Finanzen und Technologie gentrifiziert das Geldwesen und stärkt die Kontrollmöglichkeiten von Unternehmen. Das geht zu Lasten informeller Vertrautheit und führt zum Ausschluss von Menschen, die sowieso am Rande der Gesellschaft stehen.

Englischer Originaltext von Brett Scott
Ins Deutsche übersetzt von Andreas Bangemann

Ein sich langsam entwickelndes Phänomen mit schwerwiegenden Folgen breitet sich weltweit aus: digitales Bezahlen. Nur wenige Menschen sind sich dessen bewusst, vielleicht weil sie es für etwas scheinbar Banales und Gutartiges halten. Dieses Phänomen tritt nicht nur in den Großstädten der wirtschaftlich fortgeschrittenen Nationen auf, sondern auch in ärmeren Ländern, oft über Programme internationaler Entwicklungsorganisationen gefördert, als Hilfe zur „finanziellen Eingliederung“ in die Partnerschaften mit großen Finanzinstitutionen.

Der Aufstieg digitaler Zahlungsmittel (manchmal als „E-Geld“, „Plastikgeld“ oder „Handygeld“ bezeichnet) und die damit verbundene schrittweise Abschaffung von physischem Bargeld, gibt Finanzinstitutionen und Regierungen neue Möglichkeiten beispiellosen Ausmaßes zur Finanzüberwachung und -kontrolle an die Hand. Wie ich zeigen werde, kann man dies als Gentrifizierung des Zahlungsverkehrs ansehen.

Der Begriff „Gentrifizierung“ beschreibt eigentlich Entwicklungen in Wohnquartieren, in denen das Milieu einer marginalisierten Gemeinschaft – oft gekennzeichnet durch informelle Wirtschaftsnetzwerke, Straßenmärkte und eine rau und kantig anmutende Atmosphäre – allmählich durch den Zustrom wohlhabenderer Neuankömmlinge verwässert wird. Mit Hilfe höherer Preise verdrängen sie bisher Ansässige und nutzen die Quartiere zur Etablierung neuer, lukrativerer Märkte.

Der Prozess setzt eine „Bereinigung“ der zwanglosen Informalität in Gang, bei der die Neuankömmlinge, die sich von bestimmten wünschenswerten Erscheinungen der Gemeinschaft angezogen fühlen (wie der Musik oder der lockeren Atmosphäre), die bedrohli-



Die Aufwertung von Stadtvierteln, in denen Bewohner durch höhere Preise fürs Wohnen verdrängt werden, kann man mit dem Trend hin zu digitalen Zahlungen zur Verdrängung von Bargeld vergleichen.

Foto: flickr/domat33f – <https://flic.kr/p/2k1Uft> (Ausschnitt und Perspektive angepasst)
Lizenz: CC BY-NC-SA 2.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/>

chen Elemente beseitigen, die mit der ursprünglich problematischen sozialen Situation einhergehen (Banden, Drogendealer, Bauernmärkte).

Der Prozess der Gentrifizierung von Nachbarschaft gipfelt in einer Aushöhlung der ursprünglichen Gemeinschaft, der Neutralisierung von Risiken für wohlhabendere Menschen und dem Aufstieg eines nicht mehr bedrohlich wirkenden Scheinbilds dieser Gemeinschaft, getragen von elitären Geschäftsleuten und großen Institutionen.

Es kann mit angesagten Bekleidungsboutiquen beginnen, die die kleinen Stoffhändler ersetzen, aber es wird zwangsläufig mit dem Erscheinen von Kettenläden großer Unternehmen ergänzt, die alles ersetzen – von familien-

geführten Delikatessen-Läden bis hin zu religiösen Gemeinschaftszentren.

Wenn wir uns jedoch zurückhalten und verallgemeinern, erscheint „Gentrifizierung“ einfach als der Prozess, in dem informelle und unvorhersehbare Community-Netzwerke, die potenziell die Mainstream-Geschäftsinteressen gefährden, durch formale, standardisierte und vorhersehbare staatliche Unternehmensstrukturen ersetzt werden, begleitet von oberflächlichen Erscheinungen, von „Nützlichkeit“, „Coolness“ und Bequemlichkeit. Das Abbild des „Konsumenten“, der ein „Käuferlebnis“ in einem Einkaufszentrum sucht, ersetzt das Gemeinschaftsmitglied, das die Zugehörigkeit zu Netzwerken von Freunden, Familie und Mitarbeitern sucht.

In welchem Verhältnis steht das zum Zahlungsverkehr? Bargeld ist eine Form der Bezahlung, die lange Zeit verbunden war mit Leuten auf den unteren Stufen postkolonialer, informeller Wirtschaftsweise – auf dem Fischmarkt in Maputo, wie beim Hinterhohfriseur in Mumbai oder dem Handwerker in den Anden –, zwar von Staaten ausgegeben, aber von den Nutzern leicht vor Beobachtung und direkter Kontrolle abschirmbar. Der digitale Zahlungsverkehr ist jedoch die Domäne großer globalisierter Finanzunternehmen und kann nicht von ihnen getrennt oder ihrer Beobachtung entzogen werden. Digitale Zahlungen zu nutzen – oder gezwungen zu sein – bedeutet, in deren Einfluss- und Machtbereich zu gelangen.



Bargeld vermittelt als Peer-to-Peer-Prozess einen direkten Tausch, an dem zwei Personen beteiligt sind – und ist nach wie vor weltweit die wichtigste Form wirtschaftlichen Austauschs, die in Tausenden von täglichen Peer-to-Peer-Interaktionen wie hier auf diesem Marktplatz auf den Seychellen umgesetzt wird.

Foto: flickr/UN Women – <https://flic.kr/p/WD1B75>

Lizenz: CC BY-NC-ND 2.0 – <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0>

Bei allen Gentrifizierungsprozessen unterstützen sich die Enteigneten durch informelle Strukturen oder gewinnen durch die Nutzung dieser Strukturen ein Gefühl von Identität, Bedeutung und Zugehörigkeit. Aus der Perspektive großer Institutionen werden solche Menschen jedoch oft als rückständig, gar als kriminell eingestuft, die dem Blick wohlwollender und verantwortungsbewusster Institutionen entkommen wollen, mit denen sie – aus deren Sicht – bessergestellt wären.

Die „Finanz-Eingliederungsgemeinschaft“, die darauf abzielt, formelle Finanzdienstleistungen für Menschen ohne Zugang zum offiziellen Finanz-

wesen anzubieten – präsentiert sich gerne als Kraft zur sozialen Eigermächtigung, scheint aber oft eng mit den Interessen von „Big Finance“ und „Big Tech“ verbunden zu sein. Eine einfache Suche auf Google-Bilder nach dem Begriff „finanzielle Eingliederung (Inclusion*^[1]) Afrika“ offenbart unzählige Werbebilder von Landfrauen, die auf den Bildschirm ihres Mobiltelefons lächeln, eine App betrachten, die von einer weitentfernten Gruppe von Männern in einer Großstadt produziert wurde und an ein Rechenzentrum für Unternehmen angebunden ist, das ihre Handlungen überwacht und verfolgt, um nach Möglichkeiten für institutionelle Gewinne zu suchen.

Detailfragen des Zahlungsverkehrs



Um uns dem anzunähern, müssen wir uns zunächst mit Grundlagen befassen. In der modernen Marktwirtschaft gibt es tagtäglich unzählige Fälle grundlegender sozialer Interaktion. Zwei Personen treffen in einem Marktumfeld aufeinander. Der eine übergibt etwas Bestimmtes und Unmittelbares – wie Bananen, oder einen Toaster, oder eine bestimmte Dienstleistung – und der andere übergibt etwas Allgemeingültiges und Zukunftsorientiertes – Geldzeichen (Scheine, Münzen usw.),

¹ Mit * gekennzeichnete Begriffe sind die im Original verwendeten englischen

die in Zukunft potentiell Zugang zu einer Reihe Waren und Dienstleistungen von anderen ermöglichen.

Blicken wir von oben darauf, dann sehen wir ein riesiges, ineinander verflochtenes Netzwerk von Menschen und Unternehmen, die reale Waren und Dienstleistungen in die eine Richtung bewegen und im Austausch gegen Geldzeichen in die andere. Wir alle sind in diese Geldmarktnetzwerke verstrickt und von ihnen abhängig.

Die meisten Menschen verwenden nationale Währungen, Geldzeichen, die nur in einem bestimmten geografischen Gebiet funktionieren. Diese nationalen Währungen gibt es in zwei Grundformen. Zum einen gibt es das Bargeld, also physische Zeichen, wie Scheine und Münzen, die von staatlichen Institutionen wie Zentralbanken und Staatskassen ausgegeben werden. Daneben gibt es die digitalen Bankzahlungen, das „Geld“, das wir auf unseren Bankkonten sehen.

Diese digitalen Geldzeichen unterscheiden sich rechtlich vom Bargeld. Es handelt sich um private IOUs^[2] (Versprechungen), die von einer Bank ausgestellt werden und Ihnen den Zugang zu staatlichem Bargeld versprechen, falls Sie es wünschen. Wenn man also zu einem Geldautomaten geht, um Geld abzuheben, ist das ein Akt der Umwandlung der IOUs auf dem eigenen Bankkonto in das, was einem versprochen wurde. Alternativ können wir untereinander diese Bank-IOUs auch auf dem Weg von Bank-zu-Bank-Überweisungen ausführen.

„Bankgeld“ (digitale Bankeinlagen) unterscheidet sich vom „Staatsgeld“ (Bargeld), aber wir erleben sie dennoch als funktional gleichwertig: An vielen Orten kann man in Geschäften mit „Bargeld oder Karte“ bezahlen. Dennoch ist Bankgeld nicht nur rechtlich anders als Staatsgeld, sondern auch technologisch anders in der Umsetzung und erfahrungsmäßig anders in seinem „Gefühl“, der Psychologie und der Art und Weise, wie wir mit ihm umgehen.

Cash-Tokens* wie zum Beispiel Bargeld sind physische Objekte, die von einem Münz- oder Banknotenhersteller produ-

² IOU spricht „I owe you“ übersetzt „Ich schulde dir (was)“

ziert werden. Bar-Transaktionen sind im Grunde Peer-to-Peer-Transaktionen, an denen nur zwei Personen beteiligt sind. Ich gebe an einem Marktstand Bargeld hin und erhalte dafür eine Jacke. Wir könnten im Rahmen des Geschäftsvorgangs auch vereinbaren, die Geldübergabe später durchzuführen, mit Hilfe von Aufzeichnungen und Belegen, aber im Prinzip können zwei Parteien alles im Rahmen einer Transaktion Notwendige veranlassen.

Bankgeld hingegen, genauer gesagt Bankguthaben, werden in Form von „Datenobjekten“ in Datenbanken erfasst, die von Geschäftsbanken kontrolliert werden. Ich kann Bargeld herumtragen, nicht aber Bankgeld. Es befindet sich als Datensatz irgendwo im Rechenzentrum meiner Bank, und der einzige Weg, es zu jemand anderem zu „verschieben“, ist, meine Bank zu kontaktieren und sie zu bitten, mein Konto zu belasten und es dem Konto der Person gutzuschreiben, die das Geld erhalten soll.

Heutzutage gibt es eine Vielzahl von digitalen Zahlungsapplikationen und -geräten, aber die Grundstruktur des digitalen Bankgeldverkehrs hat vier wesentliche Elemente:

- Man benötigt ein Bankkonto
- Man braucht einen Weg, um zu beweisen, wer man ist und dass man der rechtmäßige Besitzer des Kontos ist.
- Man benötigt eine Möglichkeit, Nachrichten sicher an die Rechenzentren der Bank zu senden, um eine Transaktion zu veranlassen.
- Der Verkäufer benötigt eine Möglichkeit, eine Bestätigung der Zahlung zu erhalten.



Fischer mit seinem Personalausweis in der Nähe von Haditha, Irak vom US Marine Corps fotografiert.
Foto: flickr/Marion Doss – <https://flic.kr/p/5DFr7Q>
Lizenz: CC BY-SA 2.0
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0>

Diese Elemente können auf vielfältige Weise umgesetzt werden. Beispielsweise kann man eine Visa-Debitkarte in ein Kassenterminal im Supermarkt stecken und einen PIN-Code eingeben, woraufhin das Terminal die Daten (über das Visa-System) und den Überweisungsauftrag an meine Bank sendet. Man könnte über einen Fingerabdruckleser auf dem Handy auf eine Zahlungs-App zugreifen und dann einen QR-Code scannen, über den man die Verkäuferdaten bekommt. Oder man könnte auf eine Apple Pay Applikation tippen, an die eine Kreditkarte angeschlossen ist.

Der Prozess könnte weitere Stufen zwischengeschalteter Institute umfassen, angefangen bei Telekommunikationsunternehmen, über Technologie-, bis hin zu Kreditkartenunternehmen, aber am Ende geschieht immer dasselbe: Eine Nachricht landet bei einer Bank (oder bei einem sekundären Zahlungsdienstleister, der eine Bank zum Ausgleich von Transaktionen nutzt) und fordert diese auf, das entsprechende Konto abzuändern.

Banken sind selbst in Situationen beteiligt, in denen es den Anschein hat, dass sie es nicht seien. Services wie PayPal oder M-Pesa in Kenia, Paytm in Indien oder WeChat in China sind im Wesentlichen neue Zwischenstufen, die auf dem digitalen Geldsystem der Banken aufbauen, oder es sind Kooperationen mit Banken oder Vermittlern zwischen Nutzern und einer Bank. Man kann bei Ihnen Konten haben, aber sie wiederum haben Konten bei Banken.

Die spürbare Dynamik

Während wir sowohl Bargeld als auch digitales Bankgeld verwenden können, wenn wir etwas in einem Geschäft einkaufen, so kommen wir dabei dennoch mit verschiedenen Funktionen und unterschiedlicher Wahrnehmung in Berührung, die einen sehr großen Unterschied machen können. Wenn Menschen gebeten werden, diesen Unterschied zu beschreiben, fixieren sie sich normalerweise auf die unmittelbaren Erfahrungsmerkmale. Etwa, indem sie ihre Meinungen darüber abgeben, womit man die Transaktion schneller, bequemer oder einfacher abwickeln kann. Oder welches die bekanntere oder kulturell passendere Methode ist oder welche der beiden

sicherer erscheint. Lässt man die Leute länger darüber nachdenken, machen sie tiefere Beobachtungen über psychologische Merkmale – zum Beispiel über das Gefühl, dass man bei Nutzung der digitalen Möglichkeiten mehr ausgibt, weil es „weniger real“ erscheint.

Die Untersuchung von derlei Erfahrungen sind wichtig, aber sie sind in den öffentlichen Debatten über die Vorzüge des digitalen Zahlungsverkehrs stark überrepräsentiert. Die weitaus wichtigere Unterscheidung zwischen Bargeld und digitalen Geldsystemen ist nicht so banal wie die Frage, welche kurzfristig die größere Bequemlichkeit bietet. Vielmehr geht es dabei um den technologischen oder strukturellen Unterschied.

Bargeld ist ein „Inhaber-Wertpapier“, bei dem es keines Dritten außer einem Käufer und einem Verkäufer bedarf, während digitales Geld ein „Buchgeldsystem“ ist, bei dem verschiedene Dritte zwischen Käufer und Verkäufer stehen müssen. Die Menschen bemerken das nicht oder sie empfinden es als irrelevant, vielleicht weil die Vermittlung oft so schnell erfolgt, dass man sie nicht bewusst wahrnimmt. Ein mysteriöser Hintergrundprozess, der einfach „wie Magie“ funktioniert. Diesem Hintergrundprozess entspringen jedoch die Potentiale und die damit verbundene Geschäftspolitik des digitalen Zahlungsverkehrs.

Politik und Potenzial der Intermediation aus der Ferne

Was sind das für Politiken und Potenziale? Die aus der Ferne gesteuerte und vermittelnde Natur des digitalen Zahlungsverkehrs schafft eine Reihe von Vorteilen:

Wenn man weit weg von einer Person ist, mit der man versucht, Geschäfte zu machen, aber Zugang zur Telekommunikationsinfrastruktur hat, dann kann man bezahlen, ohne physisch zusammen sein zu müssen. Deshalb ist das digitale Bezahlen ideal für den Internethandel, aber auch für viele andere Situationen, in denen Waren aus der Ferne geliefert werden müssen. So könnte beispielsweise ein Straßenverkäufer Waren bei einem Großhändler am Stadtrand kaufen, ohne seinen Stand verlassen zu müssen, um einen persönlichen Bargeldtransfer durchzuführen.



In einem kleinen Laden in Jakarta zeigt eine Frau der UN-Sonderbeauftragten für „Inclusive Finance“, wie digitale Zahlungen funktionieren. Foto: UNSGSA / flickr – <https://flic.kr/p/PHEQq4>
Lizenz: CC BY-NC-ND 2.0 <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0>

Wenn die Infrastruktur der Geldverteilung ausgefallen ist, nicht richtig funktioniert oder schlecht entwickelt ist (z. B. in einer Stadt mit nur einem kaputten Geldautomaten), kann man durch den Zugang zu Telekommunikation dennoch ganz einfach bezahlen.

Der fehlende physische Besitz von Bargeld bedeutet, dass es mutmaßlich „sicherer“ ist (vorausgesetzt, man wird nicht Opfer von Betrug oder Hacking des digitalen Kontos).

Auf die genannten Vorzüge fokussiert sich vordergründig der Mainstream jener Gemeinschaft, die sich für finanzielle Eingliederung einsetzt. Zu dieser Gemeinschaft gehören Gruppen wie die Bill & Melinda Gates Stiftung, das Omidyar Network, CGAP, die „Better Than Cash Alliance“ (Besser-als-Bargeld-Allianz) und eine Vielzahl anderer, die digitales Geld als sicherer oder bequemer für Kunden und effizienter für Anbieter (die dadurch potenziell mehr digitale Transaktionen sicherer abwickeln können) präsentieren.

Wissenschaftler erstellten Studien über die zwischenmenschliche und psychologische Dynamik von Bargeld auf der Hand im Vergleich zu Guthaben auf Bankkonten. Gleichzeitig hoben verschiedenartige Finanztechnologie-Startups die offensichtlich niedrigeren Kosten für die Bereitstellung digitaler Infrastrukturen bei der Erschließung ländlicher Gebiete hervor, in denen es keine Geldautomaten oder Bankfilialen gibt.

Im Allgemeinen erzählen diese Interessenvertreter von einer Welt, in der der digitale Zahlungsverkehr die Beschränkungen des Bargeldes überwindet und eine Ausweitung der Handelsmöglichkeiten zulässt. Sie richten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die digitalen Finanzierungstechnologien als treibende Kraft für finanzielle Integration und Beförderung des Wirtschaftswachstums. Zum einen dadurch, dass man den Menschen am unteren Ende der Einkommenspyramide Möglichkeiten zur Verfügung stellt, um Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Bargeld zu vermeiden, zum anderen, indem man ihnen Zugang zu den Vorteilen einer digitalen Wirtschaft verschafft, von der sie sonst ausgeschlossen sind.

Ausbreitung des digitalen Netzes



Die „Inklusionsgeschichte“ ist weitgehend von einer ehrgeizigen Moderne geprägt. Die Geschichte geht (grob umrissen) wie folgt:

Reichtum, Kultiviertheit und Fortschritt stehen in direkter Verbindung zum Zugang zu den neuesten Technologien, und die neuesten Technologien sind alle digital. Die Menschen in großen wohlhabenden Städten sind die ersten Anwender dieser Technologien, und sie stehen an der Spitze einer globalen digitalen Wirtschaft, die internationalen Konzernen Vorteile bietet. Dementsprechend sollte es das Ziel sein, Menschen außerhalb der Gruppe die Werkzeuge

ge an die Hand zu geben, um in diese Gruppe einzutreten und an den Vorteilen teilzuhaben.

Diese Geschichte ist verlockend und läuft ständig im Hintergrund vieler Medienberichte, politischer Reden und der Werbung von Unternehmen der Finanztechnologie.

Aber „Inklusion“ ist ein Begriff von gerissener Tiefgründigkeit. Man stelle sich zum Beispiel vor, dass es einen exklusiven Club gibt, in dem man eine Mitgliedschaft benötigt, um dabei sein zu dürfen. Einige Leute haben eine solche, andere sind ausgeschlossen. Die Förderung der „Inklusion“ in diesem Fall könnte zweierlei bedeuten. Es könnte bedeuten, die Anforderungen der Elite-Mitgliedschaft zu lockern, um mehr Menschen den Zugang zu ermöglichen, oder es könnte bedeuten, die Anforderungen an die Mitgliedschaft gleich zu halten und den Leuten beim Eintritt zu helfen, indem man ihnen Werkzeuge und Schulungen zur Verfügung stellt.

Man betrachte zum Beispiel die Debatte in Großbritannien darüber, wie man marginalisierte Gruppen besser an Spitzenuniversitäten wie Oxford und Cambridge heranführen kann. Es wird stillschweigend anerkannt, dass die politische Führung und das Wirtschaftssystem im Vereinigten Königreich von den sozioökonomischen Eliten dieser Universitäten dominiert werden. Anstatt aber dieses strukturelle Elitedenken zu brechen, zielen viele Bemühungen eher darauf ab, ein etwas vielfältigeres Spektrum von Menschen in diese Elitkreise zu pressen.

Die sich für die Finanz-Inklusion zuständig fühlende Gemeinschaft hat ein ähnliches Problem. Es besteht die stillschweigende Anerkennung, dass die Weltwirtschaft durch hierarchische Ungleichheit gekennzeichnet ist, mit einer globalen geopolitischen Hierarchie von Nationen und folgerichtig einer Hierarchie von Klasseneinteilungen innerhalb jeder dieser Nationen. An der Spitze befinden sich die urbanen Profizirkel in Großstädten wie New York, San Francisco, London, Tokio usw., insbesondere jene der Finanz- und Technologiewelt.

Es wird überhaupt nicht gefragt, ob die von ihnen geleitete große digitale Wirt-

schaft im Mainstream eine gute Sache ist oder nicht. Das Ziel besteht nicht darin, die zugrundeliegende, darin enthaltene Hierarchie abzubauen. Vielmehr ist es das Ziel der „Inklusion“, mehr Menschen in das digitale Netz zu bringen, allerdings in der untergeordneten Position von Menschen, welche die in den großen Weltstädten entwickelte Technologie passiv akzeptieren und nutzen.

Wenn man der Annahme ist, es sei eine gute Sache, die Abhängigkeit vom digitalen Zahlungsverkehr zu verstärken, hat man dazu mehrere Möglichkeiten:

- Gib den Menschen Zugang zu Bankkonten oder alternativ zu Konten digitaler Zahlungsanbieter, die auf dem Bankensektor aufbauen.
- Gib ihnen die Möglichkeit, aus der Ferne mit diesen Institutionen zu kommunizieren unter Zuhilfenahme digitaler Medien, mobiler Geräte, Apps usw..
- Gib den Menschen neue Mittel an die Hand, um ihre Identität zu beweisen, damit sie diese Konten eröffnen oder mit den Banken oder Unternehmen kommunizieren können, die diese Konten führen.
- Nimm schrittweise Zahlungsalternativen aus dem Programm, z. B. Bargeld.

Einige der am kontroversesten diskutierten Geschichten im globalen Süden liefen im Licht dieses Prozesses ab. Ein bekanntes Beispiel ist das „Entmonetarisierungsprogramm“ der indischen Regierung aus dem Jahr 2016, bei dem wichtige Banknoten aus dem Verkehr gezogen wurden, was für viele ärmere Menschen, die auf Bargeld angewiesen waren, zu erheblichen wirtschaftlichen Behinderungen führte.

Die Modi-Regierung präsentierte das Programm zunächst als Maßnahme zur Bekämpfung von „Schwarzgeld“, Korruption und Kriminalität, spann die Geschichte aber später zu einer weiter, die der aufstrebenden digitalen Moderne geschuldet war, einer Geschichte über die schöne, wünschenswerte, bequeme und bargeldlose Zukunft, die den Menschen bevorsteht, ob sie es wollen oder nicht.

Am Tag nach der Ankündigung des Programms durch die Regierung Modi beilieten sich die Unternehmen der digitalen Zahlungsbranche anbietende Zeitungsanzeigen auf der Titelseite zu

schalten, mit der sie Modis Handlungen lobten. Paytm zum Beispiel schaltete eine ganzseitige Anzeige auf der Titelseite der „Times of India“ und der „Hindustan Times“, in der es hieß: „Paytm gratuliert dem ehrenwerten Premierminister Sh. Narendra Modi zur mutigsten Entscheidung in der Finanzgeschichte des unabhängigen Indiens! Mach mit bei der Revolution!“

Die gleiche Botschaft liegt auch bei Indiens riesigem Aadhar Biometrie-programm zugrunde, dem größten der Welt, das in ähnlicher Weise mit Bezug auf finanzielle Integration und Modernisierung konzipiert wurde: Um Konten für digitale Zahlungen eröffnen zu können, müssen die Menschen ihre Identität verifizieren. Die Biometrie wurde zu dem Zweck konzipiert, marginalisierten Menschen und solchen, die nicht schreiben können, dafür eine Möglichkeit zu schaffen.

Die offizielle indische Regierungslinie orientiert sich eng an den kommerziellen Interessen des digitalen Finanzsektors, und das sind nur zwei von unzähligen politisierten Programmen auf der ganzen Welt, mit dem Ziel, den Übergang zum digitalen Zahlungsverkehr mit dem verbundenen Bankwesen zu fördern, welche sich wiederum mit unzähligen gleichgerichteten Bemühungen der privaten Unternehmen überschneiden, oft mit Unterstützung großer internationaler Entwicklungseinrichtungen.

Wo Bankdienstleistungen für ärmere Bevölkerungsgruppen schlecht entwickelt sind, wurde der „Sprung“ zum traditionellen Bankgeschäft mit mobilen Vermittlern vorangetrieben, die an die Bankeninfrastruktur angeschlossen sind. So baute beispielsweise M-Pesa in Kenia auf den Safaricom-Mobilfunknetzen auf: Viele Menschen hatten Sim-Karten, aber keine Bankkonten. Die Strategie bestand darin, eine Telefonnummer zum Äquivalent einer Bankkontonummer zu machen, und im Hintergrund verband sich die Telefongesellschaft mit dem Bankensektor.

Digitale Kontrolle

Im Rahmen des eifrigen Vorstoßes für die digitale Finanz-Inklusion wurden wichtige Eigenschaften des digitalen

Zahlungsverkehrs beschönigt oder einseitig positiv bewertet. Der vermittelnde Charakter des digitalen Geldes bedeutet jedoch:

- Die Zahlungsvermittler können deine Transaktionen beobachten und Daten über deine täglichen wirtschaftlichen Aktivitäten sammeln.
- Die Vermittler können deine Transaktionen blockieren.
- Da du persönlich keine Geldscheine besitzt, sondern nur Guthaben, können die Institutionen dir diese enteignen oder einfrieren.
- Wenn die Telekommunikations- oder elektrische Infrastruktur ausfällt oder die Vermittler einen Hardware- oder Softwareausfall erleiden, kannst du von jeglichem Zahlungsverkehr ausgeschlossen werden.
- Der digital vernetzte Charakter der Infrastruktur eröffnet ganz neue Angriffsziele für Cyberkriminalität und böartige Formen des Hackings.
- In der schöngefärbten Geschichte der Finanztechnologiebranche wird erzählt, dass sich die Menschen „freiwillig“ für die digitale Zahlung entscheiden, aber das hält näherer Betrachtung nicht stand.

Um es ganz offen anzusprechen: Der digitale Zahlungsverkehr eröffnet immense Möglichkeiten der Finanzüberwachung und -kontrolle und setzt Nutzer neuen Risiken aus, die in der Bargeldinfrastruktur nicht vorhanden sind.

Anfangs vermieden die Beförderer der digitalen Finanzwelt eine kritische Reflexion dieser negativen Potenziale, da die erste Phase der meisten digitalen Produkte „additiv“ ist: Digitale Dienste werden zu einer bestehenden Situation hinzugefügt und stellen somit zunächst eine spannende „neue Option“ dar. So erhält beispielsweise eine Wirtschaft, die bisher nur Zugang zu Bargeld hatte, eine neue digitale Option, die ein Feld kreativer Möglichkeiten eröffnet.

Diese können verwendet werden, um einige bestehende Unzulänglichkeiten zu lösen (obwohl sie einige neue einführen), oder alternativ können sie eine frühere Form im Vergleich dazu wie ein „Problem“ erscheinen lassen (um eine Analogie zu verwenden: Man betrachtet ein Holzfeuer zum Heizen nicht als „Problem“, bis der Nachbar Strom bekommt).

Die hinzugefügte Option wirkt somit in der Regel wie eine positive Kraft.

Erst in späteren Stadien dieser Systeme, wenn sich die neue Form etabliert und so weit ausgebreitet hat, dass sie anfängt, die älteren Systeme zu ersticken, entsteht ihre „Monopolmacht“. Im Falle des digitalen Bezahls wurde dieser „Ausbreitungsprozess hin zur Monopolisierung“ durch verschiedene Faktoren vorangetrieben. Die Finanztechnologiebranche erzählt die Geschichte, dass sich Menschen „freiwillig“ für digitales Bezahlen entscheiden. Bei näherer Betrachtung stellt sich das anders dar.

1. Konzertierte politische Bemühungen fallen auf, mit denen man Bargeld durch pure Propaganda dämonisiert, manchmal direkt von staatlichen Stellen (wie im Falle von Modis Regierung in Indien), aber häufiger von großen kommerziellen Zahlungsunternehmen – wie Visa –, die ein wirtschaftliches Interesse daran haben, Bargeld abzuschaffen. In einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2016^[3] erklärte Visa beispielsweise offen, dass es eine „langfristige Strategie habe, um Bargeld bis 2020 „absonderlich/befremdend“ (peculiar*) zu machen“.
2. Das begleitet man mit Versuchen, den digitalen Zahlungsverkehr anzukurbeln. So bietet Visa ein Belohnungsprogramm für kleine trendige Unternehmen wie beispielsweise Boutique-Coffeeshops in wichtigen Stadtgebieten, damit diese „bargeldlos“ werden und Botschaft und Normen des digitalen Zahlungsverkehrs an ihre Kunden weitergeben (zu denen beispielsweise die Innovationsjournalisten, Medienexperten und Berater gehören könnten, welche die Botschaft weiter verbreiten sollen).
3. Des Weiteren gibt es Versuche, Bargeld schwieriger nutzbar zu machen, was dazu führt, dass das digitale Bezahlen relativ attraktiver erscheint und die Leute dazu anregt, diese „Wahl“ zu treffen. Beispielsweise dünnen Banken das Netz von Geldautomaten aus und machen dadurch das Bezahlen mit Bargeld umständlicher.

4. Hinzu kommen alle von Unternehmens- und Staatsseite unterstützten Versuche, die Infrastruktur zu modernisieren und einzuführen, um den digitalen Zahlungsverkehr praktikabel und attraktiv zu machen.

Diese Prozesse verursachen viele subtile miteinander vernetzte Effekte und Rückkopplungen. Während sich die wirtschaftliche und kulturelle Landschaft der Zahlungsentscheidungen zu verändern beginnt, nutzen Banken, Zahlungsunternehmen und Staaten die augenscheinlichen Beweise für diese Verschiebung, um auch Leute zur Nutzung zu bewegen, die eigentlich den digitalen Zahlungsverkehr nicht nutzen wollen.

Man tätigt Investitionen in digitale Finanzdienstleistungen und weniger oder ganz unterlassend in physische, wie nicht-digitale Filialen und Geldautomaten. Dadurch werden die Menschen – relativ gesehen – für die Verwendung von Bargeld bestraft und von Ladenbesitzern als Belästigung empfunden. In Presseberichten oder populären Medien spricht man von ihnen als Technikfeinde. Die Menschen sehen sich gezwungen oder „angestachelt“, digitales Bezahlen zu nutzen.

Was jedoch wirklich vor sich geht, ist ein Prozess der Expansion des digitalen Finanznetzes, der im Grunde genommen ein Prozess der Konsolidierung der kollektiven Macht des Bankensektors bedeutet, mitsamt der darauf aufbauenden kommerziellen Zahlungsdienstleistungsbranche und den Technologieunternehmen, welche die Apps und Schnittstellen zu diesem System bereitstellen.

Während einzelne Banken private Kämpfe miteinander und mit Finanztechnologieunternehmen darüber führen könnten, wer welchen Anteil am digitalen Finanztorte erhält, wird die Verschiebung viel stärker durch den Wunsch der Finanzinstitute getrieben, ihre Prozesse zu automatisieren, um Kosten zu senken, ihre Reichweite zu erweitern und immer mehr Daten über immer mehr Kunden zu gewinnen.

Mit anderen Worten, der Wunsch der Finanzinstitute nach Automatisierung hängt nicht davon ab, was deren Kunden wollen, sondern ist vielmehr ein innerbetrieblicher Antrieb, den sie

rechtfertigen, indem sie auf Kundensegmente (wie „millennials“ (bezeichnet die Generation, die im Zeitraum der frühen 1980er bis zu den späten 1990er Jahren geboren wurde) verweisen, welche als Anwender der ersten Stunde der digitalen Finanzwelt gelten.

Während „digital finance“* zunächst als zusätzliche Option dargestellt wird, geht es längerfristig in Wahrheit darum, die konkurrierenden nicht-digitalen Optionen zu eliminieren und die Auswahl zu reduzieren, anstatt sie zu erweitern. So wurden beispielsweise Bankfilialen und Geldautomaten in ländlichen Regionen Großbritanniens geschlossen, in denen hauptsächlich Rentner leben. Dadurch optimieren Banken den Gewinn, indem sie die Leute zwingen, das digitale Bankgeschäft zu nutzen, während sie ihnen gleichzeitig erzählen, dass es die „Millennials“ sind, die den Wandel vorantreiben.



Geschlossene Bank im ländlichen Indien.

Foto: William Morris/ CCO, gemeinfrei

Durch das Überhandnehmen des digitalen Zahlungsverkehrs und der weiteren Verteufelung und Diskreditierung von Bargeld wird die Geschichte der digitalen finanziellen Inklusion immer akuter. Wenn es einen allgemeinen Konsens unter den Machhabern gibt, und wenn es immer untrüglichere Anzeichen für eine größer werdende Abhängigkeit von digital-finance* gibt (ein Großteil davon wurde von den Finanzinstituten selbst befördert), dann ist das Risiko, wegen Nichtnutzung ausgeschlossen zu werden, größer denn je, und die Aufgabe, Zugang zu gewähren, wird als nobler denn je angesehen.

Nirgendwo wird diese sich selbst verstärkende Dynamik deutlicher als in der Agenda und den Operationen der „Better than Cash Alliance“ (Besser-als-Bargeld-Allianz), einer Initiative, die unter der Schirmherrschaft des „Capital Development Fund“ der

³ <https://hwlink.de/gop-visa>

Vereinten Nationen steht, aber von Visa, Mastercard, Citibank, der Bill & Melinda Gates Stiftung, Omidyar Network, USAID und einer Vielzahl internationaler Unternehmen und Mainsream-NGOs finanziert wird.

Die Allianz pendelt zwischen den Beueuerungen über die zusätzlichen Vorteile der Einführung digitaler Zahlungsmittel und der Verteufelung von Bargeld hin und her, um die Beseitigung der konkurrierenden Option zu fördern. Sie arbeiten hart daran, die Idee als gesunden Menschenverstand zu etablieren, dass digitale Zahlungen Leute befähigend, modern und ehrgeizig sind, wohingegen Bargeld veraltet und gefährlich ist, eine Last für die Wirtschaft und ein Freund der kriminellen Unterwelt darstellt. Befähigung in diesem Gefüge wird darin gesehen, sicherzustellen, dass jeder in das sich ständig erweiternde digitale Finanznetz einbezogen wird.

Dämonisierung von Informalität

Die Beförderer des digitalen Finanzwesens können sich nicht ewig den Fragen zu Überwachung und Datengewinnung entziehen, die mit dem digitalen Zahlungsverkehr einhergehen. Generell war es jedoch Strategie, die Überwachung als Transparenzinitiative darzustellen und sie als Instrument zur Bekämpfung von Korruption und kriminellen Transaktionen zu betonen.

Die Datengewinnung wird auch als positiver Schritt bezeichnet, wenn es um die Bereitstellung allgemeinerer Finanzdienstleistungen geht, wie z. B. Kredit-Scoring für Kreditvergaben. So haben „Safaricom“ und die „Commercial Bank of Africa“ beispielsweise das „M-Shwari-Kreditsystem“ eingeführt, das Transaktionsdaten von den M-Pesa-Konten der Kreditnehmer zur Beurteilung von Kreditwürdigkeit verwendet.

Der lokale und individuelle Nutzen bestimmter digitaler Finanzierungsvermittlungen ist nicht zu leugnen. Es geht hier nicht darum, die Bemühungen von Initiativen wie M-Shwari abzuqualifizieren, sondern auf den einseitigen Diskurs hinzuweisen, den sie unterstützen. Beispielprojekte wie M-Shwari werden vor den Wagen eines großangelegten Plans zur Förderung allgemeiner Branchenin-

teressen von großen Technologie- und Finanzunternehmen gespannt.

Der übergeordnete Diskurs wurde zu einem, der gegenüber kleinen, informellen ökonomischen Einheiten herablassend ist und andererseits unkritisch gegenüber Systemen, die von großen Unternehmen und Regierungsinstitutionen koordiniert werden. Letztere werden vorbehaltlos als Beispiele für Fortschritt dargestellt, während informelle Vereinbarungen, unkontrollierbare Interaktionen und sich ausbreitende unberechenbare Netzwerke von Peer-to-Peer-Beziehungen als Bereich von Rückständigkeit, Kriminalität und Misserfolg dargestellt werden.

Wir haben es also eine mit einer offiziellen Geschichte zu tun, die besagt, dass Fortschritt darin besteht, Bargeld aus dem Verkehr zu ziehen und die Menschen in die Abhängigkeit von den Architekturen digitaler Zahlungen zu bringen. Mit diesen können sie überwacht, diszipliniert, belohnt, vermarktet und beeinflusst werden.

Das Ganze wird durch die Behauptung gerechtfertigt, dass eine solche Architektur Vorteile bietet, billiger zu betreiben und sicherer ist, die Menschen für die moderne Welt „aufrüstet“, persönliche Daten dazu verwendet, um einen breiteren Zugang zu Dienstleistungen zu ermöglichen, und obendrauf auch eine Kraft für soziale „Hygiene“ ist.

Es ist vor allem eine Geschichte, in der informelle Beziehungen aufgelöst und durch institutionell vermittelte Beziehungen ersetzt werden, wodurch die Informalität „bereinigt“ wird. Das ist die Gentrifizierung von Zahlungen.

Getrifizierung zur Kontrolle

Natürlich treten all die negativen Potenziale erst offen in Erscheinung, wenn dieses digitale Netz eine Monopolstellung einnimmt. Nirgendwo zeigt sich das offensichtlicher als in Chinas neuem „Social Credit System“, einem Entwicklungsprogramm zur Überwachung der Bürger, bei dem ihnen Reputationspunkte vergeben werden oder ihnen bei Fehlverhalten droht, auf Blacklists zu kommen.

Das offensichtliche Ziel ist die Schaffung eines „Zuckerbrot und Peitsche“-Systems, das diejenigen belohnt, die offizielle Konventionen befolgen und sich korrekt verhalten, und diejenigen bestraft, die dies nicht tun und abweichen, indem man sie beispielsweise von Dienstleistungen wie dem Flugverkehr ausschließt.

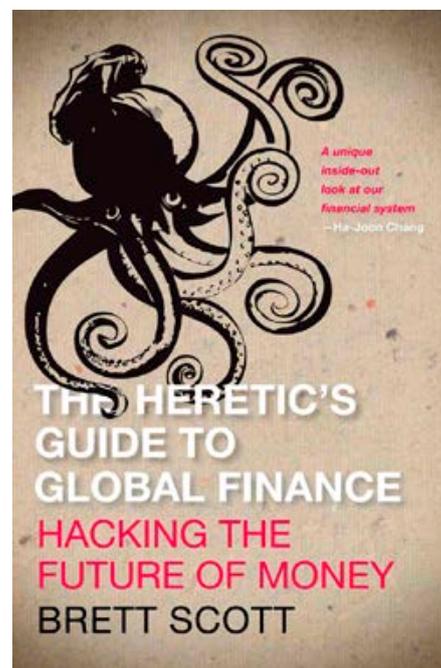
Zum Autor Brett Scott



ist Journalist, Aktivist und Autor des Buches „The Heretic’s Guide to Global Finance – Hacking the Future of Money (Pluto, 2013)“. Er schreibt für Publikationen, wie den

„Guardian“, „New Scientist“, „Wired Magazine“ und CNN.com. Er ist Führungsmittglied des „Finance Innovation Lab“, er hilft bei der Aufrechterhaltung eines Kurses über Macht und Design an der „University of the Arts“, London, und führt Workshops über alternative Finanzen an „The London School of Financial Arts“ durch. Er twittert als @suitpossum.

<https://twitter.com/suitpossum>

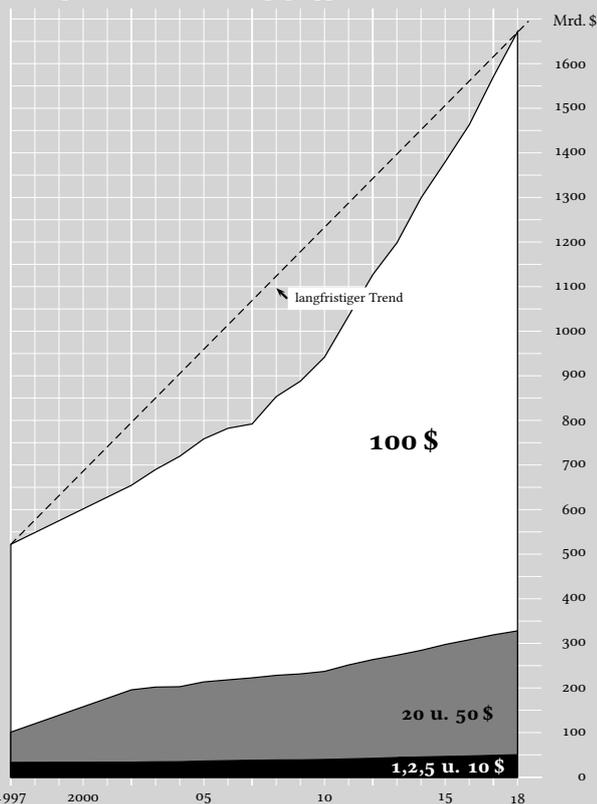


Infos zum Erwerb des Buches:
<http://suitpossum.blogspot.de/p/the-heretics-guide.html>

Originaltext: <http://longreads.tni.org/state-of-power-2019/digital-payment-gentrification/>
Sowohl das Original, als auch seine deutsche Übersetzung stehen unter der Creative-Commons-Lizenz (CC BY-SA 4.0) – <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Bargeldentwicklung in den USA / 1997–2018

Aufgeteilt nach Stückelungsgruppen – Jahresendwerte



Quelle: Fed

© Helmut Creutz - Thomas Kubo / Nr. 126-USA

Helmut Creutz hatte die Bargeldmenge mit der jeweiligen Banknotenstückelung stets im Blick. Für die Vereinigten Staaten von Amerika ist die Federal Reserve Bank (Fed) als Notenbank zuständig. Die von der Fed veröffentlichten Bargeldzahlen sind in der folgenden Grafik für den Zeitraum von 1997 bis 2018 wiedergegeben, aufbauend auf der Struktur, die Helmut Creutz für diese Art von Grafiken vorgesehen hat. Es sind einige interessante Beobachtungen möglich, auch im Vergleich mit dem Euro-Währungsraum.

Die herausgegebene Bargeldmenge hat sich im Dollar-Raum von 2007 bis 2018 insgesamt mehr als verdoppelt: Sie stieg von 792 Mrd. \$ auf 1.680 Mrd. \$ an. Die größte Banknote ist der 100\$-Schein. Die Zunahme ist vor allem beim 100\$-Schein sichtbar. Diese Entwicklung läuft parallel zum Euro oder dem Schweizer Franken. Dort war die Zunahme der Bargeldmenge ebenfalls bei den größeren Banknoten zu verzeichnen. Die kleineren Noten bleiben in ihrer Menge in allen Währungsräumen etwa konstant. Man kann bildlich sprechen: Bei den niedrigen Banknoten hat die Notenbank noch den Finger am Puls des Bargeldkreislaufes, bei den größeren nicht.

Die Steigerung der herausgegebenen Bargeldmenge war im Dollar-Raum wesentlich stärker als im Euro-Raum (Dort nahm sie in den Jahren 2007 bis 2018 von 783 Mrd. € auf ca. 1.279 Mrd. € zu, eine Steigerung von immerhin gut 63 Prozent).

Es gibt gute Argumente dafür, die großen Banknoten im Euro-Raum zurückzurufen – ein Koffer Drogengeld mit 500-€-Scheinen ist nun mal leichter zu verstecken als zehn Koffer mit 50-€-Scheinen. Praktikabel für den täglichen Einkauf beim Bäcker sind die großen Noten auch nicht. Das amerikanische Beispiel zeigt aber, dass die Bargeldmenge bei Niedrig- und Negativzinsen auch ohne „Riesenschein“ unaufhörlich weiterwächst. Es handelt sich um zwei verschiedene Probleme.

Bargeld – Ein Blick über den großen Teich

Thomas Kubo

Helmut Creutz wies darauf hin, dass bereits der Begriff „Bargeldumlauf“ ungenau ist. Die herausgegebene Menge an Bargeld ist nie dieselbe Menge, die im Wirtschaftskreislauf aktiv ist. Der Begriff „Umlauf“ suggeriert jedoch, dass alles Bargeld sich gleichermaßen im Umlauf befindet, was nicht der Fall ist. Anders ausgedrückt: Ein 100-€-Schein, der *ein Mal im Jahr* umläuft, ist wirtschaftlich nur halb so wirksam wie ein 50-€-Schein, der *vier Mal im Jahr* umläuft.

Durch die Niedrigzinsen ist nun das eingetreten, was das Bargeld zum Dreh- und Angelpunkt im Geldsystem macht: Den Bargeldhaltern entgeht für den Liquiditätsvorteil des Geldes, den sie momentan genießen, keine Rendite am Geld- und Kapitalmarkt. Dies wird zunehmend zum Problem: Bargeldhortung wird bei niedrigsten Zinsen und geringer Inflation als nahezu risikolose Geldanlage attraktiv, zumal einige Banken schon damit begonnen haben, Negativzinsen auf Guthaben zu erheben. Die Nachfrage nach Bargeld steigt daher weiter stark an. Die Notenbanken sehen sich genötigt, noch mehr Bargeld herauszugeben, und koppeln die Bargeldmenge so von der realen Wirtschaftsleistung ab.

Damit haben sich die Notenbanker ein Dilemma¹ geschaffen: Auf der einen Seite entsteht bei einer Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit bzw. bei einer abnehmenden wirksam umlaufenden Bargeldmenge Deflationsgefahr. Auf der anderen Seite wächst mit zunehmender Ausgabe frischen Bargelds ein erhebliches verdecktes Inflationspotenzial heran, das realisiert wird, sobald die überschüssige, nun erhöhte Menge an gehortetem Bargeld wieder in den Wirtschaftskreislauf eingeschleust wird. Dies könnte bei anziehender Inflation der Fall sein. Das Dilemma ließe sich auflösen: Mit einer Umlaufsicherungsgebühr auf Bargeld kann es bei den Hörnern gepackt werden, ohne auf die segensreichen Effekte niedriger Zinsen verzichten zu müssen! Helmut Creutz schrieb dazu 2009: „Die fragwürdigen Entwicklungen der Geldmenge lassen noch einmal erkennen, welche Beruhigungen in die Volkswirtschaften einkehren könnten und wie sehr sich die Geldmengensteuerung vereinfachen ließe, wenn endlich die herausgegebene Geldmenge mit der tatsächlich am Markt erforderlichen nachfragenden Geldmenge in Übereinstimmung gebracht werden würde. Konkret: Wenn der von der Bundesbank immer als ›umlaufende Geldmenge‹ bezeichnete Bestand auf die tatsächlich erforderliche nachfrageaktive Menge reduziert würde, wie ja von der Geldreformbewegung angestrebt.“

Der Seitenblick auf den amerikanischen Währungsraum ist in Bezug auf das Bargeld sehr wichtig: Ein vollkommen unterschiedlich strukturierter Währungsraum kämpft mit demselben Problem. Es liegt nahe, dass ein gemeinsames Problem ursächlich verantwortlich ist, nämlich Niedrigzinsen ohne Geldumlaufsicherung!

¹ Vgl. hierzu: Felix Fuders, Cristián Mondaca, Mustapha Azungah Haruna: The Central Bank's dilemma, the Inflation-Deflation Paradox and a new interpretation of the Kondratieff waves, in: *Economía* (XXXVIII)/36: 33–66.

Wachst aus euren Nischen!

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gehört zu den Transformationspionieren

Pat Christ

„Postwachstum“ – das Thema boomt. Ganz so neu ist es jedoch gar nicht. Vor fast 35 Jahren begann man am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), darüber nachzudenken, wie eine Wirtschaft ohne Wachstum funktionieren könnte. „Auswege aus dem industriellen Wachstumsdilemma“ lautete der Titel der IÖW-Eröffnungstagung im November 1985. Bis heute wird im IÖW untersucht, wie die Abhängigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung vom Wirtschaftswachstum reduziert werden könnte.

Einer, der sich hierüber intensiv Gedanken macht, ist der Volkswirt Ulrich Petschow, seit 1989 arbeitet der Wissenschaftler am IÖW. Aktuell leitet er das Forschungsfeld „Umweltökonomie und Umweltpolitik“. Zusammen mit anderen Autoren veröffentlichte er im vergangenen Jahr den Arbeitsbericht „Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen“. Das Papier empfiehlt, statt „Green Growth“ und „Degrowth“ eine „vorsorgeorientierte Postwachstumsposition“ als dritte Alternative.

Blickt Ulrich Petschow auf die letzten 30 Jahre zurück, stellt er fest: „Das Thema ‚Wachstumskritik‘ ist im Mainstream angekommen.“ In den 80er Jahren sei daran nicht zu denken gewesen. „Wer damals etwas gegen Wachstum gesagt hat, wurde gleich in die Ecke der ‚Spinner‘ gestellt“, erinnert er sich nur allzu gut. Heute ist es möglich, dass ein Institut wie das IÖW zusammen mit dem Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung eine gemeinsame Konferenz zum Thema „Herausforderung Wachstumsunabhängigkeit“ veranstaltet.

Nachdem immer deutlicher wird, dass das Klima zu kollabieren droht und die Biodiversität rasant abnimmt, bröckelt das langjährige Credo: „Nur was wächst, ist gut!“. An immer mehr Stellen wird an

Konzepten wie „Postwachstum“, „Steady-State-Ökonomien“ oder „Degrowth“ gearbeitet. Selbst in kirchlichen Kreisen wacht man auf. Vor einem Jahr erschien eine Studie der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz. Darin wurde die Rolle von Wirtschaftswachstum für die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung untersucht. Das Papier plädiert für eine Kombination von politischen Effizienz- und Suffizienz-Maßnahmen.

Zumindest diskursiv, so Petschow, pasierte in den vergangenen drei Jahrzehnten eine Menge. Dazu zählt auch der „Better Life Index“ der OECD sowie die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“, mit der die Bundesregierung die Lebensqualität in den Fokus ihres Regierungshandelns rücken will. Wobei gleichzeitig klar festzustellen ist: Im großen Ganzen rückt man von der ökonomischen Wachstumsideologie noch keineswegs ab. Unsere Wirtschaft ist immer noch nicht nachhaltig. Immer noch nicht umweltgerecht. Immer noch nicht sozial. Und nach wie vor nicht ökonomisch stabil.

Aus der Nische wachsen

Die Wachstumsmaschine läuft weiter, obwohl jeder wissen müsste, dass die ökologischen Grenzen des Planeten längst nicht mehr eingehalten werden können. Immerhin bildeten sich innerhalb des Systems eine Menge widerständiger Nischen heraus. Man denke an Transition Town, Umsonstläden, Tauschringe oder Freiraum-Projekte – allesamt spannende Experimentierräume für nachhaltige Lebensstile, die unabhängig vom weiteren Wachstum

der Wirtschaftsleistung werden wollen. „Das Problem ist, dass man in seinen Nischen bleibt“, so Petschow. Notwendig wäre es, aus der Nische herauszuwachsen. Doch wie gelingt das? Untersuchungen hierzu gibt es kaum.

Eine neue Lebens- und Wirtschaftsweise kann wahrscheinlich nur dann gesellschaftlich verankert werden, wenn sich die kleinen Initiativen institutionalisieren und professionalisieren. Dies jedenfalls legt für Petschow eine Untersuchung des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie (WI) nahe. Dabei wurde die Wiederverwendung von Elektro- und Elektronikaltgeräten analysiert.

Nadja von Gries verglich die Situation in Flandern und in Nordrhein-Westfalen. Flandern, so das Ergebnis, ist NRW weit voraus. Dort wird ein landesweites Datenbanksystem betrieben, um Mengen, Logistik und Umwelrelevanz von 120 ReUse-Shops unter der Dachmarke „de Kringwinkel“ zu erfassen. Für Petschow ist dies ein anschauliches Beispiel dafür, dass durch professionelle Höher skalierung einer Idee weitreichende Effekte erzielt werden können: „In Flandern erhielt der Gedanke ‚ReUse‘ sehr große Unterstützung.“

Die meisten Firmen wachsen nicht

Doch wie könnte dies beim Thema Postwachstum gelingen? Wäre es denn denkbar, Unternehmerinnen und Unternehmer von dieser Idee zu überzeugen? Eigentlich, so Petschow, müsste dies gelingen können: „Die meisten Unternehmen wachsen nicht, sie sind in ihrer Nische glücklich.“ Das kann na-



Ulrich Petschow Bild: privat
Alle anderen Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.



Auch die Etablierung erneuerbarer Energien hatte heftige Kämpfe erfordert.

türlich daran liegen, dass der jeweilige Markt nicht entwicklungsfähig ist. Doch viele wissen auch, dass sie sich werden sie größer, neue Probleme einhandeln: „Sie befürchten, dass sich die Qualität des Miteinanders im Unternehmen negativ verändert.“

Das IÖW veröffentlichte 2013 eine interessante Studie über die Rolle von Betrieben in einem Transformationsprozess. „Wachstumsneutrale Unternehmen“ lautete der Titel. Mehrere Chefs erklärten ihre Motivation für eine wachstumsneutrale Ausrichtung ihrer Firma. „Wir wollen kein Geld scheffeln, sondern der Umwelt dienen“, hieß es zum Beispiel von den Elektrizitätswerken Schönau. Der Energieversorger möchte zudem beweisen, „dass unsere energiepolitischen Forderungen und unser bürgerschaftliches Engagement wirtschaftlich machbar sind“.

Firmen wie „Die Möbelmacher“, die Richard Henkel GmbH sowie die Oktoberdruck AG nennen „Qualität statt Quantität“ als strategisches Leitmotiv. Die Produkte sollen „sinnvoll“ sein und den eigenen Qualitätsansprüchen an Hochwertigkeit, Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit genügen. Der Chef des Unternehmens neuland bremen GmbH will nicht weiter wachsen, um nicht zusätzliche administrative und organisatorische Strukturen aufbauen zu müssen. „Viele Unternehmer möchten nicht mehr nur noch mit Zahlen, sondern weiterhin mit Menschen zu tun haben“, resümiert Petschow.

Neun satte Wachstumsjahre

Insgesamt jedoch wächst die Wirtschaft, weil vor allem die Giganten immer noch größer werden. 2018 war, dem Statistischen Bundesamt zufolge, das preis-



Der Bauboom sorgt für Wirtschaftswachstum.

bereinigtes Bruttoinlandsprodukt um 1,5 Prozent höher als im Vorjahr. Die Wirtschaft in Deutschland wuchs damit das neunte Jahr in Folge. Überdurchschnittlich stark wuchsen die Branchen „Information und Kommunikation“ (+3,7 Prozent), das Baugewerbe (+3,6 Prozent) sowie der Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+2,1 Prozent).

Ein interessantes Vorbild für die Postwachstumsbewegung könnte, Petschow zufolge, die Bewegung für erneuerbare Energien sein. Auch hier gab es zunächst heftige politische Widerstände: „Die Befürworter erneuerbarer Energien wurden anfangs genauso als ‚Spinner‘ abgetan“. Dennoch setzte sich der Gedanke durch, dass erneuerbare Energien gefördert werden müssen. Wie in Flandern in Bezug auf das Thema „Elektro-Recycling“ wurde eine Idee institutionalisiert und professionalisiert. So trat im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Dies forcierte den Ausbau und leitete die Energiewende ein.

Ein ähnliches Förderregime steht beim Gedanken „Postwachstum“ noch aus. Doch der Druck auf die Politik wächst. Auch das IÖW macht Politikerinnen und Politikern gegenüber klar, dass es dringend eine neue Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik braucht. So reichte Petschow eine IÖW-Stellungnahme zum Öffentlichen Fachgespräch „Postwachstumsstrategien“ des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung ein. Es fand am 13. Februar dieses Jahres statt.

Es braucht mehr Reallabore

Petschow plädierte dafür, Experimentierräume zu eröffnen, in denen nachhaltige Ansätze wie „Gemeinwohl“, „Commons“, „Regionalisierung“, „right to repair“, „Verlängerung der Produktlebensdauer“ und „Kreislaufwirtschaft“ erprobt werden können. Gäbe es eine Vielzahl solcher Reallabore, könnten systematisch Stärken und Schwächen der verschiedenen Strategien aufgezeigt und daraus Handlungsorientierungen entwickelt werden. Um die notwendige, große Transformation zu realisieren, ist es für Petschow schließlich unumgänglich, einen „kulturellen Wandel“ einzu-



In Umsonstläden wie dem Würzburger „Luftschloss“ (im Bild die ehrenamtliche Mitarbeiterin Erika Wedrich) werden alternative Wirtschaftsmodelle gelebt.

leiten: „Von einer Wachstums- hin zu einer Nachhaltigkeitskultur.“

Für Petschow ist „Kultur“ ohnehin ein Schlüsselbegriff beim Nachdenken darüber, wie die bereits existierenden Postwachstumsansätze wirksam werden könnten. Denn wirtschaftliche „Revolutionen“ scheinen neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge auf kulturellen „Revolutionen“ zu basieren. Dies jedenfalls fand der amerikanisch-israelische Ökonom Joel Mokyr heraus. Er befasste sich in seinem Werk „A Culture of Growth“ mit der Frage, warum es ausgerechnet in Europa zur industriellen Revolution kam. Bisher war man der Meinung gewesen, dass dies an der Konstellation von teurer Arbeit und billiger Energie in Nordengland lag.

Mokyr hingegen kam zu dem Schluss, dass es die Industrielle Revolution in Europa niemals ohne die Kultur des 16. und 17. Jahrhunderts hätte geben können. Damals bildete sich in unseren Breitengraden eine neue Kultur heraus, die stark auf Innovation und Wissen setzte. Zugleich entstand in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts der von den Verhaltensweisen „Fleiß“ und „Genügsamkeit“ geprägte englische Puritanismus. 

Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

IWF-Ökonomen diskutieren Fließendes Geld!

Steffen Henke

Wenn man im Kern das Geldsystem verstehen möchte, kommt man nicht daran vorbei, sich mit dem Thema der sogenannten Geldumlaufsicherung zu beschäftigen. Die Realwirtschaft dient dem Gemeinwohl dann am besten, wenn das Geld im Wirtschaftskreislauf möglichst gleichmäßig zirkuliert. Nur wie wird dies erreicht? Es stellt sich also die Frage: Müssen Marktteilnehmer, die mehr Geld vereinnahmen als sie aktuell ausgeben wollen über Mechanismen im Geldsystem motiviert werden, damit sie ihre überschüssigen Mittel freigeben und nicht horten? Hortung führt zu Störung des Wirtschaftskreislaufes.

Im gegenwärtigen System wird diese Motivation normalerweise mit einem Zins deutlich größer null Prozent und Inflation (Inflationsziel der EZB: ca. 2 Prozent) geschaffen. Ergebnis dieser Geldumlaufsicherungen sind unter anderem zinsbedingte Umverteilung von fast Allen zu Wenigen, extreme Kapitalkonzentrationen – Wirkung: Demokratieverlust – und Umweltzerstörung wegen des Wirtschaftswachstumszwangs. Aus verschiedenen Ursachen, auf die hier nicht eingegangen wird, liegt der aktuelle durchschnittliche Marktzins jedoch derart niedrig, dass er seine geldumlaufsichernde Funktion nicht mehr ausreichend erfüllt. Deshalb sind die Volumina von täglich fälligen Einlagen förmlich explodiert. Dadurch wiederum sind die systemischen Risiken weiter massiv gestiegen.

Eine alternative Geldumlaufsicherung wäre ein Zins deutlich unter null Prozent, also Fließendes Geld. Oft wird in diesem Zusammenhang auch von „Negativzinsen“ gesprochen. Diesen Begriff halte ich allerdings schon wegen seinem negativen Beiklang für ungeeignet. Wer mag schon etwas „Negatives“. Darüber hinaus wird der Begriff oft auch propagandistisch eingesetzt und führt Interessierte regelmäßig auf die falsche Fährte. Viele Geldreformerinnen und Geldreformer sprechen deshalb von einer Umlaufsicherungsgebühr oder einem Umlaufimpuls.

Der Inhalt eines Arbeitspapiers^[1] von Ökonomen des IWF vom August 2018 fand in jüngster Zeit den Weg in die Medien. In der Arbeit wird diskutiert: Wie könnten Zentralbanken den Leitzins deutlich unter null Prozent festsetzen? Ohne weitere Maßnahmen wäre die Folge eine Flucht ins Bargeld. Insofern liegen die betreffenden IWF-Ökonomen richtig, wenn sie Überlegungen anstellen, wie auch das Bargeld mit Kosten belegt werden kann. Spätestens dann sorgt eine solche Diskussion bei Leserinnen und Lesern, die sich mit der Thematik bisher nicht auseinandergesetzt haben, für spürbares Entsetzen.

Am einfachsten wäre es vermutlich, wenn auf Bargeld als Transaktionsmittel ganz verzichtet wird, denn auf täglich fällige Einlagen lassen sich deutlich leichter Gebühren erheben. Dies lehne ich jedoch kategorisch ab! Auch im IWF-Dokument werden die Vorteile des Bargeldes, wie zum Beispiel das anonyme Bezahlen und damit der Schutz der Privatsphäre und die Unabhängigkeit von Technik, herausgestellt.

Alternativ könnte man durchaus Gebühren auch auf Bargeld erheben. Bei dem erfolgreichen Experiment in Wörgl (1932 – 1933) mussten monatlich für die sogenannten Arbeitswertscheine für deren Gültigkeitserhalt Stempelmarken gekauft werden^[2]. Bei heute bereits eingesetzten regionalen Tauschmitteln wie dem Chiemgauer^[3] müssen Aufwertmarken erworben werden. Weitere technische Lösungen wurden schon vor Jahren unter anderem in einem Heft der Humanen Wirtschaft besprochen^[4]. Auf dieses Heft

1 WP/18/191: „Monetary Policy with Negative Interest Rates: Decoupling Cash from Electronic Money“, Katrin Assenmacher und Signe Krogstrup, 08-18

2 vgl. INWO Deutschland e. V.: „Das Wunder von Wörgl“, Werner Onken, <https://www.inwo.de/das-wunder-von-woergl> (abgerufen am 25. 02. 19)

3 vgl. Chiemgauer e. V.: „Die neuen Scheine sind da“, E. Boehringer, <https://www.chiemgauer.info/aktuell> (abgerufen am 25. 02. 19)

4 Humane Wirtschaft: „Umlaufsicherung von Banknoten“, Thomas Seltmann, 02-10, S. 10 – 16

beziehen sich auch die IWF-Ökonomen. Interessant, beim IWF liest man die Humane Wirtschaft. Selbst die Arbeiten von Silvio Gesell^[5] werden erwähnt.

Im oben genannten Arbeitspapier des IWF wird ein dritter Weg behandelt. Bargeld wird von täglich fälligen Einlagen entkoppelt. Letztgenannte Aggregate werden von den Autoren des IWF-Dokuments als elektronisches Geld bezeichnet. Das sehe ich bezüglich der Begriffsdefinition kritisch, da streng zwischen Geld (Zentralbankgeld) und täglich fälligen Einlagen (z. B.: Guthaben auf Girokonten) unterschieden werden sollte, um ein besseres Verständnis der Prozesse zu erreichen.

Die Reaktionen von Ökonomen wie auch breiter Bevölkerungsschichten zeigen, wie weit entfernt wir davon sind, dass die Mechanismen im Geldsystem erkannt werden. So sprechen die Ökonomen Matthias Weik und Marc Friedrich in Bezug auf Negativzinsen einerseits vom „EZB-Folterinstrument“^[6]. Andererseits erklären sie, dass Systeme, die durch Zinseszins exponentiell wachsen, immer nur zeitlich begrenzt funktionieren können^[7]. Welche Art der Geldumlaufsicherung empfehlen dann diese beiden Autoren? Oder sind sie der Meinung, dass es in einem Geldsystem keiner Geldumlaufsicherung bedarf? Sie verraten es uns nicht.

Im Focus ist zu lesen, dass der „Vorschlag des IWF verheerend“ sei, da über „Strafzinsen“ eine „Enteignung

5 Gesell, Silvio: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“, Selbstverlag, Les Hauts Geneveys 1916, 9. Auflage, herausgegeben von Karl Walker: Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf 1949

6 Weik, Matthias und Friedrich Marc: „Steuern auf Bargeld“, 13. 02. 19, <https://www.mmnews.de/wirtschaft/114843-steuern-auf-bargeld> (abgerufen am 25. 02. 19)

7 Weik Matthias und Friedrich Marc: „Der Crash ist die Lösung. Warum der finale Kollaps kommt und wie Sie Ihr Vermögen retten“, Bastei Lübbe Taschenbuch, Band 60858, vollständige Taschenbuchausgabe der beim Eichborn Verlag erschienen Hardcoverausgabe, 2015, S. 94 ff.

der Sparer“ erfolgen würde^[8]. Dabei übersieht der Autor, dass die Kosten ausschließlich auf Bargeld und kurzfristige Einlagen erhoben werden. Nicht betroffen sind demnach mittel- bis langfristige Einlagen. Sparen, beispielsweise für die Altersvorsorge, oder größere Anschaffungen in der Zukunft, ist ohne weiteres möglich. Sollte dem Leser oder der Leserin dieser Punkt noch nicht ganz klar sein, empfehle ich, sich mit der Zinsstrukturkurve beider Systeme (Zinsen deutlich größer null Prozent und Zinsen deutlich kleiner null Prozent) auseinanderzusetzen^[9].

Auch die Kommentare unter den verschiedenen Veröffentlichungen signalisieren, dass sich viele Menschen durch Gebühren auf Bargeld und kurzfristigen Einlagen regelrecht abgezockt fühlen. Dies wird zum Teil mit entsprechender Emotionalität zum Ausdruck gebracht. Doch die Verfasserinnen und Verfasser liegen damit falsch, auch wenn ich die Reaktionen nachvollziehen kann, insofern sich Menschen mit der Thematik noch nicht eingehend beschäftigt haben. Zum Glück kann ich meine Aussagen gut belegen, da mathematische Betrachtungen des Geldsystems die Beweise liefern. Ich habe mein Fazit unter anderem im 4. Hauptsatz der alternativen Wirtschaftswissenschaft fixiert:

„Über 8 von 10 Menschen zahlen immer mehr Schuldzinsen (über die betreffenden drei Wege, siehe 3. Hauptsatz), als sie je in der Lage sind, Guthabenzinsen zu vereinnahmen, wenn als destruktive Geldumlaufsicherung ein Zins deutlich größer null Prozent verwendet wird.“^[10]

Das bedeutet: Gebühren auf Bargeld und kurzfristige Einlagen führen dazu, dass der mittelfristige Zins auf null Prozent gebracht wird. Davon profitiert tatsächlich die sehr große Mehrheit der Menschen. Berücksichtigt

8 Focus Online: „Vorschlag des IWF. Steuern auf Bargeld soll Wirtschaft im nächsten Abschwung retten“, Egmond Haidt, 12. 02. 19, abgerufen am 25. 02. 19

9 vgl. Henke, Steffen: "Fließendes Geld für eine gerechtere Welt. Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat", Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2017, Kapitel III.6: "Die Zinsstrukturkurve", S. 200 ff.

10 ebd. S. 435

man zum Beispiel den wegfallenden zinsbedingten Wirtschaftswachstumswang, gewinnen alle durch den erst dadurch möglichen Umweltschutz in notwendiger Dimension. Interessierte, die sich mit diesen Zahlen detailliert beschäftigen wollen, verweise ich auf den passenden Text, ebenfalls in meinem Buch^[11].

Übrigens wurde mein Buch über meine gemeinnützige Gesellschaft Neues Geld herausgegeben, für die ich ehrenamtlich als Geschäftsführer tätig bin. Erlöse kommen demnach vollständig dem gemeinnützigen Zweck zugute!

Nun will ich hier bestimmt keine Lanze für den IWF brechen. Es werden von dieser Organisation Nothilfen mit harten Auflagen verbunden; die Ergebnisse sind für die Menschen in den betreffenden Ländern katastrophal^[12]. Doch bei aller Kritik sollten deshalb Vorschläge aus dieser Quelle wissenschaftlich diskutiert, anstatt mit großem Geschrei emotional abgewatscht werden. Im IWF-Arbeitspapier steht ausdrücklich, dass es sich um Forschungsarbeiten der Autoren handelt, die die Diskussion anregen sollen und nicht unbedingt die Ansichten des IWF wiedergeben. Auch wird mehrfach betont, dass eine klare Kommunikation und eine Verbesserung der Bildung der Bevölkerung in Finanzfragen erfolgen muss. Dem ist zuzustimmen.

Die Defizite des Arbeitspapiers sind aus meiner Sicht an ganz anderer Stelle zu verorten. Es wird nicht ausreichend besprochen, welche Wirkungen ein Zins deutlich unter null Prozent als konstruktive Geldumlaufsicherung auf verschiedene andere Assets ausüben würde. Hat man diese beleuchtet, bleibt nur die Konsequenz, dass hier Regelungen vor dem weiteren Absenken der Leitzinsen unter null Prozent zwingend erforderlich sind. Auch vermittelt das IWF-Dokument, dass das Belegen von Zentralbankgeld und kurzfristigen Einlagen mit Kosten eine krisenbedingte Maßnahme sei. Später, insofern sich die wirtschaftliche Lage wieder verbessert hätte, würde man zum alten System zurückkehren. Damit würde man

11 ebd., Kapitel IV.3: "Eine einfache Rechnung", S. 346 ff.

12 vgl. Setton, Daniela u.a.: "WTO – IWF – Weltbank. Die „Unheilige Dreifaltigkeit“ in der Krise", AttacBasisTexte 25, VSA-Verlag, 2008, S. 15

jedoch die Bedingungen schaffen, die direkt in die nächste Krise führen. Darüber hinaus müsste diskutiert werden, wie die in der Vergangenheit aufgebauten Ungleichgewichte kontrolliert abgetragen werden können. Gelingt das nicht, geschähe das unkontrolliert mit zerstörerischen Folgen.

Das Geldsystem greift in fast alle Bereiche unseres Lebens ein. Änderungen bei der Art der Geldumlaufsicherung, begleitet von weiteren Maßnahmen, sind zwingend notwendig, wenn wir die Aufgaben der Zukunft im Sinne des Gemeinwohls lösen wollen. Deshalb bleibt zu hoffen, dass sich die Zusammenhänge beim Geld in der Bevölkerung noch wirksamer herumsprechen. Dies ist eine elementare Voraussetzung, damit die Zustimmung wächst für wertvolle neue Wege beim Geld als Basis für weitere notwendige Veränderungen. 

Zum Autor Steffen Henke



seit 1990 selbständiger Finanzkaufmann und Personalcoach, arbeitet ehrenamtlich als Gesellschafter-Geschäftsführer für die gemeinnützige Gesellschaft „Neues Geld“, setzt sich engagiert für Fließendes Geld ein.

Webseite: <http://lust-auf-neues-geld.de>



Steffen Henkes Buch:

„Fließendes Geld für eine gerechtere Welt – Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat“

ist in unserem Onlineshop erhältlich:
https://shop.humane-wirtschaft.de/Henke_FG

Das „Bargeldproblem“: Ein Denkfehler, der sich weiter ausbreitet!

Jens Martignoni

Vor einigen Monaten ist ein neues „Working Paper“^[1] des Internationalen Währungsfonds (IWF) erschienen, das sich mit der Frage befasst, ob man das Bargeld vom elektronischen Geld trennen könnte. Es geht dabei um ein Problem, dass die Zentralbanken identifiziert haben, als sie begannen, negative Zinsen in der Geldpolitik einzuführen. Dabei können zwar elektronische gespeicherte Vermögen auf Konten mit einem Minuszins belastet werden, nicht jedoch Bargeld, das in den Händen der Besitzer seinen Nennwert behält. Es scheint deshalb attraktiv zu sein, große Beträge in Bargeld zu horten, um damit einen Wertverlust zu vermeiden. Dadurch würde aber das Ziel der Zentralbankpolitik gestört, die durch die negativen Zinsen die Geldbesitzer dazu forcieren will, ihr Geld nicht auf Konten zu bunkern. Bargeld böte also eine Ausweichmöglichkeit und verminderte die Wirksamkeit der negativen Zinsen. Man stellt sich vor, dass bei einer weiteren Senkung der Negativzinsen immer mehr Personen „ins Bargeld flüchten würden“ und damit die gewünschte Wirkung der Minuszinsen ausbleibt. Dieser Punkt wird nun auch aus Seite der Zentralbanken als ein weiterer gewichtiger Grund für eine mögliche Abschaffung des Bargeldes aufgeführt. Dies befeuert natürlich nochmals die machtpolitisch geprägte Debatte zur Bargeldabschaffung, die Tobias Plettenbacher bereits 2016 sehr umfassend beschreibt (siehe seinen Artikel auf Monneta)^[2].



Der Vorschlag, den die beiden IWF-Autorinnen, Katrin Assenmacher und Signe Krogstrup nun entwickelt haben, ist eine Trennung des Bargeldes vom Kontogeld (Giralgeld). Das Bargeld soll dabei als quasi eigenständige Parallelwährung

1 Assenmacher, Katrin / Krogstrup, Signe (2018): Monetary Policy with Negative Interest Rates: Decoupling Cash from Electronic Money, IMF Working Paper WP/18/191, <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2018/08/27/Monetary-Policy-with-Negative-Interest-Rates-Decoupling-Cash-from-Electronic-Money-46076>

2 <https://monneta.org/news/bargeld-test/>

geführt werden mit einer den Negativzinsen auf Kontogeld entsprechenden Entwertung. Die Autorinnen schlagen vor, dass die Zentralbank die nationale Währung in zwei Währungen aufteilen würde, in „Cash“ (Bargeld) und „Reserves“, also elektronisches Geld oder Kontogeld. Ein Negativzins würde nun auch für Bargeld gelten und zwar so, dass beim Rücktausch in elektronisches Geld dieses weniger wert wäre. Das bedeutet zum Beispiel: Wenn ich also bei einem Zins von -3% meine 100 € Bargeld nach einem Jahr auf mein Konto einzahlen würde, schriebe man mir dort nur 97 € gut. Das Bargeld, ich bezeichne es ab jetzt mit der Währungseinheit B€, würde also gegenüber dem Kontogeld (€) laufend abgewertet. Das hätte zur Folge, dass die Preise in zwei Währungen angeschrieben werden müssten: Das Theaterticket kostet dann z. B. 25 € bei Zahlung mit der Karte oder 29,95 B€ bei Barzahlung. Der Preisunterschied steigt, je länger eine Minuszinsphase andauert. Falls die Zentralbank die Phase mit negativen Zinsen beendet, solle sich die Situation umkehren lassen und das Bargeld würde langsam wieder an Wert gewinnen, bis nach einiger Zeit wieder Parität erreicht wäre. Diese Idee ist soweit sehr interessant und theoretisch-finanztechnisch vielleicht durchführbar. Zweipreisigkeit im Handel und in den Geschäften lässt sich lösen, insbesondere weil sofort klar ist, welche der beiden Währungen bevorzugt wird, nämlich die Kontowährung, die weiterhin als Wertmaßstab dient.

Obwohl es an sich positiv ist, dass man sich auf übergeordneter IWF-Ebene damit beschäftigt, wie man Bargeld weiterhin erhalten könnte, entgegen der laufenden Abschauungskampagnen der Zahlungsdienstleister und Großbanken, bin ich sehr kritisch, was die Details angeht.

Ausgehend von der Frage, wofür es überhaupt (noch) Bargeld braucht, werden drei aktuelle Gründe in der heutigen Gesellschaft genannt^[3]:

- a. Schlüsselrolle im Detailhandel
- b. Hortung von Banknoten als Sparvermögen
- c. Benutzung als Mittel zur Steuerhinterziehung und für illegale Aktivitäten

Konkret werden damit also ein halbwegs positiver, ein als negativ angesehener und ein total negativer Punkt als Grund für Bargeld genannt. Diese schwache und voreingenommene Analyse stammt eigentlich von Kenneth Rogoff, einem erklärten Bargeldabschaffer und enthält bereits mehr Vorurteil als Realität. Im IWF-Papier werden dann später wenigstens noch zwei positive „Zusatzvorteile“ des Bargeldes genannt:

- d. Anonymität: Schutz der Privatsphäre
- e. Energieunabhängigkeit: Wenig Beeinträchtigung bei Strom- und Netzausfällen, Schutz vor elektronischen Problemen inkl. Viren

Trotzdem ist das für eine echte Analyse der Funktionen und Vor- und Nachteile von Bargeld außerordentlich schwach. Ganz entscheidende Punkte fehlen. Ich will hier nur vier Grundfunktionen nennen, die Bargeld im Moment in unserem Geld- und Wirtschaftssystem erfüllt:

1. Bargeld, d. h. Münzen und Noten, bilden nach wie vor die Grundlagen unserer Währungsordnung, da nur sie die echte staatliche (resp. überstaatliche beim Euro) Währung darstellen, die auch von allen benutzt werden kann (Giro-Zentralbankgeld können nur Banken verwenden).
2. Bargeld stellt denjenigen Teil der Geldmenge dar, der „unverschwindbar“ ist, weil er schuldenfrei in Umlauf gebracht wurde (oder hätte gebracht werden können). Alles Bankengirogeld kann „verschwinden“, denn das bei der Kreditgewährung der Geschäftsbanken geschaffene Geld muss gelöscht werden, sobald Kredite zurückgezahlt werden. Deshalb ist Bargeld ein wichtiger Stabilisator der Geldmenge.
3. Bargeld ist universell zugänglich. Jeder kann Bargeld entgegennehmen, verwalten oder ausgeben. Giralgeld dagegen bedingt einen Zugang zu

3 vgl. Assenmacher / Krogstrup, p.7

einem Zahlungsdienstleister, der diesen auch verweigern kann oder der durch Kosten/Gebühren de facto Menschen ausschließen kann. Bargeld ist also ein demokratischeres Geld, als Giralgeld.

4. Bargeld ist Volksgeld: Während die unteren Schichten der Gesellschaft einen Großteil (in gewissen Fällen wie z. B. Obdachlosen oder Bettler 100 %) ihrer Lebensbedürfnisse mit Bargeld decken, sinkt dieser Anteil bei den Reichen auf nahe 0 % ab (sie haben immer ein breites Portefeuille von Zahl- und Kreditkarten).

Durch Übernahme der negativen Punkte b. und c. und dem vollständigen Fehlen der Punkte 1. bis 4. wie in der Analyse des IWF kommt man auf eine kaum zutreffende Ausgangslage zuungunsten des Bargeldes. Damit wird auch der Lösungsvorschlag schon fraglich.

Ein weiterer Punkt im Artikel ist ungenau. Es geht nicht darum, die bestehende Währung zu teilen und ein paralleles System einzurichten, sondern lediglich darum, die bisher schon bestehende Parallelität von Zentralbankgeld und Geschäftsbanken-Giralgeld zu verändern.^[4] Heute sind alle drei Formen konventioneller Währungen (Bargeld, Giralgeld und Zentralbankreserven) gleichwertig, da sie sich 1:1 tauschen lassen. Diese Parität würde mit Vorschlag der IWF Autoren aufgehoben.

Dann ist die ganze Idee auch noch völlig aus dem Zentralbank-Standpunkt gedacht. Bargeld würde nämlich durch diese Abwertung in der Praxis als eine unzuverlässige Währung wahrgenommen, die laufend an Wert verliert, wogegen das Giralgeld die alleinige Funktion des Wertmaßstabes bekäme.

Die Diskrepanz der beiden Kurse würde sich dazu über die Zeit immer weiter ausweiten. Bei -3 % Zins hätte ein Produkt vom Wert 100 € folgende Preise (ohne Inflation; B€ = Bargeld-Euro):

Startpreis:	100 €	oder	100 B€
Nach 1 Jahr:	100 €	oder	103 B€
Nach 5 Jahren:	100 €	oder	115,93 B€
Nach 10 Jahren:	100 €	oder	134,39 B€

etc.

⁴ Die wichtigsten vorhandenen Parallelsysteme im heutigen Geldsystem, die jeweils auch eigene Gesetze und Verfassungen haben sind: Münzgeld, Notengeld, Zentralbank-Girogeld und Geschäftsbanken-Girogeld. Diese werden per Vorgaben oder auch nur per Wohnheitsrecht in fixierter Kursparität (1:1) gehandelt.

Das hieße, der B€ würde im Blick des Verbrauchers zu einer inflationären „Weichwährung“, die man versuchen würde zu vermeiden. Resultat: Der Umbau zur sowieso gewünschten bargeldlosen Gesellschaft (*cashless society*) würde damit beschleunigt.

Zudem war es gerade auch Silvio Gesells Idee Preisstabilität zu schaffen und nicht durch eine Preiserhöhung (de facto Inflation) eine Pseudo-Geldentwertung zu erreichen. Er wollte durch eine echte Geldentwertung die Übermacht des Geldes gegenüber den Waren reduzieren. Das vorgeschlagene System erfüllt dies nicht.

Weitere wichtige Punkte, warum die vorgeschlagene Idee eine Lösung für ein falsches Problem liefert und damit nicht weiterhilft:

- Die Hortung von Bargeld ist heute verglichen mit der Hortung von Giralgeld ein marginales Problem. Wie das Beispiel Schweiz zeigt, ist die Bargeldhortung sogar bei -0,75 % Negativzins immer noch unbedeutend.
- Die Behauptung, dass stärkere Negativzinsen mit der Flucht ins Bargeld vollständig kompensiert würden, ist nicht wahrscheinlich, dazu ist z. B. der Umgang mit Bargeld für große Summen schlicht zu kompliziert.
- Das Grundproblem, warum überhaupt Negativzinsen eingeführt wurden, liegt nicht im Konsumgeld- und Realwirtschaftskreislauf, wo Bargeld überwiegt, sondern zum allergrößten Teil in der Finanzwirtschaft. Diese wird mittels *Quantitative Easing* (QE) aber gerade mit Geld geflutet, das sie nicht realwirtschaftlich verwendet. Hier liegt das eigentliche Hortungsproblem, das um Dimensionen größer ist als beim Bargeld. Der Vorschlag setzt also völlig am falschen Ort an und kann so keinesfalls die gewünschte Wirkung erzielen.

Last but not least: Wie bereits oben gesagt, stellt Bargeld die Basis unseres Währungssystems und garantiert einen vielleicht entscheidenden Teil der (Noch-) Stabilität für die Wirtschaft. Die hochdekorierten Experten der Finanzwelt missachten dies vollständig. Die über Nacht Beinahe-Abschaffung des Bargeldes in Indien zeigte bereits deutlich, wohin diese verkehrte Vorstellung führt: Die Auktorverkehrssetzung der 1000 und 500

Rupie Scheine, die 86 % der Indischen Bargeldmenge ausmachten, hat die Wirtschaft massiv einbrechen lassen und viele Kleinsparer, die sich so z. B. ihre Altersvorsorge angespart hatten, faktisch enteignet. Diese Aktion wird also langfristig weitere negative Folgen haben und hat gerade nicht die angezielten Geldwäscher und den Schwarzmarkt am meisten getroffen, sondern die Unterschichten, die sich in den letzten Jahren langsam einen etwas besseren Stand erkämpft hatten.^[5] Das indische Wirtschaftssystem ist dabei geschwächt und nicht gestärkt worden.

Die Ausrichtung auch des IWF auf das falsche Problem „Bargeld“, befeuert die Diskussion mit einem Ablenkungsmanöver und verhindert, dass endlich Klarheit zum Finanzcasino, zu Steuerparadiesen zu Hedgefonds, zu all den toxischen schädlichen Produkten und insbesondere auch zur gefährlichen QE-Strategie gesprochen wird, bei denen dringender Handlungsbedarf bestünde. Statt das Heft in die Hand zu nehmen, das Machtproblem anzusprechen und z. B. durch 100%-Money oder Vollgeld die Souveränität der Zentralbanken über das Geld wiederherzustellen, wird der letzte Rest von staatlicher Geldhoheit weiter unter Beschuss genommen. Beim Bargeld anzusetzen löst keines der bestehenden massiven Systemprobleme, sondern hilft dabei, die verbleibende Stabilität des Systems weiter zu untergraben und kann damit nur noch schneller einen totalen Kollaps herbeiführen. 

⁵ siehe z.B. https://www.focus.de/politik/experten/meinardus/indien-ungueltige-scheine-vor-allem-die-armen-leiden-unter-der-demonetisation_id_6297480.html

Zum Autor
Jens Martignoni



Jhrg. '63, Ausbildung als Ingenieur FH am Technikum Winterthur/Schweiz und MBA in Nonprofit-Management an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftl. Fakultät der Universität Freiburg/Schweiz, ist Dozent für Innovationsmanagement

und Mathematik an verschiedenen Fachhochschulen und arbeitet seit vielen Jahren an der Entwicklung von alternativen Wirtschaftsformen und neuen Geldsystemen.

Weitere Informationen und Kontaktdaten unter: <https://moneta.org/jens-martignoni/>

„Wirtschaft und Gesellschaft“ – 2019

Seminarreihe zur Vermittlung
und Erarbeitung von Grundlagenwissen

Redaktion

Jetzt online anmelden unter
<https://hwlink.de/WuG2019>

In jüngster Zeit werden die Stimmen wieder lauter, die für mehr Wirtschaftsunterricht in den Bildungseinrichtungen plädieren.

Tatsache ist, dass ohne fundierte Kenntnisse von Zusammenhängen in der Wirtschaft ein latenter Mangel an guten Lösungen zu drängenden Zukunftsfragen der Normalfall bleibt. Im Ergebnis führt das dann in aller Regel zu einem Denken, das den Forderungen nach weiterem Wirtschaftswachstum als Zukunftsweg in die Karten spielt. Für Alternativen, die wirklich weiterhelfen, braucht es neue Sichtweisen und die Beleuchtung von Zusammenhängen, die eher ein Schattendasein führen. Zu diesem Zweck wurde diese Seminarreihe entwickelt, zu der wir hiermit herzlich einladen wollen.

Die Grundlagen-Seminare können auch einzeln besucht werden. Soweit eine Veranstaltung auf der vorherigen aufbaut, wird durch entsprechende Einführung auch Teilnehmern, die neu hinzustoßen, das Verständnis ermöglicht.

Was sind die Leitfragen?

Welche Rolle spielen Geld und Boden? Warum brauchen wir eine Geldreform? Was könnten wir durch eine Grundsteuerreform erreichen?... In dieser Seminarreihe in Wuppertal werden Probleme und Lösungsvorschläge zum Geld- und Finanzsystem, der Boden- und Ressourcenordnung sowie weiteren, wichtigen Feldern von Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend behandelt.

Termine

25. / 26. Mai 2019

20. / 21. Juli 2019

7. / 8. Sept. 2019

Programmdetails:

Anmeldung unter:

Themen

Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft

Auswirkungen einer Geldreform
im Sinne Silvio Gesells

Die Zukunft der Unternehmensverfassung

<https://hwlink.de/wug>

<https://hwlink.de/wug2019>

25. und 26. Mai 2019

Die Anschauung, die wir durch unseren täglichen Umgang mit dem Geld haben, ist Ausgangspunkt dieses Seminars. Diese Alltagserfahrung wird gesprächsweise vertieft. Durch ein streng systematisches Vorgehen (siehe nachfolgendes Programm) lernen wir dabei die Funktionen des Geldes als Tauschmittel, als Wertmesser und als Wertaufbewahrungsmittel besser zu verstehen.

Wertmaßstab



Weil sich die Funktionen des Geldes teils gegenseitig stützen, teils aber auch stören, stehen sie zueinander in einem spannungsreichen Verhältnis, das man als ein „magisches Dreieck“ bezeichnen kann. Erst wenn man die Fragen zu diesem Beziehungsgeflecht systematisch stellt, tragen sie den Keim zu ihrer Beantwortung in sich und leiten über zu Einsichten in die grundlegende Bedeutung des Geldes.

Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft

des für Arbeitsteilung und Wohlstand, Konjunktur und Beschäftigung.

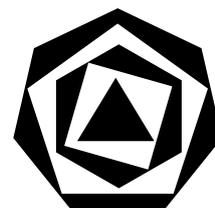
Die gewonnenen Erkenntnisse lenken immer wieder den Blick auf die Politik der Notenbanken, ihre Erfolge, aber auch ihre Misserfolge und deren Ursachen. Dabei zeigt sich, dass die hartnäckigen Stockungen im Kreislauf der Volks- und der Weltwirtschaft mit tief-sitzenden Vorurteilen über das Geld und seine Funktionen zusammenhängen, die auch in Wissenschaft und Politik fest verankert sind.

Die Überwindung dieser Vorurteile setzt voraus, dass mehr Menschen die Eigenschaften und Eigenarten des Geldes und die notwendigen Reformen verstehen und lernen, andere darüber

aufzuklären. Unsere Tagung bietet die Möglichkeit, sich die dafür notwendigen Kenntnisse und Argumente zu erarbeiten. Durch ihren Aufbau gibt sie nicht nur eine grundlegende Einführung in die Thematik, sondern zugleich eine systematische Anleitung und Hilfestellung für Fortgeschrittene, die selbst andere an die Problematik heranzuführen wollen.

Auch für aktuelle Diskussionen um negative Zinsen, Abschaffung des Bargeldes, Vollgeld usw. vermittelt die Tagung notwendige Beurteilungsgrundlagen.

Referenten: **Fritz Andres**,
Jobst von Heynitz und
David Fiedler
(alle SffO, Bad Boll).



SEMINAR FÜR
FREIHEITLICHE
ORDNUNG e. V.

Gesprächs- und Leserkreise

Alle Terminangaben ohne Gewähr

Dortmund, jeden ersten Dienstag im Monat

Dortmunder Stammtisch und Diskussionskreis
Ort: Steinstraße 48, im Haus der „Auslandsgesellschaft“, direkt am Hbf.
Kontakt: Mark Brill E-Mail: dortmund@humane-wirtschaft.de

Stuttgarter/Böblinger Leserkreistreffen

Jeden Donnerstag, 19 Uhr Diskussionsrunde, Wichtel in Böblingen
(Kurzlink zur Anfahrt: <https://hwlink.de/wichtel>)
Neben der Verinnerlichung einer Geld- und Bodenreform diskutieren wir aktuelle Geschehnisse in der Wirtschaft, in Finanz- und Geopolitik und deren mögliche Auswirkungen.

Interessierte Menschen sind herzlich willkommen.

Kontakt: Said Ben Sedrine, E-Mail: stuttgart@humane-wirtschaft.de

Jeden ersten Montag im Monat ab 20 Uhr in Plauen

Stammtisch/Leserkreis • Im Malzhaus • Alter Teich 7
• 08527 Plauen • Kontakt: Andreas Wunderlich
• E-Mail: plauen@humane-wirtschaft.de

Kontakt über unsere Geschäftsstelle in **Essen-Rüttenscheid**
E-Mail: service@humane-wirtschaft.de
Telefon: (0201) 45845785 Fax.: (0201) 45845786

Wuppertal, jeden 3. Mittwoch im Monat, 17 - 19 Uhr

Lernort Wuppertal – Treffpunkt für Aktive und die es werden wollen. **Jour fixe** an jedem dritten Mittwoch im Monat.

Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal** weitere Info: <https://lernort-wuppertal.de>

Biberach a. d. Riß, jeden dritten Dienstag im Monat

Stammtisch für „Nachhaltige Finanzen“

Funktionsweise und Hintergründe unseres Geld-, Finanz- und Wirtschaftssystems werden mit unterschiedlichsten Themen vielseitig betrachtet.

Ort: **TG-Heim Restaurant, Adenauerallee 11, 88400 Biberach a. d. Riß** Infos: S. Späth 01 76 - 61 50 74 53
E-Mail: Sebastian.Spaeth@bund.net

Informationen im Internet: <https://hwlink.de/bund-biberach>

Wuppertal, Samstag, 25. bis Sonntag, 26. Mai 2019 (siehe auch linke Seite)

Seminarreihe „Wirtschaft und Gesellschaft“ zur Vermittlung und Erarbeitung von Grundlagenwissen
zum Thema: „Das Geld im Kreislauf der Wirtschaft“ (s. auch S. 22 und unter <https://hwlink.de/wug>)

Wuppertal, Sonntag, 26. Mai 2019 – 14:30 bis 18 Uhr

„**MonNetA – Das Geldspiel**“ Unter Anleitung von **Holger Kreft** und **Andreas Bangemann**. Veranstalter: **Freiwirtschaftlicher Jugendverband Deutschland e. V. (FJvD e. V.)** Weitere Informationen und Anmeldung: <https://lernort-wuppertal.de>

Wuppertal, Samstag, 20. bis Sonntag, 21. Juli 2019

Seminarreihe „Wirtschaft und Gesellschaft“ zur Vermittlung und Erarbeitung von Grundlagenwissen
zum Thema: „Auswirkungen einer Geldreform im Sinne Silvio Gesells“ (s. auch unter: <https://hwlink.de/wug>)

Vormerken!

Wien (Österreich), Mittwoch, 24. Juli bis Freitag, 9. August 2019

„Alternative Economic and Monetary Systems (AEMS) Summer school 2019“

Weitere Informationen und Anmeldung: <https://summer-university.net/registration-is-open-2/>

Vormerken!

Takayama (Japan), Mittwoch, 11. bis Sonntag, 15. September 2019

5. Internationaler RAMICS-Kongress für Komplementärwährungen

„Going Digital? New Possibilities of Digital-Community Currency Systems“

Webseite der Veranstalter: <https://sites.google.com/view/ramics-2019-takayama>

Vormerken!

Augsburg, Dienstag, 17. September 2019, ab 19:00 Uhr

„Im Labyrinth des Finanzsystems – Was es zu finden gibt und wie wir wieder herauskommen“

Vortrag von **Andreas Bangemann** auf Einladung von **attac Augsburg**, Ort: Reichlesaal im Zeughaus Augsburg. <https://hwlink.de/ab-attac>

Vormerken!

Wuppertal, Freitag, 11. bis Sonntag, 13. Oktober 2019

2. Vernetzungstreffen der Freiwirtschaft – Ort: **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal**

Weitere Informationen unter: <https://humane-wirtschaft.de/2-vernetzungstreffen>

Vormerken!

Wuppertal, Samstag, 16. bis Sonntag, 17. November 2019

64. Müндener Gespräche in der **Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal**

Informationen ab Oktober unter: <https://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html>

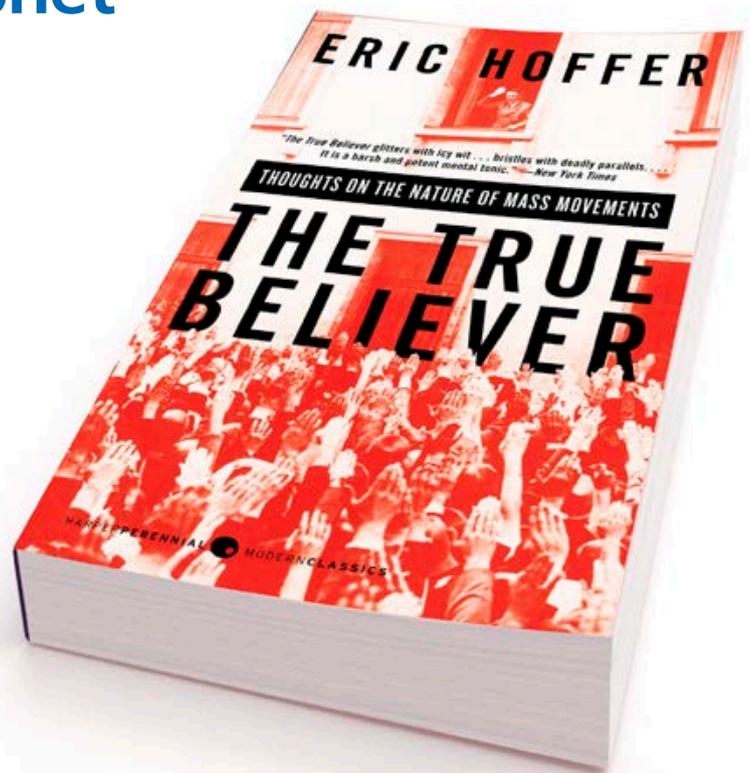
Das Genie als Prophet

Gero Jenner

Er hätte ein typischer Vertreter des Proletariats sein können, denn er gelangte in seinem Leben nie über Gelegenheitsarbeiten als Erntehelfer und Hafendarbeiter hinaus und hatte in seiner Jugend nicht einmal die Schule besuchen können. Anders gesagt, hätte Eric Hoffer für Marx ein Paradebeispiel für den Typus Mensch abgeben müssen, dessen Klassenbewusstsein allein durch das Sein bestimmt wird. Aber dieser Sohn eines einfachen ausgewanderten Tischlers, der wie viele andere Deutsche gegen Ende des 19. Jahrhunderts sein Land verlassen hatte, um sein Glück in den USA zu versuchen, widerlegt auf spektakuläre Art die von Marx behauptete Abhängigkeit von Bewusstsein und Sein. Dieser scheinbare „Prolet“ redete keineswegs über die Härte seines persönlichen Schicksals, er begehrte überhaupt nicht auf, sondern sann über den Entwicklungsgang der Staaten und jener Männer nach, die ihren Gang maßgeblich bestimmen. Dieser einfache Arbeiter, mindestens eine halbe Woche damit beschäftigt, genug Geld für das eigene Überleben zusammenzukratzen, verbrachte die zweite Hälfte der Woche damit, in unstillbarer Wissbegier die Weltliteratur zu durchforsten und über Dinge zu grübeln, die mit seinem eigenen Leben so gut wie nichts zu tun hatten. Wenn man die Fähigkeit, nur an andere zu denken und dabei ganz von den eigenen Bedürfnissen abzusehen, manchen Heiligen der Vergangenheit zuerkennt, dann gilt diese Qualität ganz besonders für Eric Hoffer: den heiligen Proletarier.



Hoffer selbst hat die eigene Geistesverwandtschaft nicht mit anderen Angehörigen der eigenen Klasse gesehen, sondern mit einem französischen Adligen, dem grübelnden Philosophen Michel de Montaigne. Der Gegensatz könnte nicht



größer sein: Hier der für den eigenen Unterhalt schwer arbeitende Proletarier, dort der Mann, dem schon die Geburt eine herausragende gesellschaftliche Stellung gesichert hatte. Aufgrund seines Reichtums verfügte Montaigne über genug Muße, um frei von aller Parteilichkeit, von aller Eiferei und von allen Bekehrungsgelüsten jene Überlegungen über die menschliche Natur anzustellen, die noch heute mit Staunen und Bewunderung erfüllen. Aber Hoffer ist viel näher an unserer Gegenwart – er starb erst 1983. Was dieser Mann uns in seinem berühmten Erstlingswerk „The True Believer“ (Der Fanatiker) zu sagen hat, und zwar in Form von verblüffenden Aphorismen und psychologisch tiefsinnigen Rasonnements, ist zugleich zeitlos und aktuell. Es hinterlässt sofort den Eindruck, dass sich hier – um in Nietzsches Worten zu reden – ein freier Geist, ein besonderes Genie offenbart. Denn Hoffer ist alles zugleich: ein bis in die schwärzesten Winkel der menschlichen Seele ohne jede Scheu hinablickender Psychologe und ein erbarmungslos sezierender Wissenschaftler, der den Menschen als soziales Herdentier untersucht. Mit anderen Worten, ein überragender Soziologe und Politologe, für dessen gerade einmal 170 Seiten umfassendes Buch man getrost ganze Bibliotheken aus der Feder durchschnittlicher Vertreter dieser beiden Fächer hingeben mag.

Da dieser Mann in linken Diskussionsforen nicht einmal erwähnt wird, wage ich zu behaupten, dass man sein Porträt, von seinen Schriften ganz zu schweigen, weder in den Parteizentralen findet noch bei den Jüngern des linken Lagers. Die Frage ist, warum? Muss diese Tatsache nicht überaus merkwürdig erscheinen, wenn man bedenkt, dass Eric Hoffer wie kein anderer den „denkenden Proletarier“ repräsentiert, während Marx, Engels, Lassalle, Kautsky oder Tucholsky nicht einmal Arbeiter, geschweige denn Proletarier waren, sondern allesamt einem teilweise recht wohlhabenden Bürgertum entstammten – eine Zugehörigkeit, die nach orthodoxer Lehre ihr Klassenbewusstsein doch von vornherein verfälscht haben musste? Warum hat man widerspruchslos akzeptiert, dass sich Sprösslinge aus dem Bürgertum anmaßen durften, über Wesen und Schicksal der Unterschicht zu befinden, die ihnen im Grunde doch ganz fremd sein mussten, während ein Mann wie Hoffer, der ein Leben lang dieser Schicht zugehörte, für die Linke bis heute so gut wie nicht existiert?

Dafür gibt es einen einleuchtenden Grund: Hoffer ist ein Mann der Gerechtigkeit, aber die Ideologen aller Couleur führt er schlicht und mühelos ad absurdum. Die Provokation beginnt schon damit, dass er – ganz wie Han-

nah Arendt, aber völlig unabhängig von ihr – keinen Unterschied zwischen linken und rechten Fanatikern (den „*true believers*“) macht. Doch endet die Herausforderung keineswegs bei dieser Einsicht; tatsächlich geht Hoffer noch sehr viel weiter als Hannah Arendt (die übrigens in einem Brief an Karl Jaspers auf überschwängliche Weise von ihm sprach, nachdem es 1955 zu einer Begegnung mit dem damals 53-jährigen Hoffer gekommen war). Für Hoffer steht fest, dass der Fanatismus der Weltverbesserer seine Wurzeln in persönlicher Unzulänglichkeit hat: wer ein erfülltes Leben führt, weil er fähig ist, das eigene Sein kreativ zu gestalten, der habe kein Interesse am Umsturz der bestehenden Ordnung. „*Der Glaube an eine heilige Sache ist in hohem Maße ein Ersatz für den verlorenen Glauben an uns selbst.*“ Der „Frustrierte“ projiziere sein eigenes Versagen in Welt und Gesellschaft, die er eben deshalb radikal ändern will. Dies sei der Grund, warum man so oft gescheiterte Künstler unter den heftigsten Verneinern der herrschenden Zustände finde. Hitler versuchte sich erfolglos als Maler und Architekt, Goebbels als Dramatiker, Romancier und Dichter, Schirach als Dichter, Funk in der Musik, Streicher in der Malerei. Marat, Robespierre, Lenin, Mussolini und Hitler seien herausragende Beispiele für Fanatiker aus den Rängen nicht-kreativer Männer des Worts.

Nicht genug mit dieser erbarmungslosen psychologischen Tiefenanalyse, geht Hoffer noch einen Schritt weiter. Auf die jeweilige Ideologie einer Bewegung komme es ohnehin in den seltensten Fällen an. Was die Leute wirklich wollen und was ihnen die fanatischen Führer von rechts und links tatsächlich geben, sei das Gefühl „dazuzugehören“, auszubrechen aus der unerträglichen Isolierung des eigenen Selbst, aus der Unzufriedenheit mit dem eigenen unscheinbaren oder verhassten Ego, um in einem Größeren und Umfassenden aufzugehen: einer Bewegung. Die jeweilige Ideologie sei eher Nebensache, sie habe keine andere Funktion als die einer Fahne, unter der die Gläubigen sich versammeln. Deswegen habe Hitler nur die Intellektuellen, die Skeptiker und Liberalen wirklich gehasst, während er in Stalin einen Gesinnungsgenossen erblickte. Bekehrte Kommunisten, so seine Weisung, könne man sofort in die nationalsozialisti-

sche Partei aufnehmen. Wir dürfen daher behaupten, dass Hitler selbst sich schon vor Hannah Arendt und Eric Hoffer der geistigen Nähe und Austauschbarkeit der Fanatiker von Links und Rechts deutlich bewusst war!

Bei uns, den Kommentatoren des heute vorherrschenden Zeitgeistes, müssen solche Gedanken gerade zu Beginn des neuen Jahrhunderts wieder ein *Déjà-vue*-Echo erwecken. Auch in Amerika richtet sich der Hass der fundamentalistischen Evangelikalen ja nicht vorrangig gegen die ebenso kämpferischen Muslime oder fanatischen Atheisten – da spricht ein Ungeist zum anderen –, sondern er kehrt sich gegen die Zweifler und liberalen Skeptiker – die bilden das eigentliche Hassobjekt des Fanatismus. Man sieht, Hoffer ist zeitlos in seinen Analysen, aber er ist es auf eine Art, welche den Eiferern von links und rechts gleich wenig gefällt. Wie Montaigne steht er seltsam einsam über der lärmenden Gegenwart und spricht nur zu jenen, die sich selbst die Freiheit von ideologischer Enge bewahren. Nur bedeutende Denker wie Bertrand Russell oder Hannah Arendt waren in der Lage, Hoffer als das zu würdigen, was er in Wahrheit war: ein einsames Genie.

Zwischendurch könnte man Hoffer freilich auch anders lesen, nämlich als ein Lehrbuch für angehende Diktatoren. Er beschreibt nämlich genau, was diese tun oder lassen sollten, wenn allein der Erfolg entscheidet. Wladimir Putin und Xi Jinping werden Hoffer gewiss nicht gelesen haben: aber intuitiv handeln beide genau nach seinen Erkenntnissen. Regierungen, sagt Hoffer, werden nur selten dann gestürzt, wenn die Verhältnisse unerträglich sind oder sie zu hart, zu unduldsam, zu grausam gegen die Bürger verfahren, sondern im Gegenteil: wenn sie Zeichen zu großer Nachgiebigkeit und Schwäche zeigen. In dem Jahrzehnt vor der französischen Revolution ging es Frankreich ökonomisch weit besser als in den beiden auf sie folgenden Jahrzehnten, in Russland erfolgte die Revolution nach der weitgehenden Befreiung der Muzhik aus der Leibeigenschaft, und die Bauernkriege, die zur Zeit Luthers stattfanden und für die er wesentlich die Verantwortung trägt, brachen in Gegenden aus, wo es der Landbevölkerung relativ gut ging. Aber in all diesen Fällen hat-

ten zunächst „Männer des Worts“ Gedanken des Umsturzes ausgesprochen und damit an den Festen des Staats gerüttelt.

Männer des Worts! Intellektuelle. Die spielen bei Hoffer eine besondere Rolle, zum Beispiel Luther. Solange der große Reformator die Kirche als herrschende Macht in Frage stellte, sprach er von dem „*armen, einfachen, gemeinen Volk*“, kaum hatte er sich selbst mit der Macht, d. h. mit den Fürsten, verbündet und genoss deren Schutz, da redete er völlig anders: „*Gott stellt sich lieber auf die Seite einer Regierung, sie mag noch so schlecht sein, als auf die Seiten der Lumpen, die gegen sie rebellieren, so gerechtfertigt deren Sache auch ist*“ (Rückübersetzung aus dem Englischen). Männer des Worts stellen, so Hoffer, einen permanenten Herd der Unruhe dar: Rebellionen und Revolutionen gehen in der Regel von ihnen aus. Deshalb schützt ein Staat sich am besten vor ihnen, indem er ihnen den Lebensunterhalt sichert. „*Hätte man Luther im rechten Moment ein Bistum angetragen, dann hätte dies möglicherweise seine Begeisterung für die Reformation abgekühlt.*“ Die Jahrtausende währende weitgehende Stabilität des Chinesischen Kaiserreichs führt Hoffer darauf zurück, dass die Intellektuellen, welche die schweren Prüfungen der staatlichen Akademie bestanden hatten, mit einem sicheren Arbeitsplatz rechnen konnten. Dieselbe Beobachtung hätte Hoffer auch im Hinblick auf Indien machen können, wo Lesen und Schreiben ohnehin ein Vorrecht der Brahmanen war.

Der Umkehrschluss gilt natürlich genauso: Missachtete oder gar arbeitslose Intellektuelle bilden ein ständiges Potential von Aufruhr und Umsturz. Sie projizieren ihr eigenes Leid in die Welt hinaus. Zustimmend zitiert Hoffer Thoreau: „*Was den /selbsternannten/ Reformen in Wirklichkeit quält, ist, wie ich glaube, viel weniger Sympathie für das Leid seiner Mitmenschen, sondern – auch wenn er der heiligste Sohn Gottes ist – sein privates Ungemach. Lass dieses berichtigt werden ... und er wird seinen /früheren/ Kampfgenossen ohne jede Entschuldigung den Rücken kehren.*“ Sein leidenschaftsloser Umgang mit dem Fanatismus frustrierter Gemüter hinderte Hoffer jedoch nicht an der Einsicht, dass diese recht häufig

die folgenreichsten gesellschaftspolitischen Veränderungen bewirken.

Hoffer bringt es fertig, Staat und Menschen *sine ira et studio* mit so unerbittlicher objektiver Kälte zu sezieren, als hätte er es mit einem Ameisenhaufen zu tun. Das hat ihm den Vorwurf des Zynismus eingetragen. In der Unbeirrbarkeit seiner Analysen ähnelt er Spinoza, unterscheidet sich in diesem Punkt aber von seinem Vorbild Montaigne, denn dieser lässt seinen Blick zwar ebenso unbeirrt über die Menschen und ihre Schwächen gleiten, aber er tut es doch immer wieder mit Nachsicht und manchmal auch voller Mitleid. Denn – und dies übersehen zu haben, ist eine Schwäche, die man Hoffer wohl vorwerfen darf – es gibt das Mitleid, es gibt Hilfsbereitschaft und es gibt Ideale, für die manche Menschen durchaus die größten persönliche Nachteile erleiden, ohne dabei an den eigenen Vorteil zu denken. Nur in einer Nebenbemerkung räumt Hoffer selbst auch diese Möglichkeit ein. *„Die Tomate und der Nachtschatten gehören beide zur Familie der Solanaceae, aber die eine ist nahrhaft und der andere giftig.“*

Vielleicht wird man diese Teilblindheit Hoffers darauf zurückführen dürfen, dass dieser Mann einen unglaublichen Stolz besaß und nichts so sehr fürchtete, als dass man ihm auch nur einen Anflug von Selbstmitleid vorwerfen würde. Daher seine gnadenlose Objektivität, so als spiele seine persönliche Existenz nicht die geringste Rolle, wenn er über die Menschen und über die Menschheit redet. In dieser Hinsicht ist er noch stolzer, aber auch ehrlicher als Friedrich Nietzsche. Dieser war, wie man weiß, einer der dünnhäutigsten, empfindlichsten, verletzbarsten Menschen, der in Turin beim Anblick eines Kutschers, der sein Pferd erbarmungslos prügelte, in Tränen ausbrach und sich anschließend an den Hals des Tieres warf. Aber Nietzsche machte sich selbst etwas vor, als er im Zarathustra sozusagen das Gegenbild zu sich selbst erschuf, einen Prediger der Gewalt, der sich, wenn es sein muss, alle Regungen der Menschlichkeit versagt.

Hoffer machte sich gar nichts vor. Er fordert nicht, die da oben von ihrem Thron zu stürzen, nur weil er selbst ganz unten stand. Er hätte sich selbst und sein

ganz persönliches Ressentiment dabei nur zu deutlich durchschaut. Hoffer war eben auch für sich selbst ein Objekt der Erkenntnis. Im Übrigen gab es für ihn sehr wohl ein Ideal, und das war eine Gesellschaft, in welcher der einfache Mann den Ton angibt, weil er *„keinen König, keinen Hitler und keinen Stalin braucht, um seine Straßen, seine Dämme, seine Fabriken, seine Schulen, seine Sportplätze, Parks und Vergnügungstätten zu bauen. Hier hat der einfache Mann zum ersten Mal in der Geschichte wirkliche Freiheit erfahren.“* Gemeint sind natürlich die Vereinigten Staaten von Amerika.

Hoffer schrieb diese Zeilen in den sechziger Jahren. Er hat nicht gesehen, dass in dieser Zeit Amerika bereits zu einem anderen Staat geworden war, einem Staat des oberen einen Prozents, welches Politik und Wirtschaft aus dem Hintergrund lenkt und sich um den einfachen Mann kaum noch zu kümmern braucht. An Hoffer beweist sich eine alte Wahrheit. Wer die Vergangenheit in der Distanz mit großem Scharfsinn erhellt, bringt deswegen noch längst nicht die Voraussetzung mit, um die Gegenwart aus unmittelbarer Nähe richtig zu bewerten. Tatsächlich endete dieser Mann, der sich zum Anwalt der kleinen Leute machte, schließlich bei den Neokonservativen, am Ende seines Lebens wurde er, so muss man es leider sagen, zum Reaktionär.

Hoffer ist ein Mann voller Widersprüche. Er verachtete die Intellektuellen, aber war selbst einer von ihnen – einer der größten. Er wollte das Beste für die kleinen Leute, aber beschäftigte sich vor allem mit den großen, den Aristokraten, Königen und Diktatoren. Er lebte in den Vereinigten Staaten, aber er las vor allem europäische Autoren. Mit anderen Worten, er war nicht dies oder jenes, sondern ein Mensch mit allen Gegensätzen. Deswegen lohnt es sich so sehr, diesen Mann auch heute noch zu lesen. In den Vereinigten Staaten gilt er mit Recht als einer der großen Denker, verdient es aber, auch in der übrigen Welt als ein Seher gewürdigt zu werden.

Zu einem solchen wurde Hoffer möglicherweise schon in seiner Jugend, da er zwischen sieben und fünfzehn Jahren aufgrund eines Unfalls erblindete (wie er selbst zumindest behauptete – tat-

sächlich liegen die ersten dreißig Jahre im Leben dieses Mannes völlig im Dunkeln. Vermutlich war Hoffer als illegaler Migrant ins Land gekommen).

Hoffer besaß die seltene Fähigkeit, ganz von sich selbst abzusehen, aber letztlich sprach er doch immer nur über sich selbst. Denn er beweist, was ein Mensch aus sich machen kann, selbst wenn er ohne Schulbildung aufwächst und die Hälfte seines Lebens mit dem Schleppen von Lasten und anderen Frondiensten verbringt. Wenn es einen denkenden Proletarier gibt, der diesen Namen verdient, dann ist es Eric Hoffer, ein Heiliger, den die Fanatiker von links wie von rechts aber wohl nie wirklich schätzen werden, dazu steht Hoffer zu hoch über ihnen: dieser Mensch ist zu frei, zu souverän.

Postskriptum: Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf New York und Washington wurde *The True Believer* neuerlich gedruckt. Dschihadisten schienen Hoffers fünfzig Jahre altem Drehbuch im Detail zu folgen. Junge Männer schlossen sich der islamistischen Sache ohne äußere Nötigung an und gingen freiwillig in den Tod in der Hoffnung auf versprochene Belohnungen in einer verwandelten Existenz.

Mehrfach zitiert wird Hoffer in meinem (bisher noch unveröffentlichten) Buch: *„Auf der Suche nach Sinn und Ziel der Geschichte – Leben in der Ära der Streitenden Reiche.“*

Die Englische Version *„Reflections on Meaning and Purpose in History: The Destiny of Mankind in the 21st Century“* (<https://hwlink.de/MandP>) ist bereits erhältlich. 

Zuerst erschienen am 2. März 2019 unter: <http://www.gerojenner.com/wp/?p=2713>

Zum Autor
Dr. Gero Jenner



Studium der Philosophie, Indologie und Sinologie in Hamburg, später in München, Paris und Rom. Zuvor Aufnahme in die „Studienstiftung des Deutschen Volkes“. Zweitstudium der Soziologie in München und London ebenfalls mit

Unterstützung der Studienstiftung.

Website: <http://www.gerojenner.com>



Von der Antilope zum Kakao

Wie die Würzburger Biologin Frauke Fischer zum Thema „Green Economy“ kam

Pat Christ

Frauke Fischer setzt sich mit einem Kakao-Projekt für nachhaltiges Wirtschaften ein. Alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.

Sie hatte in Frankfurt und den USA Biologie studiert. Für ihre Doktorarbeit kam Frauke Fischer an die Uni Würzburg. „Promoviert habe ich allerdings 1993 an der Elfenbeinküste, wo die Würzburger Uni eine Forschungsstation hat“, erzählt sie. „Nachhaltige Nutzung von Antilopen“ lautete das Dissertationsthema. „Es ging um die Frage, wie die Menschen die Antilopen im Tai-Nationalpark jagdlich so nutzen können, dass die Population nicht zusammenbricht“, erläutert die Green Economy-Expertin.

Das Promotionsthema erscheint hierzulande etwas befremdlich. Doch in Afrika ist die Frage einer nachhaltigen Nutzung von Antilopen äußerst relevant. „Die Tiere sind dort ein wichtiger Bestandteil der Eiweißversorgung“, erläutert Fischer. Deshalb muss die Population vor Überjagung geschützt werden. Doch wie kann das gelingen? In ihrer Dissertation befasste sich Fischer lange mit den biologischen Grundlagen einer nachhaltigen Antilopenjagd.

Nach fünf Jahren schloss sie ihre Dissertation ab. „Eigentlich wollte ich danach weg von der Uni“, sagt sie. Wegen ihrer Erfahrungen in Afrika haderte die junge Forscherin ein wenig mit der Wissenschaft. „Ich erkannte, dass Universitäten zwar immer mehr Informationen sammeln und ständig Wissen mehren, aber sie beteiligen sich zu wenig daran, dass sich dann auch etwas ändert“, sagt sie. Ergebnisse würden in wissen-

schaftlichen Fachzeitschriften publiziert, die nur von Menschen innerhalb des Forschungszirkels gelesen werden: „Doch gerade bei Themen wie ‚Biodiversität‘ oder ‚Zerstörung natürlicher Ressourcen‘ kommunizieren wir zu wenig nach außen.“

Es kam allerdings dann doch anders. Frauke Fischer blieb an der Würzburger Uni: „Man bot mir an, Leiterin der Forschungsstation zu werden.“ Die Biologin ging zurück an die Elfenbeinküste. Dort beschäftigte sie sich intensiv mit der Situation des Tai-Nationalparks. „Der war im Grunde ein ‚Paper Park‘, also ein Schutzgebiet, das nur auf dem Papier bestand.“ Es mangelte offensichtlich an Geld, um eine echte Schutzfunktion zu etablieren, erkannte Fischer. Dadurch kam sie vor rund 20 Jahren zum Nachdenken über „Green Economy“.

Wer soll die Ressourcen schützen?

„Ich dachte mir, dass es doch nicht sein kann, dass man diesen armen Ländern auferlegt, alleine für den Schutz der Ressourcen verantwortlich zu sein“, erläutert sie. Schließlich habe die Weltgemeinschaft einen Nutzen von geschützten Gebieten: „Das gilt für afrikanische Savannen ebenso wie für den Amazonas-Regenwald oder die Regenwälder im Kongobecken.“ Frauke Fischer wollte erreichen, dass andere Akteure außer den Staaten ihre Verantwortung wahrnehmen. Dabei kam sie auf Unterneh-



Wie sehr der Regenwald bedroht ist, zeigt Frauke Fischer in ihrem aktuellen Buch „Der Palmöl-Kompass“ auf.

men als Zielgruppe: „Ich begann, mich mit dem Thema der unternehmerischen Verantwortung für Biodiversität zu beschäftigen.“

Am 19. September 2002 brach in der Elfenbeinküste ein Bürgerkrieg aus: „Wir mussten alle fliehen.“ Ihr Chef bat Fischer, an der Würzburger Uni zu bleiben, bis die Forschungsstation wieder eröffnet werden könnte. Fischer willigte ein. In der Hoffnung, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Elfenbeinküste bald beendet würden. Doch dem war nicht so: „Der Bürgerkrieg dauerte fast zehn Jahre.“ Zwar erklärten Präsident Laurent Gbagbo und Rebellenführer Guillaume Soro den Krieg am 30. Juli 2007 für beendet. Doch im Zuge der Regierungskrise flammte er 2010 wieder auf.

Frauke Fischer nutzte die Zeit, um in Würzburg die Lehre im Bereich „Internationaler Naturschutz“ aufzubauen.

Bis heute befasst sie sich mit dem Management von Schutzgebieten und mit Schutzprogrammen für bedrohte Arten. Als ein Schwerpunkt kristallisierte sich die Frage nach der Inwertsetzung von Biodiversität heraus: „Dahinter steckt der Gedanke, dass diejenigen für Natur zahlen sollen, die Natur nutzen.“ Im Falle von Regenwäldern würde dies bedeuten, dass die gesamte Weltbevölkerung und nicht nur einzelne Länder für den Erhalt verantwortlich ist: „Denn wir alle brauchen Regenwälder als Klimastabilisatoren.“

„Tragedy of the Commons“

Im herrschenden System, so Fischer, fließt vor allem Geld für die Zerstörung von Ökosystemen und die Vernichtung von Arten. „Man findet immer jemanden, der Nashornhörner kauft“, erläutert sie. Geldgeber für den Schutz dieser Tierarten finden sich nur selten. Dieses Dilemma wird auch als „Tragedy of the Commons“ bezeichnet. Fischer: „Wir haben Allgemeingüter, die uns allen nutzen und die wir nutzen dürfen, doch wir sind nicht bereit, dafür zu zahlen.“ Natürlich würde es das Wirtschaftssystem durcheinanderbringen, würden die derzeit herrschenden Spielregeln geändert. Doch genau das ist für Fischer notwendig.

2003 war für die Forscherin auf ihrem Weg hin zur Green Economy-Expertin ein wichtiges Jahr: „Damals sprach mich die Krombacher Brauerei an.“ Die hatte zu jener Zeit eine bemerkenswerte Marketing-Kampagne aufgelegt: Mit dem Kauf eines Kasten Biers, versprach das Unternehmen, würde ein Quadratmeter afrikanischer Regenwald geschützt. Inzwischen hat die Regenwald-Stiftung der Brauerei einen Kapitalstock von knapp vier Millionen Euro. „Das Unternehmen bat mich als Expertin, einmal auf das Naturschutzprojekt draufzuschauen“, schildert Fischer. Dieser Kontakt führte noch im selben Jahr zur Gründung von „auf!“, Fischers Agentur zur Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsberatung.

„Ich hatte die Idee, Unternehmen zu beraten, die Kooperationen mit Naturschutzorganisationen eingehen wollen“, erklärt sie. Doch das Konzept ging nicht auf: „Die Firma Krombacher ist bis heute unser einziger Kunde.“ Die an Fischers Wohnort Frankfurt angesiedelte Agentur gibt es allerdings immer noch. Das Team

beschäftigt sich mit der Frage der unternehmerischen Verantwortung für Biodiversität: „Wir bieten hierzu Workshops und Vorträge an.“ Außerdem werden Naturschutzprojekte evaluiert. Solche externen Evaluationen werden Fischer zufolge heute von allen großen Geldgebern verlangt.

In die Gesellschaft wirken

Bis heute ist Fischer an der Uni Würzburg tätig. Sie hat ihre Stelle allerdings auf 40 Prozent reduziert. „Ich lehre gerne zu Themen der Biodiversität, weil ich es sehr wichtig finde, junge Leute hierzu auszubilden“, sagt sie. Gleichzeitig bemühte sich die Wissenschaftlerin in den vergangenen Jahren zunehmend darum, in die Gesellschaft zu wirken. Zum Beispiel durch Bücher.

„Der Palmöl-Kompass“ lautet der Titel ihres neuesten Buchs, das am 18. März im oekom-Verlag erschien. Fischer verfasste das 176 Seiten starke Werk zusammen mit Frank Nierula, der bei ihr eine Masterarbeit zum Thema „Palmöl“ schrieb: „Daraus machten wir in den vergangenen zwei Jahren ein populärwissenschaftliches Buch.“ Das erklärt, was Palmöl ist.

„Palmöl ist ein super Produkt, da es vielfältig anwendbar und extrem ertragreich ist“, erläutert die Biologin. Das große Problem besteht darin, dass, weil das Öl so billig ist, es in Massen für eine sehr große Palette an Produkten verwendet wird. „Der Palmöl-Kompass“ zeigt auf, welche katastrophalen Effekte dies auf Ökosysteme hat und wie immens schädlich der Massenkonsum auch in sozialer Hinsicht ist: „Auf den Palmölplantagen werden Menschen zu Sklavenarbeit gezwungen.“

Fatale Ramschschokolade

Palmöl steckt in Margarine und Seife, in Keksen, Pizza und Schokolade. Wer aus ethischen Gründen auf Palmöl verzichten möchte, darf, so Fischer, zum Beispiel keine „Ramschschokolade“ für 69 Cent aus dem Discounter kaufen. Dass es möglich ist, Schoko-



In Frauke Fischers Projekt „Perú Puro“ wird Kakao nicht in Monokultur produziert.

lade anders zu produzieren, zeigt die Wissenschaftlerin zusammen mit dem Würzburger Biologen Arno Wielgoss mit ihrem Projekt „Perú Puro“.

2015 gründeten die beiden ihr Sozialunternehmen. Ziel ist es, Bio-Kakao produzierende Kleinbauern aus Peru zu unterstützen. Durch das Projekt erhalten inzwischen 45 Kleinbauern einen fairen Lohn, der es ihnen ermöglicht, Kakao ohne Monokulturen anzubauen. Soeben importierte „Perú Puro“ wieder neun Tonnen Kakao. „Der wird angebaut wie Wein“, schildert Fischer. Die Schokolade soll nämlich so erstklassig sein, dass Menschen bereit sind, für eine Tafel 5,50 Euro auszugeben.

„Perú Puro“ macht Fischer im Kampf für ein alternatives Wirtschaftssystem Mut. Denn das Projekt zeigt ihr, dass viele Menschen eine gerechte Wirtschaft wünschen. „Als wir im Sommer 2017 ein Crowdfunding-Projekt für unsere Schokolade starteten, hieß es, dass wir es niemals schaffen werden, das Geld zusammen zu bringen“, erzählt sie. Zu jenem Zeitpunkt hatten Fischer und Wielgoss das Angebot einer Schweizer Schokoladenmanufaktur, die aus dem peruanischen Ur-Kakao eine besonders hochwertige Schokolade machen wollte. 25.000 Euro waren nötig, um hierfür eine Tonne Kakao zu importieren. Innerhalb weniger Tage war die Summe zusammen.

„Werde Schokoheld!“

„Werde Schokoheld!“ lautete das Motto der Kampagne, bei der letztlich mehr als 51.000 Euro zusammenkamen. „Immer mehr Menschen möchten Teil von sol-



Die Kosten für Luftverschmutzung trägt in unserem System die Gemeinschaft.

chen positiven Projekten werden“, konstatiert Fischer. Deshalb ist nach ihrer Ansicht auch das bayerische Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ so erfolgreich gelaufen.

So hoffnungsvoll die vielen kleinen Initiativen wie „Perú Puro“, die Weltladen-Bewegung, „Transition Town“ oder die Repair Cafés stimmen – Fischer fordert, dass sich grundsätzlich etwas ändern muss. Und zwar bald: „Sonst fährt unser System mit 180 Sachen auf die Betonmauer zu.“ Der Wachstumsideologie erteilt die Biologin eine klare Ab-sage: „Es gibt in der Natur keine permanent wachsenden Systeme.“ Dass unser Wirtschaftssystem davon ausgeht, dass es immerzu wachsen wird, hält sie für „völlig absurd.“

„Statt zu berichten, dass der Dax um zwei Prozent stieg, sollten die Leute darüber informiert werden, um welchen Prozentsatz der Plastikmüll wieder gewachsen ist“



Der Zwang zum Wirtschaftswachstum hat auch eine steigende Plastikmüllflut zur Folge (Karikatur aus der Misereor-Karikaturenausstellung „Glänzende Aussichten“).

Ebenso abwegig ist es für Fischer, dass das Bruttosozialprodukt direkt an den Verbrauch von Ressourcen gekoppelt ist. Doch diese Tatsache wird dadurch verschleiert, dass in den Nachrichten immer nur vom Dax die Rede ist. „Statt zu berichten, dass der Dax um zwei Prozent stieg, sollten die Leute darüber informiert werden, um welchen Prozentsatz der Plastikmüll wieder gewachsen ist“, so Fischer.

Die Kabeljau-Katastrophe

Skeptiker, für die ein Zusammenbruch des Wirtschaftssystems unvorstellbar ist, hält Fischer die Kabeljau-Katastrophe in Neufundland vor Augen. Jahrzehntlang waren die Gewässer vor Neufundland von nordamerikanischen und europäischen Fangflotten allen wissenschaftlichen Warnungen zum Trotz überfischt worden. 1992 wurde ein Fang-Verbot ausgesprochen. 40.000 Fischer auf Neufundland verloren von heute auf morgen ihre Arbeit: „Und die Kabeljau-Produktion hat sich dort nie wieder erholt.“

Die Wirtschaft ist nur deshalb so „erfolgreich“, weil die verursachten Klima- und Umweltschäden nicht in die Bilanzen der Konzerne eingerechnet werden, sagt Fischer. Die Gemeinschaft hat diese Kosten zu tragen, während sämtliche Gewinne allein von den Konzernen eingestrichen werden. „Würde man die negativen Effekte des Wirtschaftens auf unser Ökosystem einrechnen, wäre keines der 20 international größten Unternehmen profitabel“, betont die Naturschutzexpertin.

Fischer selbst versucht derzeit vor allem, für das Thema „Plastikmüll“ als aktuell besonders gravierendes Umweltproblem zu sensibilisieren. „Eine Plastiktüte ist in einer Sekunde hergestellt und wird wenige Minuten verwendet, doch es braucht 400 Jahre, bis sie zersetzt ist“, sagt sie. In „Plastik Summer Schools“ denkt Fischer deutschlandweit mit Studenten darüber nach, was gegen die immense Verschmutzung der Welt mit Plastikmüll getan werden kann.

Im Oktober fand eine erste „Plastik Summer School“ in Würzburg statt. Im April diskutierte Fischer an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach mit Studierenden über die Problema-



Permanent wächst unser ökologischer Fußabdruck, was zu Lasten der natürlichen Ressourcen und der Biodiversität geht.

tik. „Hier stand der Versandhandel und das Verpackungssystem im Fokus“, erläutert sie. Im September bietet Fischer eine dritte Summer School an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde an.

Vor fünf Jahren gründete die Biologin in Frankfurt den gemeinnützigen Verein „Green Economy Academy“, der ebenfalls mithelfen will, die Wirtschaft „grüner“ zu machen. Die Akademie kooperiert mit Expertise-Zentren zum Thema „Nachhaltige Ökonomie“ auf der ganzen Welt. Zu den Hautaufgaben des Bildungsträgers gehört es, Lösungsansätze für eine „Grüne Wirtschaft“ in Lehre und Ausbildung zu bringen. Außerdem eröffnet die Akademie Investoren die Chance, früh ökonomisches und soziales Innovationspotential zu erkennen.

Zur Autorin
Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.
Schwerpunkte:
Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

Der Terror der Ökonomie

Roland Rottenfuß

Wenn wir eine menschlichere Gesellschaft schaffen wollen, genügt es nicht, über neue Formen des Wirtschaftens nachzudenken. Auf den Prüfstand muss das ökonomische Denken selbst und seine Ideologie einer Welt als Ware. Unser Wirtschaftssystem leistet sich Entwicklungshilfe für die Reichen, die finanzielle Unterstützung einer Absahner-Kaste, der es längst nicht mehr um die Sicherung des Existenzminimums, sondern vielmehr um eine immer weitergehende Überdehnung des Existenzmaximums geht. Es ist unübersehbar, dass es überall, wo ein Lebensbereich mit wirtschaftlichem Denken infiziert wird, wo also z.B. eine staatliche Einrichtung als „Betrieb“, ein menschliches Zusammenwirken als „Geschäft“ definiert wird und Profitinteressen im Spiel sind, eine fortschreitende Vergiftung eben dieser Sphäre stattfindet. „Mehr Demokratie wagen“ kann in unseren Zeiten nur eines bedeuten: weniger Ökonomie wagen!

Pater Lukas besitzt kein Portemonnaie. Der fast 80-jährige lebt ohne Geld. Sein Priestergehalt, das ihm für seine Dienste in einer kleinen Landgemeinde zusteht, gibt er an einen Mönchsorden weiter, bei dem er ordiniert ist. Dafür stellt der Orden für ihn Unterkunft, ein Auto, Benzin und ein kleines Taschengeld. Letzteres gibt Pater Lukas allerdings vollständig an die von ihm aus der Ferne betreute Waisenkindermission in Namibia (Südwest-Afrika) weiter. Für ihn selbst bleibt nichts. Wovon Pater Lukas lebt? Jeden Werktag nimmt er sich die Reste mit nach Hause, die von der Mittagsverpflegung des Kindergartens übrig bleiben, den er als Seelsorger betreut. Am Wochenende, wenn er nicht von einem seiner Gemeindeglieder zum Essen eingeladen wird, kann es schon mal knapp werden. Doch Pater Lukas ist nicht anspruchsvoll. Sein Lebensantrieb liegt auf einer anderen, einer geistig-spirituellen Ebene, sie ist konsequent anti-ökonomisch. „In dem Mönchsorden wird der eigentliche Kommunismus gelebt“, sagt er.

Ist Pater Lukas ein Exot, ein Ausbund haarsträubender ökonomischer Ignoranz, dessen Beispiel nicht verallgemeinert werden kann? Es gibt mehr Menschen wie Pater Lukas als man meinen sollte. Die meisten von ihnen leben unfreiwillig in Not und Knappheit, doch um die geht es mir hier nicht. Heidemarie Schwermer etwa wurde vor einigen Jahren bekannt durch ihr Buch „Das Sterntaler-Experiment“. Sie schildert darin, wie sie seit 1996 buchstäblich ohne Geld lebt, überwiegend durch Arrangements, die es ihr ermöglichen, bei Fremden Haus zu hüten und dabei deren reich gefüllte Speisekammer nutzen zu können. Von Ort zu Ort bewegt sie sich, indem sie Leute am Bahnsteig anspricht, die sie auf ihrer Mehrpersonen-Karte umsonst mitfahren lassen. Heidemarie Schwermer will mit ihrem Selbstversuch auch darauf hinweisen, wie selbstverständlich wir Geld als allgegenwärtige und unverzichtbare Daseinsgrundlage betrachten.

Dabei gibt es „Sterntaler-Experimente“ nicht erst seit 1996. Franz von Assisi, Sohn eines reichen Kaufmanns, verschenkte seinen ganzen persönlichen Besitz an die Armen. Als ihn sein Vater dafür öffentlich zur Rede stellte, entkleidete er sich vor versammelter Bürgerschaft auf offener Straße und gelobte, von nun an nur noch Gott anzugehören. In Assisi ist noch die Kutte des Heiligen Franziskus zu besichtigen, aus graubraunem, grob gewebtem Stoff, mehrfach geflickt und zerrissen, eher einem Kartoffelsack als einem Kleidungsstück ähnelnd. Franz von Assisi war als außergewöhnlich heiterer Mensch von großem Gottvertrauen bekannt.

Außer seiner Kutte hat sich mir ein anderes Bild unauslöschlich eingepägt, jenes von Mahatma Gandhis ganzem Besitz. Das Foto zeigt zwei Paar alte Sandalen, eine Brille mit runden Gläsern, ein Buch, eine Reisschale, eine Teeschale, nicht wesentlich mehr als das.

Nun sind Gandhi und Franz von Assisi sicer Ausnahmemenschen, ihnen nach-

zueifern würde die meisten von uns sicher überfordern. Und doch gibt es eine Fülle weniger spektakulärer „Fälle“, die bestens belegen, dass die scheinbar undurchdringliche Asphaltdecke des ökonomischen Nutzendenkens an der einen oder anderen Stelle Risse bekommt, an denen schöne Blüten der Güte und geistigen Freiheit hervorlugen können. So etwa die Geschichte von einem Musiker, der sich bereit erklärte, der Tochter seines Freundes Klavierunterricht zu geben – unter einer Bedingung: dass er keine Bezahlung dafür bekäme. Oder die Geschichte einer Frau, die ehrenamtlich einsame alte Menschen besucht, sich ebenso ehrenamtlich für die Einführung einer Regionalwährung einsetzt und dafür ihre „Einkommen generierenden“ Tätigkeiten sträflich vernachlässigt. Es gibt unzählige solcher kleinen Geschichten, wenn wir nur genau hinsehen.

Wir weniger „Edlen“ können sicher begründen, warum wir ökonomisch, also gewinnorientiert und eigennützig handeln. Nur soll bitte niemand so tun, als sei die Entscheidung, die er zugunsten des Eigennutzes getroffen hat, alternativlos, als entspräche sie einem unumstößlichen Lebensgesetz.

Was ist eigentlich Ökonomie?

Sie beruht auf zwei Grundprinzipien:

1. Verkaufe umso teurer, je knapper und daher begehrter ein Wirtschaftsgut ist.

Zu diesem Thema schrieb Silvio Gesell (1862-1930), der Begründer der Freiwirtschaftslehre: „Mit der Inbesitznahme oder Aneignung eines Gegenstandes, den man nicht selbst gebrauchen kann, der aber, wie wir annehmen oder wissen, von anderen gesucht wird, können wir nur einen Zweck verfolgen: wir wollen diesen anderen Verlegenheiten bereiten und diese Verlegenheiten ausbeuten.“ Besonders perfide wirkt dieses ökonomische „Gesetz“, wenn Pharmakonzerne den Kranken in der Dritten Welt lebenswichtige Medikamente nur zu extrem hohen Preisen abgeben oder wenn sie die Eigenproduktion identischer Medikamente unter Hinweis auf das Patentrecht verbieten.

2. Kaufe billig ein, und verkaufe teuer.

Beide Grundsätze sind heute so allgegenwärtig, dass man sie nicht einmal mehr als Meinungen neben anderen Meinungen wahrnimmt, sondern als pure

Selbstverständlichkeit. „Wenn jeder für sich selber sorgt, dann ist für alle gesorgt“, lautet ein wohlfeiles Sprichwort. Die klassische Ökonomie gründet seit Adam Smith (1723-1790) auf dem Egoismus, der sich – wenn ihm alle nun konsequent genug frönen – angeblich zum Wohl aller auswirkt. Das Geschäftsleben wird so zu einem Hahnenkampf mehrerer Akteure mit gleichermaßen egoistischer Gesinnung. Dem Geschäftskrieg vorangegangen ist oft ein „Wettrüsten“, bei dem sich jeder Kontrahent mit neuesten Manipulations-, Verkaufs- und Marketingtaktiken ausgestattet hat.

Auch eine noch so ausgefeilte Theorie kann aber das hässliche Gesicht des Egoismus nicht schönschminken. Die Behauptung, dass eine Ansammlung profitgieriger Menschen eine gute Welt schaffen könnte wäre gleichbedeutend mit der Annahme, lauter kranke Bäume ergäben einen gesunden Wald.

Die französische Schriftstellerin Viviane Forrester schreibt über das derzeit herrschende neoliberale System: „*Es ist streng, tyrannisch und überall verbreitet, aber konturlos, und daher schwer auffindig zu machen. Es wurde nie als politisches System proklamiert und hält doch alle Fäden der Wirtschaft, die es auf das Geschäftemachen reduziert, in der Hand. Das Geschäftemachen ist darauf gerichtet, sich alles einzuverleiben, was noch nicht zu seiner Sphäre gehört.*“ Mit dem Slogan vom „Terror der Ökonomie“ (im Original eigentlich: „*L'horreur économique*“ = Schrecken der Ökonomie) hat Forrester die Grundzüge der neuen Weltordnung sehr pointiert beschrieben.

Zur herrschenden einseitigen Profitlogik schreibt sie: „*In Wirklichkeit beschäftigen sich die Texte und Reden, die die Probleme der Arbeit und damit der Arbeitslosigkeit analysieren, allein mit dem Profit, er bildet ihre Grundlage, ihre Matrix, ohne dabei jemals genannt zu werden. (...) Er steht ganz oben und bildet so offensichtlich die Grundlage für alles, dass man ihn verschweigt. Alles ist von ihm abhängig, ist auf ihn ausgerichtet, wird in Abhängigkeit von ihm geplant, verhindert oder verursacht, er erscheint so unausweichlich, als wäre er mit dem Wesen des Lebens verschmolzen.*“

Neben Viviane Forrester ist es vor allem die kanadische Globalisierungskritikerin Naomi Klein, die die Durchdringung aller

Lebensbereiche der modernen Welt mit Werbe- und Verkaufsinteressen scharf kritisiert. Vor allem nimmt sie Markenfirmen wie Shell, Nike, McDonalds oder Starbucks aufs Korn, die den öffentlichen Raum (der ja eigentlich allen Bürgern zur Verfügung stehen sollte) zur Werbefläche verkommen lassen: „*Sie versahen nicht mehr nur ihre eigenen Produkte mit Markenzeichen, sondern drückten auch der Kultur, die nichts mit ihren Produkten zu tun hatte, ihre Markenzeichen auf. So gingen sie hinaus in die Welt, sponserten kulturelle Veranstaltungen und beanspruchten damit Teile dieser Welt als Brückenköpfe für ihren Markennamen. Für diese Unternehmen war Markenpolitik nicht nur ein Mittel, bei einem Produkt einen Wertzuwachs zu erzeugen. Sie war vielmehr von einem unbändigen Hunger nach kulturellen Ideen und Metaphern geprägt, die regelrecht aufgesogen und als ‚Markenerweiterung‘ wieder in die Kultur zurückgespielen wurden.*“

So wird, da ja jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann, der Wahn der teuren und aufdringlichen Werbekampagnen zu einer zusätzlichen Gefahr für die soziale Gerechtigkeit. Naomi Klein schreibt dazu: „*Wenn die millionenschweren Sponsoringverträge unterzeichnet sind und die Coolness-Jäger und Marketingexperten ihre Schecks bekommen haben, dann ist vielleicht nicht mehr allzu viel Geld übrig.*“

Der Anspruch der Arbeitnehmer auf angemessene Bezahlung konkurriert so nicht nur mit der Renditengier der Anleger und dem dreisten Zugriff der Topmanager auf obszön hohe Gehälter, sondern auch dem überzogenen Selbstdarstellungsbedürfnis der Markenfirmen. „*Mit den verschwenderischen Ausgaben für Marketing, Fusionen und Markenerweiterungen in den Neunzigerjahren ging ein historisch beispielloser Widerwille einher, in Produktionseinrichtungen und Arbeitskräfte zu investieren (...) Wenn der eigentliche Produktionsprozess so abgewertet wird, steht zu vermuten, dass es den Menschen, die die produktive Arbeit leisten, ebenso ergeht.*“

So ist es in der Tat. Das Wesen des ökonomischen Denkens, das zu einer Menschenverwertungs-Mentalität verkommen ist, kann man sehr drastisch aus einem historischen Beispiel belegen: den Sklaventransporten von Afrika nach

Amerika im 18. Jahrhundert. Ein Augenzeuge, Pfarrer John Newton berichtete über die Zustände auf den Sklavenschiffen: „*Die Sklaven liegen in zwei Schichten übereinander ... so dicht beieinander wie Bücher in einem Regal. Ich habe es erlebt, dass sie so eng zusammengepfercht waren, dass man wirklich keinen mehr hätte hineinpressen könnten. Die armen Kreaturen sind zudem noch mit Ketten gefesselt ... Jeden Morgen fand ich in mehr als nur einem Fall, dass da ein Toter an einen Lebendigen gefesselt lag.*“

Es gab damals unter den Kapitänen von Sklavenschiffen zwei Typen, die man „*loose packers*“ und „*tight packers*“ nannte. Die „*loose packers*“ gaben den Afrikaner etwas mehr Raum, damit eine ausreichende Anzahl von ihnen gesund und arbeitsfähig am Bestimmungsort ankam. Den „*tight packers*“ kalkulierten dagegen hauptsächlich mit einer extrem hohen „Stückzahl“. Dafür nahmen sie eine höhere Verlustrate durch Tod und Krankheit in Kauf. Man kann von einem moralischen Standpunkt aus über die „*tight packers*“ sagen, was man will, sie waren in jedem Fall ausgezeichnete Geschäftsleute.

Das Beispiel beweist natürlich nicht, dass „Die Wirtschaft“ pauschal das Reich des Bösen ist, es zeigt lediglich, was geschehen kann, wenn man ein Denkprinzip von jeglicher humanen Rücksichtnahme „befreit“. Wenn man aufhört, den Einzelmenschen als fühlendes, leidendes und nach Glück verlangendes Wesen wahrzunehmen, und ihn in den Worten Kants als „Mittel“, nicht als „Zweck“ allen Handels betrachtet.

Wenn wir eine bessere Welt schaffen wollen, dürfen wir uns nicht damit begnügen, innerhalb der ökonomischen Logik Verbesserungen vorzunehmen; wir müssen dieser Logik selbst den Kampf ansagen, die sich in weiten Teilen der Gesellschaft als die einzig mögliche, die einzig erlaubte Logik gebärdet. Dazu bedarf es zunächst einer „Gegenlogik“ eines umfassenden philosophischen Gegenentwurfs, dessen Hauptbestandteile man keineswegs neu erfinden müsste. Alles ist schon da, ist von wunderbaren Denkern und warmherzigen, hellsichtigen Menschen gesagt worden. Wir müssen also für das, was wir sagen und kritisieren wollen, eine eigene Sprache (wieder)finden und die uns vorgegebenen Sprach- und Denkmuster abschütteln wie ein Netz, in das man uns zu fangen versucht.

Wer den Jüngern des Profits mit Argumenten wie „ein bisschen Ethik nützt dem Betriebsklima und damit langfristig auch dem unternehmerischen Erfolg“ entgegentritt, hat schon verloren. Er hat sich der dem System innewohnenden Logik willig unterworfen. Im Rahmen seiner eigenen Begrifflichkeiten hat der Ökonomismus aber fast immer „Recht“ und ist schwer widerlegbar. Drastisch ausgedrückt kann man die schrittweise Umstellung eines Betriebs auf Sklavenarbeit immer mit der Sorge um Arbeitsplätze begründen. Innerhalb des ökonomischen Denkrahmens könnte man dann bestenfalls argumentieren, Sklaven verfügten über eine zu geringe Kaufkraft, um die Unmenschlichkeit eines solchen Systems wenigstens ein bisschen abzumildern. Was nötig ist, ist ein entschlossenes „Nein“ zur Sklaverei, zur ökonomischen Verwertungslogik, zur Vereinnahmung der nichtökonomischen durch die ökonomische Sphäre – ob in den Entwicklungsländern oder bei uns.

Ökonomie ist ein nützliches Werkzeug, wenn es vernünftig gehandhabt wird. Sie dient dann dazu Güter so zu organisieren und zu verteilen, dass möglichst viele Menschen Zugang zu ihnen haben (die neuseeländische Kiwi im bayerischen Obstkorb) und sichert gleichzeitig den Lebensunterhalt aller am Produktions- und Verteilungsprozess Beteiligten. So verstanden hat die Ökonomie eine sinnvolle, dienende Rolle. Als Herrin oder gar Göttin des Menschen ist sie dagegen eine glatte Fehlbesetzung.

Jede Denkdisziplin ist sinnvoll und in sich stimmig an ihrem eigenen Platz und solange sie sich mit den Anwendungsgebieten zufriedengibt, die ihr angemessen sind. Die Ökonomie aber denkt gar nicht daran, sich zu bescheiden. Sie besteht darauf, auch in der Literatur, in der Kunst, in der Erziehung, in der Naturwissenschaft, in der Nahrungsversorgung, im Medizinbetrieb, im Strafvollzug, ja sogar in der Einschätzung der menschlichen Seele Einfluss auszuüben. Es ist unübersehbar, dass es überall, wo ein Lebensbereich mit wirtschaftlichem Denken infiziert wird, wo also z. B. eine staatliche Einrichtung als „Betrieb“, ein menschliches Zusammenwirken als „Geschäft“ definiert wird und Profitinteressen im Spiel sind, eine fortschreitende Vergiftung eben dieser Sphäre stattfindet.

Dies will ich kurz an ein paar Beispielen verdeutlichen:

Justiz und Strafvollzug



Werden ökonomische Kriterien in einem Justizsystem eingeführt, so bedeutet das, dass immer genügend „Klienten“, also Beklagte und Bestrafte da sein müssen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten und die daran Beteiligten zu ernähren. Ein privatisiertes Gefängnisssystem braucht verurteilte Kriminelle wie die Luft zum Atmen. Ein plötzliches Ausbleiben jeglicher kriminellen Energie wäre der Super-Gau, der größte anzunehmende Unfall für die Gefängnis-Betreiber. Daher würden sie auf Gesetzgeber und Richter Einfluss nehmen, gegenüber Gesetzesübertretungen stets so viel Strenge walten zu lassen, dass die nötige Insassenquote erreicht oder womöglich „Wachstum“ generiert wird. Außerdem würde man versuchen, mit möglichst niedrigen Personal- und Sachkosten möglichst viele Gefangene zu „betreuen“. Mangelnde Überwachung, schlechte Ernährung und schlechte hygienische Bedingungen wären vorprogrammiert.

Gesundheitssystem



Parallel zu meinen Ausführungen über das Justizsystem behaupte ich: Es muss immer genügend Patienten geben, um alle am Gesundheitssystem zu ernähren. Ökonomisch ist nicht die Heilung für alle, sondern die Schaffung langfristiger Abhängigkeitsverhältnisse zu Ärzten, Medikamenten und Apparaten. Vorbeugung und tatsächlich wirksame Therapien sind schon deshalb verdächtig, weil sie dem System ihren wichtigsten Rohstoff abspenstig zu machen drohen: den Patienten. Angesichts der Bedeutung, die eine ausreichende Bettenbelegung für den „Betrieb“ Krankenhaus und ausreichende Renditen für die Hersteller von Medikamenten und medizinisch-technischem Gerät haben, wäre es betriebswirtschaftlich unverantwortlich, den Krankenstand der Bevölkerung lediglich dem Zufall zu überlassen. Ein Sonderfall ist noch der Handel mit Medikamenten. Das Wissen um Heilungsmethoden wird als „Patent“ geschützt. Nach dem Grundsatz von Silvio Gesell bedeutet Ökonomie, dass dem Menschen immer genau das vorenthalten und dann teuer verkauft wird, was er am nötigsten braucht. Das Recht auf Patentschutz

steht nicht nur theoretisch, sondern in vielen konkreten Fällen in der Dritten Welt höher als das Recht auf Leben.

Medien



Zeitschriftenverlage, Buchverlage, Radio- und Fernsehanstalten und andere Medienunternehmen werden, wenn sie sich als Wirtschaftsunternehmen verstehen, etwas Ähnliches tun wie ein effizienter Krankenhausbetrieb: sie werden versuchen, ihre Konsumenten von geistig höchst niedrigschwelligen Unterhaltungsangeboten abhängig zu machen. Sie fördern eher die Sucht – z. B. nach dem Sensationellen, Reißerischen – als emotionale Gesundheit, innere Unabhängigkeit und eigenständiges Urteilsvermögen. Kritikfähigkeit und die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge zu begreifen, werden von Medieninhalten kaum gefördert werden, weil sie nicht im Interesse der Medienbetreiber selbst liegen. Außerdem wird ein Medien-Wirtschaftsbetrieb die Personalkosten senken und damit vertiefte Recherchen erschweren. In einer Art Negativauswahl haben diejenigen Angestellten und Honorarkräfte einen Selektionsvorteil, die über wenig Selbstwertgefühl verfügen und daher bereit sind, für geringe Honorare geistiges Fast-Food zu produzieren. Man biedert sich dem mutmaßlich ziemlich niedrigen Niveau eines Durchschnittspublikums an, anstatt den Konsumenten einmal zu fordern und aus seiner geistigen Komfortzone herauszulocken. Die Anspruchslosigkeit des Publikums, vorgeblich die Ursache für das betriebswirtschaftliche Handeln der Medienschaffenden, wird somit als dessen Folge immer weiter verstärkt. Außerdem ist in einem betriebswirtschaftlich geführten Medienunternehmen der Kunde (sprich: der Anzeigenkunde) König; die Redaktionen werden bemüht sein, um die Anzeigen herum ein ansprechendes „redaktionelles Umfeld“ zu schaffen.

Natürliche Ressourcen



Wie beim Boden schon längst geschehen, werden Wasser, Strom, Pflanzen und Tiere zur Handelsware. Schon Tolstoj schrieb: „Der Boden kann nicht Gegenstand des Eigentumsrechts sein, er kann nicht Objekt des Kaufes und Verkaufes sein, ebenso wenig wie Wasser, wie Luft oder wie die Strahlen der Sonne.“ Heute hat man die Empfehlung des großen Schriftstellers einfach umge-

nisterien – steht ein siebenköpfiger kollegialer Verwaltungsrat, der Bundesrat. Er entstand in der Tradition des Direktoriums der französischen Revolution – hat sich aber in eine deutlich andere Richtung entwickelt. Denn seit 1943 wird er von allen größeren und mittleren Parteien gemeinsam zusammengesetzt und entscheidet stets im Konsens. Diese Konstruktion nennt man „Konkordanzdemokratie“.

Der Bundesrat verwaltet also die Schweiz parteipolitisch neutral und konsensual. Die politische Richtung jedoch wird vom Parlament und dem Volk in Volksentscheiden vorgegeben. Erstaunlicherweise genießt diese Nichtregierung ein im internationalen Vergleich einmalig hohes Vertrauen bei den Bürgern. Zugleich entwickeln sich daraus völlig andere Rollen und Verhaltensweisen des Parlamentes, der Fraktionen und der Parteien.

Ein Modell für Europa

Wie komme ich darauf, dass dies ein geeignetes Modell für die EU sein könnte? Einige Ähnlichkeiten drängen sich auf: Europa ist ein extrem vielfältiger Erdteil. Tatsächlich haben weder Europa oder die EU noch die Schweiz ein Staatsvolk. Vor ihrer Gründung von 170 Jahren bestand die Schweiz aus drei Monarchien, sechs Landsgemeinden (mit einer direkten Demokratie der Grundbesitzer), sieben Patriziaten (Herrschaft des Stadtadel – also der alten Kaufmannsfamilien), vier Zunftverfassungen (Herrschaft der selbstständigen Handwerker), zwei Föderationen (bestehend aus mehreren autonomen Gemeinden) und einer Reihe von Untertanengebieten (von Städten fremdregiert ohne eigene Rechte). Dazu gab es vier verschiedene Sprachen und zwei Religionen, die sich mehr hassten als heute Juden und Moslems – der letzte Schweizer Religionskrieg von 1847 war noch frisch in Erinnerung. Heute werden in Europa über 250 Muttersprachen gesprochen (davon ein Drittel durch Migranten) und es gibt 24 EU-Amtssprachen, in die alle nach außen wirksamen Dokumente von Parlament und Kommission übersetzt werden müssen.

Sollte die EU tatsächlich eine gemeinsame demokratische Verfassung bekommen, dann wäre eine Mehrheitsregierung geradezu gefährlich. So wie in der

Schweiz die Deutschschweizer niemals akzeptieren würden, dass die romanischen Kantone dominieren, dass die Katholiken die Mehrheit in der Regierung stellten, dass die Städter Vorschriften für die Bauern in den Bergen machten, so würde auch in der EU niemand eine Dominanz der Westeuropäer, der Südeuropäer, der Katholiken und so weiter akzeptieren. Bei einer Mehrheitsregierung könnte Osteuropa in Opposition zu einer westlich geprägten Regierung treten, Südeuropa könnte in Opposition zu einer nördlich geprägten Regierung geraten. Und eine gemeinsame Mehrheitsbildung des Südens und Ostens gegen Deutschland würde erst recht massive Verwerfungen hervorrufen.

Die neue Rolle des Parlaments und der Parteien

Dieses Problem kann auch nicht durch eine Direktwahl des Präsidenten gelöst werden, wie Ulrike Guérot, eine bekannte Vorkämpferin für eine europäische Verfassung, es vorschlägt. Es ist interessant, dass ausgerechnet Parag Khanna, ehemals enger Vertrauter und außenpolitischer Berater von Präsident Obama, die Direktwahl des Präsidenten für den größten Fehler der US-Verfassung hält, da sie das Land spaltet und die politische Debatte personalisiert. Schon Rousseau lehnte sie ab als „Wahlkönigtum“.

Das Konkordanzsystem führt auch zurück zu einer echten Gewaltenteilung. Heute werden im Bundestag mehr Gesetze von der Regierung als von den Abgeordneten vorgelegt. Und die Mehrheit der Abgeordneten, die „Regierungskoalition“, ist auf Gedeih und Verderben verpflichtet, immer für die Regierung zu stimmen. Umgekehrt stimmt die Opposition oft aus Prinzip dagegen. Diese „Verschränkung“ von Legislative und Exekutive und der sich daraus ergebende Fraktionszwang tun dem Parlament nicht gut und beschädigen auch das Ansehen der Abgeordneten.

Eine Konsensdemokratie mit einem Kollegialrat als Leitung der Exekutive würde dagegen die offene Atmosphäre im EU-Parlament erhalten, die von Beobachtern oft gelobt wird und die keinen Fraktionszwang kennt. Hätte ein solcher Kollegialrat der EU 15 Mitglieder, dann säßen nach der heutigen Zusammensetzung des Europaparlaments

im Kollegialrat vier Vertreter*innen der Europäischen Volkspartei (mit CDU/CSU), drei der Sozialdemokraten, zwei der Liberalen, zwei der Konservativen (darunter ein englischer Tory), eine der Linken, eine der Grünen, eine der Populisten und eine der Nationalisten. Diese fünfzehn Kollegialräte müssten sich auf eine gemeinsame Staatsverwaltung verständigen und vor allem die Gesetze des Parlamentes umsetzen. Unvorstellbar? Ich denke nein: Es wäre vielleicht sogar eine große Chance, Vertrauen in die Politik aufzubauen anstatt die Völker Europas zu spalten. Die politischen Debatten würden dann zu Sachdebatten im Parlament werden.

Parteien sind im Konkordanzsystem auch keine Machtapparate mehr wie in Deutschland. Es gibt ja keine Koalitionen. Die lautstarken Politiker würden eher nicht mehr in die Regierung gehen – weil sie sich dort gar nicht profilieren könnten. Sie säßen im Parlament – also da, wo die politischen Debatten auch hingehören. Und dort gäbe es keine Koalitionszwänge und auch keinen Fraktionszwang, sondern nur noch Abgeordnete und Parteien, die für ihre politischen Ziel werben.

Dieser Effekt könnte natürlich noch verstärkt werden, wenn auch in der EU Volksentscheide möglich werden und so politische Debatten quer durch ganz Europa über die Zukunft des Kontinents angestoßen werden können. Dann fokussieren sich die öffentlichen Debatten und die Berichterstattung in den Medien zum einen auf das Parlament (die Legislative) und zum zweiten auf die Volksinitiativen und Referenden – also die Direkte Demokratie. Dadurch bekommen die Debatten in der Zivilgesellschaft und den Nichtregierungsorganisationen viel mehr Gewicht. Denn diese sind nicht nur unwichtige Zuschauer und kommentierende Beobachter und Kritiker, sondern sie sind direkt handelnde Subjekte in der Demokratie.

Das Problem Bouteflik

Kann das Konkordanzsystem auch ein Vorbild für andere Demokratien sein? Heute las ich eine kluge Analyse der Situation in Algerien. Warum wollte ein großer Teil der politischen Elite, dass der Patriarch Bouteflika erneut als Präsident kandidieren sollte. Schließlich sitzt er mit 82 Jahren nach mehreren

Schlaganfällen im Rollstuhl und kann kaum noch sprechen. Sein Regime galt als korrupt, autoritär und extrem unpopulär, wenn nicht verhasst. Warum also hielten linke Militärs, gemäßigte Islamisten, kluge Intellektuelle und korrupte Wirtschaftslobbyisten an ihm fest?

Sie alle eint nur eines: Sie haben Angst vor der Zeit nach Bouteflika. Denn vor seinem Regierungsantritt herrschte ein grausamer Bürgerkrieg. Und seine zahlreichen Gegner reichen von radikalen Islamisten bis zu radikalen Demokraten und Sozialisten. Deshalb sind sie heillos zerstritten. Daher fürchten viele Gemäßigte einen erneuten Bürgerkrieg oder gar eine Entwicklung wie in Syrien, Afghanistan oder Ägypten. Dieses Phänomen „Bouteflika“ ist keine Ausnahme. Die TAZ berichtete über linke junge Intellektuelle in Kasachstan. Sie hoffen, dass der Diktator Nasarbajew, der seit 25 Jahren das Land beherrscht und sich dabei gnadenlos bereichert hat, noch lange weitermacht. Denn sie fürchten nach seinem Tod antirussischen Nationalismus und muslimischen Fundamentalismus.

Gerade in solchen zugespitzten politischen Situationen wäre das Modell einer demokratisch gewählten Konsensregierung eine funktionierende Alternative. Ihre Stärke besteht darin, dass sie die radikalen Flügel aller Richtungen automatisch mit einbezieht – sie aber auch zum Konsens zwingt. Sie hilft vielleicht dabei, zu rationalen Debatten überzugehen und die absurde Verteufelung der politischen Gegner zu vermeiden. Sie leidet daher nicht unter dem Problem von großen Koalitionen der Mitte, die regelmäßig zu einer Radikalisierung der Flügel führen.

Sicherheit und Handlungsfähigkeit

Nach den Analysen der Zeitschrift Economist sind die effizientesten Regierungen regelmäßig die der Schweiz mit ihrem Konsensmodell und die Skandinavien, wo Minderheitsregierungen Tradition haben. Nicht die scheinbar starken direkt gewählten Präsidenten sind stark und handlungsfähig, sondern die Regierungen, die einen breiten Konsens in der Gesellschaft repräsentieren. Sie sind stark, weil sie das Land nicht spalten, sondern ein großes Vertrauen der Menschen genießen. Des-

halb könnte das Konkordat durchaus auch eine Alternative für Präsidialdemokratien wie Frankreich oder die USA sein. Eine Konsensregierung könnte dazu beitragen, die extreme Polarisierung der Gesellschaft zu überwinden.

Das Konsenssystem der Schweiz bringt mehr Sicherheit und Verlässlichkeit in die Politik und erleichtert langfristige Planungen und Projekte. Aber behindert es nicht schnelle Entscheidungen für grundlegend neue Weichenstellungen? Tatsächlich werden letztere in der Schweiz meist durch Volksinitiativen angestoßen, selbst wenn diese beim ersten Mal keine Mehrheit gefunden haben. Nassim Taleb vermutet, dass die Schweiz deshalb ein so guter Wirtschaftsstandort und ein guter Finanzplatz ist, weil sie so sicher und verlässlich ist. Und das hängt direkt mit der Konkordanz- und der direkten Demokratie zusammen.

Ein Konkordanzsystem ist vermutlich auch ein Schutz vor der Gefahr internationaler Abenteuer. Ich schätze, dass es in keinem demokratischen Land der Welt heute noch einen Konsens für ein militärisches Eingreifen außerhalb des Landes gäbe. Damit will ich nicht behaupten, dass ein Eingreifen gegenüber diktatorischen Regimes, die Völkermord betreiben, nie mehr nötig wäre. Ich bin nur der Meinung, dass solche Einsätze nur im Auftrag der Vereinten Nationen durch eine Art internationale Polizei stattfinden dürfen und legitimiert wären – aber nicht durch Truppen eines Nationalstaates.

Unrealistische Utopie?

Spätestens seit der ersten großen Europarede von Präsident Macron wurde klar: Die Debatte um eine künftige EU-Verfassung hat begonnen. Brexit und Wahlerfolge von Populisten haben deutlich gemacht, dass ein Weiter so ohne das Demokratie- und Handlungsproblem der EU anzupacken, immer schwieriger wird.

Fast alle EU-Befürworter fordern eine handlungsfähige Regierung, nicht selten sogar die Direktwahl eines Präsidenten nach US-Vorbild. Trotzdem glaube ich, dass das Konsensmodell nicht nur das viel bessere Modell für Europa wäre, sondern auch große Realisierungschancen hat. Denn wenn es tatsächlich auf-

grund von breitem öffentlichem Druck, vielleicht sogar aufgrund einer europaweiten Konventskampagne, zur Wahl eines Verfassungskonventes kommt, dann werden die Karten völlig neu gemischt. Ein zentralisiertes Europa und eine starke Mehrheitsregierung sind mit Sicherheit nicht mehrheitsfähig. Es muss soviel dezentralisiert werden wie möglich. Nur die wichtigsten Aufgaben wie die Besteuerung von internationalen Konzernen, ein wirksamer Finanzausgleich, eine Verpflichtung auf Klimaziele oder die Außenpolitik müssen von der EU unbedingt übernommen werden.

Ein Konsensmodell für die Regierung würde der Vielfalt Europas am besten gerecht werden und am ehesten geeignet sein, das Vertrauen vieler Menschen in allen europäischen Staaten zu gewinnen. Es spricht vieles dafür, dass ein Konkordanzsystem die größten Chancen hätte, im Verfassungskonvent und in einer europaweiten Abstimmung über die Verfassung die Mehrheit zu bekommen. Die Utopie könnte sich als das Modell mit den realistisch betrachtet meisten Chancen erweisen.

Zum Autor

Karl-Martin Hentschel



Jhrg. 1950, Politiker (Bündnis 90/Die Grünen). Von 2000 bis '05 und '06 bis '09 Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Schleswig-Holstein. Seitdem lebt er als freier Autor in der Nähe

von Kiel. Seit 2014 ist er Mitglied im Bundesvorstand des Vereins Mehr Demokratie e. V. Außerdem arbeitet er ehrenamtlich auf Bundesebene für die Nichtregierungsorganisation Attac und vertritt sie im Vorstand des Netzwerk Steuergerechtigkeit.

https://de.wikipedia.org/wiki/Karl-Martin_Hentschel



Karl-Martin Hentschel:

„Demokratie für morgen – Roadmap zur Rettung der Welt“

Er holt die wirklich großen Fragen aus dem politischen Warteraum. Er erläutert, wie die Demokratie weiterentwickelt werden kann, damit sie die scheinbare Alternativlosigkeit überwindet und sich von den Zwängen

der Konzerne und Finanzmärkte emanzipiert.

<https://shop.humane-wirtschaft.de/hentschel>

Krieg und Frieden – Freund und Feind.

John Maynard Keynes und Carl Melchior zum Versailler Friedensvertrag, den sie so nicht wollten

Jörg Gude

Es jährt sich die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages zum einhundertsten Mal. Am 28. Juni 1919 unterzeichnete Deutschland den Vertrag. John Maynard Keynes auf britischer Seite und Carl Melchior auf deutscher Seite waren Mitglied der jeweiligen Verhandlungsdelegation als Finanzbeauftragte. Keynes trat bereits vor Vertragsunterzeichnung an seinem 37. Geburtstag von seiner Funktion zurück. Auch Melchior demissionierte.

„Krieg und Frieden“ und „Freund und Feind“ sind die Titel zweier Schriften von Keynes – jedenfalls in der deutschen Übersetzung, wie sie im Berenberg Verlag erschienen und von Dorothea Hauser mit einem Vorwort eingeleitet sind. „Krieg und Frieden“ trägt dabei den Untertitel, der in der deutschen Erstausgabe der Titel des Buches war: „Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles“. Wenige Jahre später schreibt Keynes über „Die Revision des Friedensvertrages“.

Neben Gebietsverlusten und Beschränkungen des Militärs sind im Vertrag dem Deutschen Reich 132 Mrd. Goldmark als Reparationsverpflichtung auferlegt worden. Keynes hat in seiner Schrift „Krieg und Frieden“ 40 Mrd. als die Summe bezeichnet, die Deutschland erbringen könnte. In einem Akt der Selbsterniedrigung hat die deutsche Delegation in einem von Dr. Melchior und seinem Bankpartner Warburg ausgearbeiteten Plan den Alliierten die Zahlung von 100 Mrd. Goldmark angeboten. Diese lehnten ab. Die später erfolgten Leistungen Deutschlands blieben weit darunter, was wie ein Treppenwitz der Weltgeschichte anmuten mag.

Die Erinnerung an die Persönlichkeit von Carl Melchior ist durch John Maynard Keynes und eine Ausstellung im Jüdischen Museum in Berlin vom 17. 1. bis 30. 3. 2019 wiederbelebt worden. Zu dieser kleinen, aber feinen Aus-

stellung gibt es einen Katalog, betitelt „Carl Melchior. Jüdischer Vorkämpfer eines europäischen Friedens“ (ebenfalls von Dorothea Hauser konzipiert und getextet). Keynes hat über seine Begegnung mit dem deutschen Widerpart in den Versailler Verhandlungen 1920 in vertrauter Runde im legendären Bloomsbury-Kreis referiert. Er verfügte, dass diese Schrift posthum veröffentlicht werden sollte, was auch geschah („Freund und Feind“).

Warum fanden Keynes und Melchior aneinander Gefallen? Es war auch, aber nicht nur Männerliebe bei sexueller Orientierung. Beide heirateten, Keynes eine Ballerina des Bolschoi und Melchior kurz vor seinem Tode eine Französin. Beide waren international orientiert, mit Fragen der Finanzen beschäftigt. Keynes zuvor unter anderem mit der Kriegsfinanzierung befasst und Melchior war Teilhaber des Bankhauses Warburg in Hamburg, später im Auftrag des Deutschen Reiches in vielfältigen Funktionen tätig. Anders als die Politiker oder Militärs in den Verhandlungsdelegationen schauten sie vor allem auf die Zukunft der Völker und Staaten in Hinblick auf die Schaffung einer Friedensordnung, in deren Schatten die Wirtschaft gedeihen und den Bürgern Wohlleben ermöglicht sein sollte. Beide übernahmen zeit ihres Lebens zahlreiche Aufgaben für ihr Land. So befasste sich Melchior mit der Sicherung der Lebensmittelversorgung im und nach dem Krieg und war auf internationalen Konferenzen, im Völkerbund und in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich führend tätig. Als Jude musste er sich im Jahre 1933 von öffentlichen Ämtern zurückziehen und kümmerte sich zuletzt bis zu seinem Tode Ende des Jahres 1933 um die Belange seiner jüdischen Glaubensgenossen.

Keynes und Melchior sind nicht sehr alt geworden, führten ein unstetes Leben, verausgabten sich, der Welt zugewandt. Sie haben die Unvernunft anderer und stärkerer Kräfte erleben

müssen, Melchior die Unvernunft der Alliierten, die Machtergreifung der Nationalsozialisten und die Verfolgung der Juden, Keynes ebenfalls die Unvernunft der Alliierten. Sein revolutionäres Konzept des Bancors, einer internationalen Kunstwährung mit einer Belastung nicht nur der Schuldner-, sondern auch der Gläubigerstaaten als Grundlage einer Nachkriegsordnung nach dem 2. Weltkrieg hat er in Bretton-Woods nicht durchsetzen können.

Wir tun heute so, als sei die Globalisierung unserer Zeit oder jüngsten Vergangenheit zuzurechnen, aber übersehen dabei, dass nach der sogenannten Gründerzeit bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges die internationale Verflechtung in Europa, zwischen Europa und Amerika und zwischen den Mutterländern und den Kolonien eine weitreichende war. Darauf wies bereits Keynes hin. Für Keynes gehörte auch Russland – auch nach der Bolschewisierung – zu Europa und war in eine Nachkriegsordnung nach dem 1. Weltkrieg einzubeziehen.

Was die Reparationen und die Demütigung Deutschlands durch den Versailler Vertrag angeht, so sprach Keynes von einem karthagischen Frieden. Er machte sich ganz praktische Gedanken als Ökonom, was passieren müsste, sollte das Deutsche Reich Reparationen in beträchtlichem Ausmaß aufbringen. Deutschland hätte die Importe zurückfahren und die Exporte beträchtlich steigern müssen. Diese Exportüberschüsse ebenso wie die Importrückgänge des Deutschen Reiches würden aber zu Lasten der Beschäftigung in Frankreich oder England gehen, weshalb das Ganze trotz des Zuflusses von Reparationszahlungen auch dort nachteilig wirken würde.

In politischer Hinsicht vermisste Keynes eine militärische Beistandsverpflichtung Amerikas zugunsten Frankreichs. Den durchaus verständlichen Sicherheitsbesorgnissen Frankreichs

wurde durch Entmilitarisierung, Schwächung und Demütigung Deutschlands nur augenblicklich Rechnung getragen. Hätten die Amerikaner die Sicherheit und Unverletzlichkeit Frankreichs garantiert, hätte sich Hitler später wohl nicht zum Überfall entschlossen. Der Vertrag von Versailles, so wie er abgeschlossen wurde, ist von der Rechten, später von den Nationalsozialisten als „Schanddiktat“ gebrandmarkt worden und hat für deren Propaganda enorme Wirkungen gezeigt. Von Keynes lernen, heißt Frieden stiften und bewahren.

Das große Wort und den entscheidenden Einfluss auf der Friedenskonferenz von Versailles hatten jedoch nicht die Finanzbeauftragten wie Keynes oder Melchior in ihren Delegationen, sondern nach einem Krieg die Präsidenten der Sieger und die Militärs. Verständlich, aber in ihrer Wirkung fatal. Die Gründung der Nachkriegsordnung wäre richtigerweise Hauptthema und durchzudeklinieren. Das ist die Lehre, die auch heute noch zu ziehen ist bei internationalen Konfliktbeilegungen.

Keynes erlebte die Friedensverhandlungen und die Hauptakteure aus nächster Nähe. Er nahm sich die Freiheit, die Akteure literarisch zu demaskieren. Es hat ihm nicht geschadet, sondern er wurde sofort berühmt und das Buch über die wirtschaftlichen Folgen wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt. Für ihn war der amerikanische Präsident Wilson ein Totalausfall. Dabei lagen zunächst alle Hoffnungen auf ihm. Hatte er doch Anfang 1918 dem Kongress einen 14-Punkte-Plan für eine Nachkriegsordnung vorgelegt. Erst im Oktober 1918 griff die deutsche Seite ihn auf und vertraute ganz auf den amerikanischen Präsidenten und dessen Zusicherungen. Dessen gute ursprüngliche Ansätze sind dann aber von britischer und französischer Seite wegverhandelt worden und die deutsche Seite wurde zum Empfänger eines Diktatfriedens gemacht. Das Waffenstillstandsabkommen wurde immer wieder verlängert, aber bei jeder Verlängerung fügten die Franzosen zusätzliche Bestimmungen und Belastungen für Deutschland hinzu.

Keynes beschreibt die Begegnung mit Melchior so... „Dieser Jude – denn das, wenn auch nicht dem Aussehen nach, war er, wie ich später erfuhr – und nur

er wahrte die Würde der Niederlage.“ (Freund und Feind, S. 54). Keynes beschreibt dann, wie es zusammen mit Dr. Melchior gelang, die Lebensmittellieferungen nach Deutschland aufzunehmen. Über ihn sagt Keynes „Melchior war lieber von seinem Posten zurückgetreten, als dass er für den Versailler Vertrag mitverantwortlich sein wollte“ (S. 88). Ziemlich gegen Ende des Buches und ihren Begegnungen schreibt Keynes als Quintessenz: „Ich begriff jetzt auch besser als zuvor, was er für ein Präzisionist war, was für ein strikter, aufrechter Moralist, ein Verehrer der Gesetzestafeln, ein Rabbi. Der Bruch eines Versprechens durch die eine Seite, und auf der anderen die unaufrichtige Annahme unmöglicher Bedingungen, denen man nicht nachzukommen beabsichtigte! Deutschland fast ebenso schuldig, indem es akzeptierte, was es nicht erfüllen konnte, wie die Alliierten, indem sie erhoben, was sie nicht zu fordern berechtigt waren – es waren Verstöße gegen das WORT, die ihn so verletzten.“ (S. 90f). Keynes schließt die Erinnerung an Melchior mit den Worten: „Die Gesetzestafeln, das war Melchiors Gedanke in jenem Augenblick, waren auf schäbige Weise untergegangen“ (S. 92)

Carl Melchior lehnte bei den Beratungen mit der Reichsregierung und dem Reichstag den alliierten Entwurf ebenso wie die übrigen deutschen Delega-

tionsmitglieder ab. Eine später gebildete Reichsregierung unter Bauer nahm dann den Vertrag dennoch an. Ungeachtet seiner Haltung wurde Melchior, der Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei war, von den Nationalsozialisten als „Novemberverbrecher“ gebrandmarkt.

Literatur:

John Maynard Keynes:

„Krieg und Frieden – Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrages von Versailles“
Berenberg Verlag Berlin, 2. Ausgabe 2018

John Maynard Keynes:

„Freund und Feind“
Berenberg Verlag Berlin, 2004

„Carl Melchior – Jüdischer Vorkämpfer eines europäischen Friedens“

Ausstellungskatalog, Jüdisches Museum Berlin 2019 <https://hwlink.de/melchior>

Zum Autor

Dipl.-Volksw., Ass. jur. Jörg Gude



ist zweiter Vorsitzender und Geschäftsführer der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ mit Sitz in Hamburg. Unterrichtet Volkswirtschaftslehre an der privaten RFH Köln.



<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de>

Peter Hennicke, Jana Rasch, Judith Schröder, Daniel Lorberg: „Die Energiewende in Europa – Eine Fortschrittsvision“; oekom Verlag München, Mai 2019; 192 Seiten € 20,00; ISBN 978-3-96238-144-8



Europa braucht eine neue Fortschrittsvision. Eine Energiewende hat dieses Potenzial. Sie kann der „Europäischen Idee“ einen zukunftsorientierten Inhalt geben. Das Ziel

für 2050 ist klar: ein Europa ohne fossile und nukleare Energie! Das ist keine Utopie. Studien, Beschlüsse der EU und einiger Mitgliedsländer belegen, dass diese Vision machbar und mit vielen Vorteilen verbunden ist: mehr Jobs, mehr Versorgungssicherheit, weniger vorzeitige Todesfälle durch Luftverschmutzung, Ab-

bau von Ressourcenkonflikten, sinkende Energiekosten. Neue grüne Leitmärkte für erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz entstehen. Eine europäische Energiewende erfordert eine Allianz, idealerweise angefeuert durch die Nachbarn Frankreich und Deutschland. Viele hoffen auf Deutschland als Treiber von Atom- und Kohleausstieg. Aber „revolutionäre Ziele“ zu beschließen ist nicht genug: Sie endlich umzusetzen – darauf warten Deutschland und Europa. Dieses Buch zeigt, welche konkreten Schritte diese Fortschrittsvision voranbringen werden.

(Beschreibung oekom-Verlag)

Erhältlich in unserem Online-Shop:

<http://shop.humane-wirtschaft.de/EWE>

Qualität zum Nulltarif

Wirkungen des Bildungswettbewerbs

Eckhard Behrens

Wettbewerb gibt es auch außerhalb der Wirtschaft. Das wird kaum jemand bestreiten, aber nur wenige halten dies für besonders wünschenswert. Viele fühlen sich unsicher, ob sie den Wettbewerb im Bildungswesen, der hier und dort durch zurückgehende Schülerzahlen oder die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft aufkommt, fördern oder zurückdrängen sollen. Die Sozialwissenschaft bietet für die Beurteilung dieser Frage nur wenige Untersuchungen an und diese schrecken häufig durch ihre allzu offensichtliche Gleichsetzung von Wirtschaft und Kultur gerade diejenigen ab, deren beruflicher Tätigkeitsbereich in Rede ist. Sie fühlen sich zutiefst missverstanden oder missinterpretiert durch diese sozialwissenschaftlichen Darstellungen.

Viele Propagandisten des Bildungswettbewerbs übersehen folgendes: Der Wettbewerb der Schulen und Hochschulen, von dem in Deutschland neuerdings immer öfter die Rede ist, wirkt etwas anders als der bekannte wirtschaftliche Wettbewerb. Dies beruht auf typischen Unterschieden der sozialen Verhaltensweisen in Kultur und Wirtschaft. Diesen Unterschieden will ich mich zuwenden.^[1] Wer sie ins Auge fasst, wird erkennen, dass manche Kritik am Aufkommen der bildungspolitischen Wettbewerbsdiskussion auf vorschnell übernommenen Vorstellungen beruht, die am wirtschaftlichen Wettbewerb durchaus zutreffend gebildet wurden, aber nur dort gelten. Von dieser Erkenntnis kann man fortschreiten zu überraschenden Ausblicken auf das Verhältnis von Wirtschaft und Kultur.

1 Hiermit setze ich Untersuchungen vertiefend fort, die mit Beiträgen in FdF (Fragen der Freiheit) Ausgabe 34, Seite 36 bis 52 (1963) und in FdF 195, Seite 52/13 (1988) begonnen wurden. Diese Untersuchungen verstehe ich als Beiträge zur Begründung einer noch nicht bestehenden Sozialwissenschaft von der Kultur, die der Wirtschaftswissenschaft vergleichbar ist und von ihren Methoden lernt.

Preiswettbewerb und Qualitätswettbewerb

Die Besonderheiten des kulturellen Wettbewerbs werden für marktwirtschaftlich Geschulte am ehesten verständlich, wenn man sie darauf aufmerksam macht, dass in der Wirtschaft der Preiswettbewerb Vorrang vor dem Qualitätswettbewerb hat; denn die Kosten einer Qualitätssteigerung müssen durch die erzielbaren Preise gedeckt werden. Die technisch machbare und von den Ingenieuren angestrebte Qualität ist den Kaufleuten immer zu teuer, wenn sie keine Chance sehen, die Preise mindestens im Gleichschritt mit den Kosten zu erhöhen. Aus jedem Industriebetrieb ist der ständige Kampf der Techniker mit den Kaufleuten bekannt, bei dem es immer darum geht, die Kosten im Rahmen der erzielbaren Preise zu halten; d. h. das kaufmännisch Machbare hat Vorrang vor dem technisch Mach- und Wünschbaren. Die meisten Produkte werden in mehreren Qualitätsstufen zu deutlich abgestuften Preisen angeboten; das Preis/Leistungsverhältnis ist jeweils sorgfältig abgewogen im Sinne voller Kostendeckung auf jeder Qualitätsstufe. Mit der Bewilligung oder Verweigerung eines höheren Preises bestimmen die Verbraucher, welchen kostenträchtigen Aufwand sie als Qualitätssteigernd anerkennen.

Dagegen hat im kulturellen Bereich der Qualitätswettbewerb Vorrang vor dem Preiswettbewerb, weil die Kostendeckung in der Regel nur zu einem geringen Teil über Entgelte (Preise) erfolgt. In erster Linie werden die Kosten des kulturellen Leistungs- oder Qualitätswettbewerbs durch Subventionen oder Spenden oder Einkommensverzichte der Anbieter finanziert.

Menge und Qualität einer subventionierten Produktion werden nicht mehr ausschließlich von der Zahlungsbereitschaft der Nachfrageseite begrenzt.

Zwar muss auch von kulturellen Einrichtungen Kostendeckung erreicht werden; aber für sie gibt es zu diesem Ziel nicht nur den Weg über die erzielbaren Preise, sondern auch noch staatliche Subventionen, private Spenden und die Bereitschaft der staatlichen oder privaten Träger und oft auch ihrer Mitarbeiter zum dauernden Verlustausgleich (Einkommensverzicht).

Mit der Bedeutung des Kostendeckungsgrades der Entgelte, also mit der Bedeutung der Preise, nimmt auch die Lenkungs-kraft der Nachfrageseite im kulturellen Bereich ab. Für die Kultur ist eine ausschließliche Lenkung durch die Nachfrage auch nicht berechtigt. Durch Subventionen und Spenden wird die Angebotsseite dazu freigesetzt, die Richtung des kulturellen Fortschritts im Wesentlichen selbst zu bestimmen. Die Avantgarde produziert immer etwas, was noch kaum nachgefragt wird. Sie muss für ihre „Überproduktion“ Nachfrage weckend werben. Ohne Nachfrage bleibt auch ihre Produktion sinnlos; aber nicht eine zahlungskräftige, sondern eine urteilsfähige Nachfrage macht hier Sinn. Ihre Urteilsfähigkeit fördert den Leistungs- und Qualitätswettbewerb.

Der Preiswettbewerb kultureller Einrichtungen führt zu nicht kostendeckenden Preisen bis hin zum Nulltarif (kein Beitrag des Abnehmers zu den Kosten des Anbieters) oder gar negativen Preisen (Stipendien = Zusatzkosten = Beitrag des Anbieters zu den Kosten des Abnehmers). Kulturelle Anbieter wollen Übernachfrage hervorrufen, damit sie unter den Kunden (Schülern, Studenten) die würdigsten auswählen können. In einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung sinken Schulgelder und Studiengebühren weit unter die Kosten; eine Untergrenze gibt es nicht. Die Preissenkung wird durch die Bemühung um Spenden und Subventionen ebenso finanziert wie die Kosten der Qualitätssteigerung.

Kein Ausgleich von Angebot und Nachfrage

Damit ist nicht gesagt, dass der Nulltarif das Ideal des Qualitätswettbewerbs sei. Er ist nur ein wirkungsvolles Mittel zu dem Zweck, das gute Angebot nicht wie die Perlen vor die Säue einer zwar zahlungskräftigen, aber nicht urteilsfähigen

Nachfrage werfen zu müssen. Wenn die von der Angebotsseite gewünschte Zielgruppe zahlungskräftige Nachfrager in genügender Zahl umfasst, werden auch von kulturellen Einrichtungen spürbare Entgelte verlangt, um durch einen solchen Kostendeckungsbeitrag den Spielraum für weitere Qualitätssteigerungen zu vergrößern. Kulturellen Anbietern ist es in der Regel nicht gleichgültig, wer ihre Leistungen empfängt; sie leisten notfalls Verzicht auf an sich erzielbare Entgelte. Es gilt als anstößig, das Angebot nur zahlungskräftigen Nachfragern zu machen.

Vielfach werden Entgelte wie Schulgelder und Studiengebühren prinzipiell abgelehnt – ohne Rücksicht auf die ökonomischen Folgen für die Qualität des Bildungsangebots. Das ist kein Widerspruch zu der These, dass Bildungswettbewerb in erster Linie Qualitätswettbewerb ist. Das Bildungswesen steht im Grenzbereich von Sozialwesen und Kultur jedenfalls soweit es sich um Kinder kümmert. Der würdigste Nachfrager kann auch der sozial bedürftigste sein, wenn er das Bildungsangebot nur überhaupt will und lernend bewältigen kann. Mit zunehmendem Lebensalter der Betreuten tritt der Sozialcharakter von Bildungseinrichtungen zurück hinter der Betonung der Lernleistung als Würdigkeitskriterium. Im Hochschulbereich gilt das Leistungsprinzip fast uneingeschränkt.

Das Gesetz von Angebot und Nachfrage gilt auch im kulturellen Bereich, nur wirkt es in andere Richtung, weil die Beteiligten andere Prioritäten setzen als der *Homo oeconomicus* und weil sie dank Spenden und/oder Subventionen auf den Kostendeckungsbeitrag von Entgelten der Nachfrager weniger angewiesen sind und daher größere Handlungsspielräume haben. Angebot und Nachfrage werden nicht durch die Preise ins Gleichgewicht gebracht, d. h. die Preise wirken weder auf das Angebot und dessen Kosten noch auf die Nachfrage als ausschlaggebender Mengen- oder Qualitätsbegrenzer. Man kann sich also mit marktwirtschaftlichen Begriffen den Unterschied von Geschäft und Kultur deutlich machen und damit lernen, einen falschen marktwirtschaftlichen Zungenschlag zu vermeiden, der von den Menschen, die in kulturellen Einrichtungen tätig sind, häufig als „kapitalistisch“ empfunden und abgelehnt wird.

Die Begriffe „Markt“ und „Wettbewerb“

Man sollte daher die Worte und Begriffe „Markt“ und „Wettbewerb“ stets sorgfältig auseinanderhalten. Von Markt sollte man nur reden, wo der Leistung eine Gegenleistung (Preis) gegenübersteht, die in vollem Umfang kostendeckend ist, und wo deshalb die Nachfrageseite letztlich die Struktur des Angebots bestimmt. Spender (Subventionen) soll es in den wirtschaftlichen Bereichen gar nicht geben. Sie sind aber für die Kultur unentbehrlich; ihre Gaben entscheiden darüber, wie nachfrageabhängig eine im Wettbewerb stehende Dienstleistungseinrichtung bleibt oder wie innovationsfähig oder avantgardistisch sie werden kann. Allerdings soll nicht übersehen werden, dass aus Spenden oder institutionellen Subventionen auch die Erhaltung „guter alter Traditionen“ gegen den als ungeschätzten Zeitgeist finanziert werden kann. Im Bildungsbereich wäre das eine Erhaltungssubvention zur pädagogischen Denkmalpflege, z. B. eines humanistischen Knabengymnasiums, dem es wegen Nachfragemangels schwerfällt, die optimale Betriebsgröße aufrechtzuerhalten. Der Bildungswettbewerb ist auch insoweit Qualitätswettbewerb und untypisch für wirtschaftliche Märkte.

Anders als im ökonomischen Sprachgebrauch, wird im allgemeinen Sprachgebrauch das Bild des Marktes gerne für den freien geistigen Austausch verwendet, den Wissenschaftler oder Künstler untereinander pflegen, ohne dafür Entgelte zu bezahlen. Sie schenken sich ihre Leistungen gegenseitig, sie tauschen sie nicht im Sinne der Tauschwirtschaft. Ihr Leistungswettbewerb strebt nach Anerkennung im Kreise der Kenner der Materie, nicht in erster Linie nach wirtschaftlichem Gewinn. Wenn man für diesen Lebensbereich das Bild des Marktes verwenden will, um an Freiheit, Spontaneität und Vielfalt zu erinnern, dann sollte man wenigstens in der Bildungsökonomie von Märkten im engeren und im weiteren Sinne sprechen oder von Wirtschafts- und anderen Märkten. Sonst ruft man ungewollt beim Zuhörer oder Leser auch alle Erinnerungen an die Lenkungs-kraft wach, die die Preise auf funktionsfähigen Wirtschaftsmärkten haben. Es bleibt dann immer noch das kommunikative Problem, dass viele Zuhörer und Leser auch beim Wort „Wett-

bewerb“ unwillkürlich an ihre sozialen Erfahrungen mit den ökonomischen Märkten, also an die Lenkungs-kraft der Preise und die Herrschaft der Geldbesitzer über die Waren und Dienstleistungsanbieter erinnert werden.

Unlauterer und fairer Wettbewerb

Leistungen der Schulen und Hochschulen sollen wie die Leistungen anderer Dienstleistungsanbieter durch Wettbewerb gesteigert werden. Voraussetzung ist, dass es gelingt, unlauteren Wettbewerb zu unterdrücken; das ist nicht einfach und muss deshalb bei anderer Gelegenheit als ein eigenes Thema bearbeitet werden. Wie in der Wirtschaft gibt es auch in der Kultur „Wettbewerb und Monopolkampf“.^[2] Hier soll fairer Wettbewerb als gegeben unterstellt und vor allem herausgearbeitet werden, warum vom Wettbewerb der Bildungseinrichtungen in besonderem Maße qualitätssteigernde und preissenkende Wirkungen zu erwarten sind. Im Zusammenhang einer solchen bildungsökonomischen Betrachtung eröffnen sich auch dem wirtschaftswissenschaftlich Geschulten einige überraschende Perspektiven auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage sowie auf das Wesen von Wirtschaft einerseits und Kultur andererseits mit der Möglichkeit praktischer Schlussfolgerungen für unseren Subventionsalltag.

Das Lenkungsproblem

Eine der wichtigsten Fragestellungen der Volkswirtschaftslehre ergibt sich aus der Arbeitsteiligkeit der modernen Produktion: Wie geschieht die Koordination der auf den ersten Blick nur chaotisch erscheinenden arbeitsteiligen Produktion zu einem sinnvollen Ganzen? In Betracht kommen die Unterordnung unter einen zentralen Plan für die ganze Volkswirtschaft oder die Koordination der Arbeitsteilung durch den Markt mithilfe frei vereinbarter Preise. Das volkswirtschaftliche Ziel der marktwirtschaftlichen Ordnung ist es, die Arbeitsteilung in Produktion und Handel so zu organisieren, dass die Nachfrage der Konsumenten so gut

² So heißt das berühmte Buch, mit dem Franz Böhm (1895-1977) im Jahre 1933 das Verständnis von der rechtlichen Verfassung der Marktwirtschaft auf eine neue tragfähige wissenschaftliche Grundlage stellte. Er wurde mit dieser Leistung einer der Väter der Neoliberalen Schule der Nationalökonomie und der Sozialen Marktwirtschaft.

befriedigt wird, wie es die unvermeidliche Knappheit der Wirtschaftsgüter gerade zulässt. Das Angebot folgt in einer funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung der Entwicklung der Nachfrage.

In der Lehre von der Marktwirtschaft wird die Freiheit des Angebots gerechtfertigt mit der Zahlungsbereitschaft der Verbraucher. Warum sollte eine Produktion nach Art und Menge unterbleiben, wenn es Verbraucher gibt, die mit den von ihnen gezahlten Preisen alle Kosten decken? Zumindest soll diese Kostendeckung erreicht werden. Wo bis vor kurzem noch auf Kosten der Umwelt statt auf Kosten der Verbraucher produziert werden konnte, bemühen wir uns heute, die externen Kosten zu internen Kosten der Unternehmen zu machen, damit diese sie über die Preise an die Verbraucher weitergeben. So erreichen wir die Übereinstimmung betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Kosten und die Übereinstimmung der umweltpolitischen und der volkswirtschaftlichen Ziele.

Eine Zensur der Nachfrage findet grundsätzlich nicht statt. Das wirtschaftliche Angebot wird letztlich von der zahlungskräftigen Nachfrage geprägt; das gilt nicht rechtlich, denn die Unternehmen sind in den Grenzen des Strafrechts rechtlich frei; es gilt nur ökonomisch. Mit diesem ökonomischen Einfluss der Nachfrage auf das Angebot der Wirtschaft sind alle weitgehend einverstanden.

Angebotsfreiheit und Nachfragefreiheit



Rechtlich ist die Freiheit des Angebots und der Nachfrage in der Wirtschaft und in der Kultur gleichermaßen gegeben. Das wirtschaftliche Angebot ist typischerweise nachfragegeprägt, weil es sich von der Zahlungsbereitschaft der Nachfrage abhängig macht, indem es voll kostendeckende Preise und Gewinn erstrebt.

Trotz dieses Gewinnstrebens lassen wir die Freiheit des wirtschaftlichen Angebots zu, schon um nicht eine moralische oder gar rechtliche Zensur über den „Egoismus in der Wirtschaft“ üben zu müssen, zumal dabei der Egoismus der Nachfrager, die rücksichtslos die Preise drücken, wo sie nur können, gerne vergessen wird. Unsere ordnungspolitische Vorsorge gilt lediglich der Einrichtung

eines funktionsfähigen Anbieter- und Nachfrager-Wettbewerbs, d. h. offener Märkte vollständiger Konkurrenz.³ Damit stellen wir sicher, dass das Gewinnstreben der Anbieter (und Nachfrager) nicht zur preislichen Übervorteilung (Ausbeutung) der Nachfrager (bzw. der Anbieter) führt und die Nachfrage ihre prägende Wirkung auf das Angebot behält. Das Angebot „dient“ unter der erwähnten Marktform der Nachfrage; das Angebot ist ökonomisch nicht frei.

Wo das Qualitätsstreben der Anbieter die Oberhand gewinnt über ihr Gewinnstreben, stellt sich bald die Frage, woher die finanziellen Mittel zur Deckung der Kosten kommen können. Jedes Qualitätsstreben wird die Zufriedenheit der Nachfrager erhöhen und mit leichten Preiserhöhungen rechnen können, aber häufig werden sie unzureichend bleiben. Solange sich das Qualitätsstreben in Grenzen hält, mag es mit eingeschränkten Gewinnen und scharfer Kosten, insbesondere Lohnkontrolle, zu finanzieren sein. Die Einengung des Finanzierungsspielraums wird zuerst an zunehmenden Schwierigkeiten, Erweiterungsinvestitionen zu finanzieren, spürbar werden, später auch bei der Finanzierung von Ersatzinvestitionen, insbesondere wenn mehr oder weniger bewusst darauf verzichtet wurde, „die Abschreibungen zu verdienen“.

Je ehrgeiziger das Qualitätsstreben, um so früher stellt sich die Frage nach Subventionen oder Spenden, also nach Zuschüssen Dritter zu Investitionen oder gar zum laufenden Betrieb. Die Übergänge sind fließend und der rechte Zeitpunkt zur Gewinnung der Zuschüsse wird leicht versäumt. In vielen Fällen wird auch die geschickteste Werbung um Zuschüsse Dritter erfolglos bleiben, weil sich niemand finden lässt, der die Notwendigkeit des Qualitätsstrebens über das Maß hinaus, das die zahlungsbereite Nachfrage zubilligt, für unbedingt förderungswürdig hält. In anderen Fällen mag das Werben um Zuschüsse Dritter erfolgreich und damit die Fortsetzung des Qualitätsstrebens finanziell zu sichern sein.

Das Qualitätsstreben des Anbieters bedarf der ökonomischen Absicherung durch die Nachfrage oder durch Dritte oder durch beide gemeinsam. Die Zah-

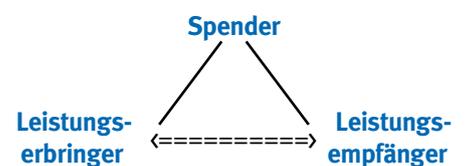
³ im Sinne von Walter Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, Heidelberg, 6. Aufl. 1950, S. 11

lungsbereitschaft der Nachfrager oder der Zuschussgeber legitimiert das Ausmaß des Qualitätsstrebens des Anbieters gesellschaftlich. Die Legitimationskraft der Uneigennützigkeit der Zuschussgeber ist gewiss nicht geringer zu veranschlagen als die des Eigennutzes der zahlenden Nachfrager.

Lenkung durch Spenden



Wenn in die Freiheit der wissenschaftlich, künstlerisch oder religiös Tätigen mit wirtschaftlichen Mitteln lenkend eingegriffen wird, wird dies gesellschaftlich in der Regel kritisch beurteilt, häufig mit Recht. Kann das Dreiecksverhältnis



ökonomisch aber nicht auch so verstanden werden, dass der Spender zusammen mit dem Leistungsempfänger das Angebot ökonomisch prägt? Der Spender zahlt denjenigen Teil der Kosten, den der Nachfrager (= Leistungsempfänger) nicht aufbringen kann oder will. Auch ein reicher Nachfrager ist stets nur bis zu einem bestimmten Preis-Leistungs-Verhältnis zahlungsbereit; insoweit gibt es keinen Unterschied zwischen Wirtschaft und Kultur; preisliche Bewertungen sind stets subjektiv. Der Spender kann der Meinung sein, die Leistung sei mehr wert und die Differenz bezahlen, weil die Kosten sonst nicht voll gedeckt wären und die Leistung daher für diesen Nachfrager nicht erbracht werden könnte. Der Spender bestellt und bezahlt die Qualitätserhöhung, die dem Nachfrager zu teuer ist. Vielleicht tut dies der Spender im Sinne einer Markteinführung in der Hoffnung, der Nachfrager werde den Wert der höheren Qualität ebenfalls schätzen lernen und künftig einen kostendeckenden Preis selbst bezahlen. Die Nachfrage nach kulturellen Leistungen muss oft erst über preislich günstige Angebote regelrecht herangebildet werden. Dem Produzenten ist es gleichgültig, wer die Kosten deckt. Er arbeitet als wirtschaftlicher Unternehmer auf Bestellung.

Warum soll der Spender nicht der angebotslenkende Nachfrager und der Leistungsempfänger ein Dritter sein? Dann ist die Spende in Wahrheit keine unentgeltliche Leistung an den Anbieter, sondern

ein entgeltlicher Vertrag zugunsten Dritter. Nicht der Leistungserbringer prägt ökonomisch gesehen das Angebot, sondern der nachfragende „Spender“. Die Spende gilt nicht dem Anbieter, sondern dem Dritten, dem Leistungsempfänger. Diese soziale Konstellation beobachten wir bei vielen Stiftern. Sie bestimmen, dass ein von ihnen beschriebener Empfängerkreis, z. B. mittellose Kranke, Leistungen unentgeltlich erhalten soll. Die Zielsetzung ist typischerweise eine soziale oder soziokulturelle wie bei Stiftungen, die mittellosen Studenten das Studium ermöglichen. Der Stifter macht die Leistungsempfänger in ihrem Verhältnis zu den Leistungserbringern zahlungsfähig. Er subventioniert das Lernen, nicht die Lehre. Der subventionierte Lernende prägt mit seiner nun zahlungskräftigen Nachfrage das Lehrangebot.

Vertrauen in die Lenkung durch die Anbieter

Aber im Verhältnis von Leistungserbringer und -empfänger kann sich der Spender auch ganz auf die Seite des Leistungserbringers schlagen. Er wird dies tun, wenn er besonderes Vertrauen darin hat, dass der Leistungserbringer Art und Umfang seines Angebots am besten selbst bestimmt. Der Spender kann mit einer freilassenden Spende den Anbieter von ökonomischen Zwängen seitens seiner Nachfrager befreien. Der Anbieter kann dann unter den Nachfragern diejenigen als Empfänger seiner Leistungen auswählen, die er für die würdigsten hält.

Ist eine so weitgehende Freiheit des Angebots gesamtgesellschaftlich überhaupt zu rechtfertigen? Es wurde schon betont, dass jeder Anbieter auch der nachfragegesteuerte Unternehmer rechtlich frei ist, sein Angebot selbst zu gestalten, wie er es für richtig hält. Der Wirtschaftsunternehmer bemisst seinen Erfolg am Gewinn; um ihn zu maximieren, muss er sein Angebot nach den Vorstellungen der zahlungsbereiten Nachfrager gestalten. Der kulturell in Wissenschaft, Kunst oder Religion Tätige wünscht sich in der Regel, die Richtung seiner Tätigkeit frei selbst bestimmen zu können. Die Sache, die er sich selbst vorgenommen hat zu fördern, ist sein Lebensziel, wenn ihm dies nach seinem eigenen Urteil weitgehend gelingt, hat er Erfolg gehabt. Natürlich wünscht er sich auch soziale Anerkennung und ein ordentliches Einkommen, aber beides bleibt typischerweise sekundär. Das Streben danach stellt

er immer wieder hinter dem eigentlichen Lebensanliegen zurück, der eine mehr, der andere weniger. Wer das gar nicht kann, verliert die Achtung der Kollegen.

Dass es vielen gelingt, wird nicht selten geradezu aggressiv bestritten. Vielleicht drückt sich in dieser Aggressivität die Furcht vor der Ehrverletzung aus, die es bedeutet, wenn jemandem, der nach geistigen, künstlerischen oder religiösen Zielen strebt, die Nichteinhaltung des Gelübdes der Armut vorgehalten wird, das er nie abgelegt hat und nie ablegen wollte. Er braucht sich dafür in freien Gesellschaften nicht zu rechtfertigen, aber er sollte anderen nicht das Recht und die Fähigkeit abstreifen, dieses Gelübde mehr oder weniger bewusst abzulegen und mehr oder weniger erfolgreich zu befolgen. Gemeinnütziges Denken und Handeln ist für jede Gesellschaft unverzichtbar. Mit eigennützigem Handeln allein können wir nur die Wirtschaft betreiben; und gedeihen kann die Wirtschaft nur auf dem Boden einer moralisch fundierten Rechtsordnung und vor dem Hintergrund eines blühenden Kulturlebens.

Die Freiheit des Angebots von ökonomischen und anderen gesellschaftlichen Zwängen setzt also persönlichen Verzicht auf ökonomischen Gewinn und Orden und Ehrenzeichen voraus. Ganz ohne wirtschaftliche Mittel kann aber niemand leben und schon gar nicht erfolgreich arbeiten. Wenn ihnen diese Mittel von Stiftungen und Spendern zur freien Verfügung gestellt werden, dann ist das ein hoher Vertrauensbeweis in ihre Fähigkeit, die wissenschaftlichen, künstlerischen oder Werthorizonte der Gesellschaft über den Rahmen des hier und heute schon allgemein oder wenigstens weitgehend Anerkannten hinaus zu erweitern. Hierzu muss die Gesellschaft den Fähigsten freie Hand lassen oder auf mögliche Erfolge verzichten; es macht keinen Sinn, Fähige durch Unfähige oder die Mehrheit der Durchschnittlichen zu lenken. Die Gesellschaft muss froh sein, wenn sie die Kraft aufbringen, ihren Weg zu gehen und angebotsunterstützende Spenden erhalten, die nicht angebotsprägend sind, die es nicht sein sollen, die nur ermöglichen sollen, den eigenen Weg zu gehen. Der aus dem wirtschaftlichen Erfahrungsbereich stammende Satz: „Wer zahlt, schafft an“ (im Sinne von „bestimmt, was zu geschehen hat“), verfehlt die kulturelle Lebenswirklichkeit gerade dort, wo sie besonders typisch ist.

Das Vertrauen der Stiftungen und Spender in die Fähigkeiten der kulturellen Leistungserbringer ist in aller Regel nicht blind, sondern durch die kritische Würdigung früherer Leistungen und offengelegter weiterer Arbeitsvorhaben gewachsen und so von den Leistungserbringern oft mühsam erworben. Erfahrene Stiftungen und Spender wissen, dass Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft durch keine Kontrolle und schon gar nicht durch Vorgaben zu ersetzen ist, die die Spontaneität der Leistungserbringung einengen würden. Der wissenschaftliche oder künstlerische Pionier kann von ihnen nur ausgerüstet werden; seinen Weg muss er alleine suchen, finden und gehen.

Wem es bei soviel Freiheit des Angebots ganz unheimlich wird, der möge sich einmal klarmachen, welche Freiheit wir der wirtschaftlichen Nachfrage zubilligen, das wirtschaftliche Angebot zu bestimmen. Nur weil die Nachfrageseite die Kosten voll trägt, wird eine kaum für möglich zu haltende Vielfalt des Angebots erstellt. Die Legitimation, dass irgendjemand das Ganze freiwillig bezahlt, gibt es nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der freien Kultur. Der Unterschied liegt nur darin, wer bestimmt, wer das Angebot lenkt und koordiniert. Es ist das gute Recht der zahlenden Spender, im Vertrauen auf die Fähigkeiten der Zahlungsempfänger diesen die Bestimmung des Angebots zu überlassen.

Polaritäten studieren

Kulturelle Einrichtungen wie Schulen und Theater werden in der Regel teils durch Entgelte, teils durch Spenden finanziert. Die Spenden bewirken eine gemilderte Lenkungs kraft der Preise. Alle Aussagen werden dadurch weniger eindeutig. Das wirkliche Leben spielt sich fast immer zwischen den theoretisch möglichen Extremen ab.

Wissenschaftliche Erkenntnisstrategien widmen sich aber mit großem Erfolg der Analyse der Extremsituationen, weil diese gedanklich zunächst leichter zu fassen und klarer zu definieren sind. Solange man nur einen der beiden Pole analysiert hat, kann man über seinen Erkenntniswert endlos streiten, weil das wirkliche Leben immer anders ist oder die sozialwissenschaftliche Theorie nur als Zerrspiegel der Wirklichkeit erscheint. Kennt man beide Extrempole, dann kann man das Spiel der zwischen ihnen wirkenden sozialen Kräfte ge-

danklich beobachten und die im wirklichen Leben beobachteten Phänomene theoretisch einordnen.

Man versteht viele Phänomene im wirklichen Wirtschaftsleben besser, wenn man sich klarmacht, dass sich die Menschen selten wie der *Homo oeconomicus* verhalten. Ebenso selten verhalten sich die Kulturschaffenden so extrem qualitätsorientiert, wie ich es hier in bewusster Pointierung ausgeführt habe. Auch bei ihnen spielen Verhaltensweisen des *Homo oeconomicus* hinein ins wirkliche kulturelle Leben. Die soziale Lebenswirklichkeit zu verstehen, ist nur möglich, wenn man sie von verschiedenen Standpunkten her betrachtet. Die Modellvorstellungen des *Homo oeconomicus* und des *Homo culturus* sind solche wissenschaftlich definierten Beobachtungsstandpunkte für die vielfältigen Phänomene des sozialen Lebens.

Wirtschafts-, Sozial- und Kultursubventionen

Für die politische Praxis folgt aus den vorstehenden Erkenntnissen eine wichtige Differenzierung bei den staatlichen Subventionen: Sie sind dort zu reduzieren, wo wir eine Nachfragesteuerung der Menge und der Qualität der Produktion wollen; typischerweise wollen wir im Bereich der Wirtschaft die reine Nachfragesteuerung durchsetzen und betrachten deshalb Subventionen in diesem Lebensbereich ordnungspolitisch sehr kritisch. Die Zahlungsbereitschaft der Verbraucher legitimiert die Produktion ökonomisch; die Politik soll sich heraushalten. Private Spender tun das ohnehin. Subventionen sind aber beizubehalten oder gar auszuweiten, wo und soweit wir im Interesse nicht zahlungsfähiger Empfänger Preisermäßigungen oder Nulltarife durchsetzen wollen (typisch im Sozialbereich) oder entgeltunabhängige Freiheit für die Anbieter von Leistungen wünschen, weil wir ihnen die Bestimmung der Richtung des gesellschaftlichen Fortschritts anvertrauen wollen (kulturtypisch). Die einheitliche Verwendung des Wortes „Subvention“ für so unterschiedliche soziale Tatbestände deutet auf mangelndes Unterscheidungsvermögen der bisherigen politischen Praxis hin.

Im Sozialbereich ist die „Anbietersubvention“ problematisch, weil sie häufig sozial unberechtigte Übernachfrage

hervorrufft, wie die Fehlbelegung großer Wohnungen durch geschrumpfte Familien (oder gar Alleinstehende) im sozialen Mietwohnungsbau deutlich zeigt. Die „Nachfragersubvention“ durch Wohngeld ist sozial besser gezielt, deshalb schwerer zu missbrauchen und vermeidet das Problem eines gespaltenen Mietwohnungsmarktes (in einen sozialen und einen freien Teil). Dementsprechend sind Barleistungen für Sozialhilfeempfänger in der Regel besser als Volksküchen zu deren unentgeltlicher Versorgung. Berechtigte Zwischenlösungen sind Menschen zur ermäßigten Studentenversorgung oder Lebensmittelgutscheine für wohnsitzlose Sozialhilfeempfänger.

Der Bildungsgutschein reguliert Qualität und Quantität

Der Bildungsgutschein sorgt dafür, dass alle Eltern zahlungsfähig hinsichtlich des Schulgeldes sind; auch Eltern, die wirtschaftlich in der Lage wären, das Schulgeld für ihre Kinder zu bezahlen, erhalten den Bildungsgutschein. Als Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit kann dafür die Notwendigkeit eines Familienlastenausgleichs angeführt werden. Auch dies ist ein sozialpolitischer und kein bildungspolitischer Gesichtspunkt.

Die Unentgeltlichkeit von Schule (die sogenannte „Schulgeldfreiheit“, die meistens ein Schulgeldverbot ist) enthebt den Anbieter der Abwägung, ob die vorhandenen Gelder für den Preiswettbewerb oder den Qualitätswettbewerb eingesetzt werden sollen; sie kommen vollständig dem Qualitätswettbewerb zugute und seien sie noch so gering. Voraussetzung sind aber auflagenfrei (global, pauschal) gewährte Mittel, also die Entscheidungsfreiheit der Bildungseinrichtung über ihr pädagogisches Angebot.

Die global finanzierte Schule bleibt frei, ob sie mit den vorhandenen Mitteln mehr Schüler schlechter oder weniger Schüler besser ausbilden will. Die Gefahr, dass vor allem Hochschulen in solcher Lage in ungezügelmtem Qualitätsstreben einen strengen Numerus clausus einführen mit der Folge, dass viele Studierwillige auf Dauer keine Ausbildungsstätte finden, ist nicht von der Hand zu weisen. Dagegen sorgen kostendeckende pauschale Zuschüsse nach der Schülerkopfzahl oder Bildungsgutscheine einerseits dafür, dass jeder Schüler/Studierwillige

eine Schule/Hochschule findet, und sie verändern andererseits in den Bildungseinrichtungen die Balance zwischen Qualität und Quantität im Sinne der Suche nach derjenigen Betriebsgröße, die bei ausreichender Kostendeckung und Einkommensbildung die höchste Leistungsqualität erlaubt.

Subventionsmonopol und Spenderwettbewerb

Es macht keinen Sinn, die Nachfragemacht des Käufers durch die Auflagenmacht des Spenders oder Subventionsgebers zu ersetzen. Aber man sollte nicht übersehen, dass viele private Spender weit ungefährlicher sind als ein staatlicher; ihre Auflagenmacht wirkt selten in dieselbe Richtung; der Spendenwettbewerb führt die richtigen Personen auf der Seite der Leistungserbringer und der Spender zusammen. Die freie Spende und die pauschal pro Kopf des Schülers gewährte Privatschulsubvention sind am ehesten wettbewerbskonform und dadurch leistungssteigernd.

Staatliche Schul- und Hochschulsubventionen, die nach der Zahl der Schüler bzw. Studenten bemessen sind, können entweder den Schulen direkt gewährt oder als Bildungsgutscheine ausgestaltet werden, die den Eltern oder Studenten zur Weitergabe an die von ihnen gewählte Schule oder Hochschule ausgehändigt werden. In der Hand der Eltern oder Studenten ist der Bildungsgutschein ein Entgelt des Nachfragers von Bildung für den Anbieter von Bildung. Die Bindung staatlicher Subventionen an die Nachfrage nach Bildungsleistungen neutralisiert die Macht des staatlichen „Spenders“, stärkt aber die Nachfragesteuerung des Bildungsangebots in nicht unbedenklicher Weise. Es fragt sich daher, ob es wünschenswert wäre, Privatschulsubventionen, die heute schon von mehreren Bundesländern streng nach der Schülerzahl gewährt werden, in Bildungsgutscheine umzugestalten. Die Neutralisierung der finanziellen Staatsmacht ist mit der Ausgestaltung als Schüler-Kopf-Subvention bereits in ausreichendem Maße erfolgt. Die Ausformung als Bildungsgutschein würde das Bewusstsein der Eltern steigern, die Geldgeber der Schule und nicht nur diejenigen zu sein, die gerade dieser Schule ihr Kind anvertraut haben. Ebenso könnte sich in der Schule das

Bewusstsein verstärken, allein von den Eltern finanziell abhängig zu sein.

Es ist allerdings ein wesentlicher Unterschied zur freien Elternfinanzierung, dass die Höhe des Wertes des Bildungsgutscheins von den Eltern nicht beeinflusst werden kann; insoweit besteht eine staatliche Honorarfestsetzung, die auch andere freie Berufe durch staatliche Gebührenordnungen genießen.

Jedenfalls sollte der Staat aus ordnungspolitischen Gründen bestrebt sein, zusätzlich zur Gewährung von Schülerkopf-Subventionen das Spendenwesen und Stiftungen zugunsten des Bildungswesens zu fördern. Es ist zu erwarten, dass dies der Innovationsfähigkeit des Bildungswesens zugutekäme. Nicht, dass zu erwarten wäre, die Stiftungen oder die Einzelspender würden den Schulen bessere pädagogische Ideen nahebringen. Die Ideen müssen die Schulen schon selber haben. Aber sie brauchen die finanzielle Ermutigung, ihre eigenen Ideen zu verfolgen, auch auf die Gefahr hin, vorübergehend Schüler zu verlieren, weil Eltern ihre Kinder keinen Experimenten aussetzen wollen und deshalb stets sehr konservativ reagieren, wenn sie auf Veränderungen der Schule angesprochen werden, die ihre Kinder bereits besuchen.

Die staatliche Förderung von Spenden zugunsten des Bildungswesens geschieht heute schon mit Steuerbegünstigungen. Wir haben gleichwohl zu wenig pädagogisch engagierte Stiftungen. Ihr Finanzierungsvolumen ist mit den Stiftungen nicht vergleichbar, die sich der Forschungsförderung widmen. Darin drückt sich auch aus, dass es die potentiellen Spender eher als Sache der Eltern oder des Staates ansehen, Schul- und Hochschulunterricht zu finanzieren. Aber das erklärt das Spendendefizit nur, zur Rechtfertigung reicht es nicht aus, weil ein größeres Spendenvolumen im Interesse der Innovationsfähigkeit unseres Bildungswesens wünschenswert wäre.^[4]

4. Leider hemmt die kapitalistische Komponente unserer bestehenden Wirtschaftsordnung den Spendenfluss, vgl. dazu meine Hinweise im Editorial FdF 201, Seite 3 und 4. Kurzfristig hilft nur die Gründung von Stiftungen, vgl. dazu meine Vorschläge in „Anstöße für das Stiftungswesen“ und in „Denkanstöße für die DDR und für uns“, FdF 201, Seite 45 bis 48 und 49 bis 56, sowie in „Stiftungsgründungen durch die Treuhandstelle – Eine vergängliche Chance freiheitlicher Gestaltung“ in diesem Heft.

Wettbewerb kann sich nur entfalten, soweit pädagogische Autonomie der Schulen und Hochschulen überhaupt gegeben ist. Dass Autonomie allein die erwarteten Leistungssteigerungen nicht bringt, kann man an den Defiziten der Hochschullehre studieren.^[5] Autonomie plus Wettbewerb heißt die Formel für Leistungssteigerungen in der Lehre.

Wirtschaft und Kultur



Wenn wir noch einen Schritt weiter gehen, können wir fragen: Wer prägt die wirtschaftliche Nachfrage? Es ist das Individuum – oder sozialwissenschaftlich allgemeiner gesprochen: sein kultureller Lebensstandard, wodurch die wirtschaftliche Nachfrage geprägt wird. Letztlich bestimmt also das kulturelle Angebot einer Gesellschaft die Gestalt der wirtschaftlichen Nachfrage. Je schwächer die Gestaltungskraft der Kultur, umso niveauloser die wirtschaftliche Nachfrage und umgekehrt. Die Freiheit der wirtschaftlichen Nachfrage ist kulturell nur vertretbar, wenn man auf ihre Gestaltbarkeit durch Kultur und Bildung vertraut.

Der Gebildete sucht nicht die Menge des Verbrauchs, sondern den hohen Genuss, die Qualität des Angebots. Im Qualitätsstreben begegnen sich der nachfragende Kenner und der Anbieter, der gerne seine besondere Könnerschaft unter Beweis stellt. Aber in der Wirtschaft, in der Welt der kostendeckenden und gewinnbringenden Preise, bleibt es dabei, dass das Maß der Kennerschaft und der Zahlungsbereitschaft der Nachfrageseite letztlich bestimmt, was als preiswürdige Qualität des Angebots gewertet wird. Qualität, die in den Augen der Nachfrager nicht preiswürdig und bezahlbar ist, ist unter Marktbedingungen nicht in ausreichender Menge absetzbar, um die Kosten einer arbeitsteiligen Produktion dauernd zu tragen.

Wo immer Menschen arbeiten, ist auch das Streben nach Qualität und nicht nur finanzieller Anerkennung der Leistung feststellbar. Dem Interesse an der individuellen Leistungsentfaltung dient das Streben nach möglichst weitgehender Selbstbestimmung der Arbeit, das an jedem Arbeitsplatz zu beobachten ist. Das kulturtypische Freiheitsstreben bei der

5. Vgl. dazu meinen Aufsatz „Mehr Wettbewerb der Hochschulen im Bereich der Lehre durch ökonomische Anreize für die Fakultäten“ in FdF 205, Seite 37 bis 44.

Organisation jeder Arbeit zu berücksichtigen, hebt nicht nur die Arbeitszufriedenheit, sondern auf lange Sicht auch den ökonomischen Ertrag. Aber je mehr Freiheit man dem arbeitenden Individuum gewährt, um so deutlicher muss ihm die ökonomische Basis gemacht werden, auf der es steht. Jeder muss lernen zu akzeptieren, welche ökonomischen Antworten seine Leistungsergebnisse in Gestalt von Preisen, Krediten oder Spenden erhalten.

In der Gestalt der wirtschaftlichen Nachfrage spiegelt sich der erreichte kulturelle Standard einer Gesellschaft, das Gewordene, bis hin zur sogenannten „guten Industrieform“ moderner technischer Produkte. Im kulturellen Angebot spiegelt sich, was Menschen in einer bestimmten Gesellschaft jetzt und künftig noch erreichen möchten. Manches Bemühen wird sich als vergeblich erweisen, vereinzelt bleiben; anderes wird Unterstützung durch Spenden erfahren und sich dadurch leichter ausbreiten können. Mit der Verfügung über seine Zeit und seine wirtschaftlichen Mittel entscheidet jedes Mitglied der Gesellschaft ständig mit über wirtschaftliches oder kulturelles Wachstum.^[6] Dies ist ein demokratischer Prozess, in dem Minderheiten nicht überstimmt werden, sondern ihre Lebensziele ebenso verwirklichen können wie Mehrheiten. Autonomie, Vielfalt und Wettbewerb sind die ordnungspolitischen Quellenpunkte des kulturellen und wirtschaftlichen Reichtums der Nationen.



6. Es darf aber nicht übersehen werden, daß Fehler unseres Geldwesens nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das kulturelle Wachstum fast ständig strangulieren; vgl. dazu Jobst von Heynitz, „Keynes' Carrying-costs – ein erster Schritt zum alternativen Geld und zu ausreichender Finanzierung der Kultur?“, FdF 198.

Zum Autor

Eckhard Behrens (* 1937 – † 2018)



Als pensionierter Volljurist hat er sich seit dem Studium mit volkswirtschaftlichen Fragen beschäftigt und darüber Vorträge gehalten und Aufsätze geschrieben, zum Beispiel über die weltweite Finanzkrise in „Fragen der Freiheit“ Heft 281 (2010). Als ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. in Bad Boll war er bis zu seinem Tod im Jahr 2018 aktiv.

Dieser Text entstand bereits 1991 und wurde zuerst in der Zeitschrift „Fragen der Freiheit“ veröffentlicht.

Leserbriefe

Ihre Meinung ist uns wichtig! Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönlichen Meinungen. Wir bemühen uns, so viele Leserbriefe unterzubringen, wie möglich. Wenn wir Leserbriefe kürzen, dann so, dass das Anliegen der Schreibenden gewahrt bleibt. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

„Die verheerenden Folgen der geduldeten Missachtung einer Grundgesetzbestimmung“ von Siegfried Wendt – Heft 02/2019

Nur wenige schaffen es die Finanzstruktur mutig als täuschungsreiche Privilegien-Anhäufung und Diebstahl darzustellen und eine Ersatzlösung klar und mutig zu benennen. Finanz-„Wissenschaftler“ haben meist ein mit Fremdwörtern vernebeltes Vokabular und sprechen wie Parteipolitiker – Ausnahme Sarah Wagenknecht – die wesentlichen Systemfehler im Finanzsystem erst gar nicht an.

Die Bemerkung eine Firma sollte nicht veräußerbar sein, ist für mich, der Nachfolge sucht und keinen Shareholder-Value-Kapitalisten in der Gesellschaft haben will, ein besonders interessanter Ansatz, übrigens auch schon von Wagenknecht erwähnt. Aber wer berät einen ungelerten Gesellschafter, wie man dies macht?

Alles gute Überlegungen, Lebensleistung – in Tabelle 2 dargestellt, noch nie gesehen und so klar. Warum bleibt dies alles in der Wunschliste? Wie wäre ein Systemwechsel zu gestalten? Und das Gehörtwerden, wenn daneben die verführerische Vernebelungsmaschine (zu Deutsch „Framing“) ständig läuft? Eigenes Denken, eine klare Sprache und Vernetzen sind ein erster Ansatz.

Hanno Wachernig, Diessen

Zu „Wunderinsel Barataria“ von Michael Stolleis

Zitat aus dem Text: „Noch eine Bemerkung zu Silvio Gesell und seinem Traum von der Abschaffung des Kapitalismus bei gleichzeitiger Erhaltung privater Interessenverfolgung: Vor dem Hintergrund einer geplatzten Spekulationsblase und dreister Bonuszahlungen aus den gerade zur Rettung der Banken überwiesenen Staatsmitteln drängt sich die Frage auf, ob es nicht sinnvoll wäre, die gefährliche Idee einer uferlosen Geldvermehrung ohne Anknüpfung an das reale Wirtschaftswachstum durch die ebenso närrisch erscheinende Idee des zinslosen Geldes zu ersetzen.“

Außerdem wird man nicht an der Frage vorbeikommen, worin das Motiv liegen könnte, Geld in größerem Umfang zu erwerben und altruistisch zu verleihen, wenn es nicht „arbeiten“, also keinen Zins abwerfen und dem Geldgeber nutzen soll. Schon die Einrichtung einer dauerhaften Stiftung, die von ihren Zinserträgen lebt, würde daran scheitern. Schließlich spricht alle historische Erfahrung gegen Zinsverbote...“.

Diese Sätze im ansonsten interessanten Artikel des Autors Michael Stolleis zeigen, dass er die Freiwirtschaft gründlich missverstanden hat.

Weder unterscheidet er Geld und Guthaben, noch versteht er den „Verleih-Anreiz“ von Freigeld, noch weiß er überhaupt, dass Freigeld kein Zinsverbot bedeutet, sondern einen Marktzins um 0 Prozent. Was daran gut sein soll, wenn Stiftungen auf ewig Leute für die Ziele lang verstorbener Stifter arbeiten lassen können, verstehe ich auch nicht! Ich arbeitete selbst mal in einem Projekt, das durch Gelder der Volkswagenstiftung finanziert war und somit abhängig von der Beurteilung durch eine Vermögensverwalterin dieser Stiftung. Der Kapitalstock der Stiftung stammt also praktisch noch aus Nazi-Deutschland.

Vlado Plaga, Dortmund

Zu „Der Geldumschlag – Die Alchimistin von Eindhoven“ von Andreas Bangemann – Heft 02/2019

Lieber Andreas, ich komme aus dem Schwärmen gar nicht mehr raus! Eben habe ich Friedrich Müller-Reißmann zu seiner so genialen „identitären Ideologie“-Aufarbeitung, mit der galanten Kurve zur Geldreform gratuliert. Und nun bist Du dran: Nicht nur Dein Editorial ist immer wieder interessant und erstaunlich neu und rund formuliert. Ich habe mir dieses Mal noch Deine „Kurzgeschichte“ reingezogen – eigentlich mehr neugierig Deinetwegen!

Ja, und seitdem frage ich mich: Wie ist es möglich, dass Du auch noch so ein psychologisch, emotionales, physiologisch, geistiges...Wunderwerk – nicht nur erdenken – sondern auch genial ausdrücken kannst? Und lässt mich nun allein mit Finn! Eigentlich müsste ich sauer auf Dich und Holly sein. Ja, eigentlich.

Barbara Krüger-Creutz

„Armut und soziale Gerechtigkeit“

Sehr geehrter Herr Bangemann,

ich habe eine Frage an Sie:

In den letzten Tagen habe ich einige Artikel aus dem Buch „Armut und soziale Gerechtigkeit in Deutschland“ gelesen, die mich irritieren. Vor allem stellt es die gängigen Auffassungen von Ungleichheit zum Teil in Frage.

In einem kurzen Artikel differenziert und widerlegt Judith Niehus zum Teil die These, wonach die Reallöhne nicht steigen und auch, dass Armut und Ungleichheit in den letzten Jahren zunehmen würden. Sie kommt zu den Ergebnissen, weil sie eine Migrantenstichprobe aus den Datensätzen herausrechnet.

Ist das denn so einfach zulässig? Bzw. was wären Gegenargumente? Ich bin leider nicht tief genug in die Materie drinnen und wollte Sie als Experten fragen. Vielleicht kennen Sie auch einen Autor, der dazu Stellung beziehen kann, also in Form eines Artikels in der Humanen Wirtschaft (die ich nach wie vor sehr gerne lese).

*Professor Armin Schachameier,
Berufsakademie Sachsen*

Antwort von Andreas Bangemann:

Sehr geehrter Herr Professor Schachameier,

vielen Dank für Ihre Frage.

Das Thema Ihrer Frage ist gewichtig, weil auf Basis der Armuts-Reichtums-Entwicklung, sowohl in Deutschland als auch weltweit, zunehmend politische Forderungen aus Kreisen der Bevölkerung und von Seiten namhafter Nichtregierungsorganisationen gestellt werden. Wenn OXFAM alljährlich die neuesten Statistiken dazu, direkt im zeitlichen Vorfeld des Weltwirtschaftsforums in Davos, veröffentlicht, greifen das die Medien dankend auf. Auch die jeweils veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung kommen zu vergleichbaren Ergebnissen mit entsprechender Öffentlichkeitswirksamkeit. Politikerinnen und Politiker aus links einzuordnenden Kreisen stellen ihre Forderungen in der Folge Aufmerksamkeit erheischend heraus. Leider spielen dabei grundlegende Systemänderungen nahezu keine Rolle. Man fokussiert sich auf steuerliche Aspekte. Höhere Einkommenssteuern für Reiche, Vermögens- und Erbschaftssteuern sind die Lieblingsansatzpunkte.

Um derlei Forderungen abzuwehren, braucht es von Seiten Andersdenkender in Politik und Wirtschaft überzeugende Argumente. Die Tendenz, wonach es sowohl eine Zunahme von Geldvermögen per Saldo als auch eine Verbreiterung der Kluft zwischen Arm und Reich gibt, kann man nicht leugnen, weil das evident ist. Aus diesem Grund muss man sich auf die Berechnungsmodelle der Entwicklung beziehen. Hintergrund dafür ist der Glaube – oder das Weismachenwollen des Glaubens – an den sogenannten „Trickle-Down-Effekt“. Der besagt, dass eine Zunahme des „Wohlstands“ – de facto des materiellen Reichtums – der reichen Klasse automatisch zu einer Verbesserung des Wohlstands der armen Klassen führe. Frei nach dem Motto: Die Flut hebt alle Boote. Um das zu beweisen, braucht es die Kapriolen, die Frau Niehues effektiv vollzieht. Sie hinterfragt, ob der Befund der sogenannten Armut haltbar ist. Das mag seine Berechtigung haben, denn individuell fühlt sich Armut unweigerlich unterschiedlich an. Wenn man mit Argumenten verhindern will, dass es zu höheren Steuern kommt, deren Umverteilungswirkung

das weitere Steigen, die „Flut“, bedroht und damit den Armen eher Nach- als Vorteile bringt, dann ist diese armutsrelativierende „Strategie“ eine erfolgversprechende. Zumindest setzt sie argumentativ den Forderungen der Opposition etwas entgegen. Man schwört die Gefahr herauf, wonach eine Umverteilungspolitik gesamtgesellschaftlich bedrohlich ist. Da Menschen auf keinen Fall wollen, dass es ihnen in Zukunft (noch) schlechter geht, bremst man mit Hilfe von derlei Studien die Dynamik hinter den Forderungen aus oder erstickt sie gar im Keim. Der begrenzte Erfolg der Partei „Die Linken“ beweist das. Erst recht, wenn man noch dazurechnet, wie sich die „linke Volkspartei“ SPD in eine entwickelt hat, die weiter denn je von den Arbeitern und den Benachteiligten in der Gesellschaft entrückt ist.

Aus meiner Sicht, der ich mich für grundlegende strukturelle Reformen des Geldsystems und ausgesuchten Bereichen des Eigentumsrechts stark mache, würde sich eine Befassung mit den Argumenten von Frau Niehaus auf eine andere Ebene begeben. Es kann nicht um die Frage gehen, wer sich wie arm fühlt oder fühlen darf. Es muss um die Entwicklung als Ganzes, seine Ursachen und Wirkungen gehen. Dabei würde man sich zum Beispiel viel pointierter der Frage widmen, inwieweit es zu einer Marktwirtschaft passt, dass es darin systemisch verankerte Privilegien gibt, mit Hilfe derer sich die ohnehin Reichen kontinuierlich ohne eigene Leistung bereichern können. Für derlei grundlegende Änderungen gibt es keine öffentlich wahrnehmbare Lobby. Das hat politisch seine Erklärung – zum Teil – darin, dass es für Systemänderungslösungen und -ideen keinerlei Feindbilder braucht, ohne die hingegen „linke Politik“ nicht auskommt.

Ich hoffe, es ist mir gelungen, Ihnen ein wenig im Zusammenhang mit Ihrer „Irritierung“ zu helfen.

Bei Personen, wie Frau Niehues schaue ich mir im Rahmen der Befassung mit den Argumenten auch immer an, aus welchem Umfeld sie kommen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft vertritt Interessen, denen man getrost absprechen kann, auf das Wohlergehen der Gesamtgesellschaft zu achten. Hinter derlei Studien baut sich ein „Despotismus der Logik“ auf, die aus Kreisen mächtiger Bewahrer von Pfründen voller Selbstbewusstsein vorgetragen wird. In Zeiten, in denen sich der Wind dreht und grundsätzliche Systemfragen auf den Tisch kommen, ist eine Betrachtung darüber, wie sich Armut für den Einzelnen anfühlt, im Rahmen einer neu zu gestaltenden Ordnung irrelevant. Die Verschiedenheit der Menschen ist ein hohes Gut. Sie zu benutzen, um damit Propaganda für ein „Weiter so!“ zu machen, ist verwerflich.

Andreas Bangemann, Wuppertal



Felix Fuders zu Gast in Villa Gesell

Andreas Bangemann

Die Gemeinde Villa Gesell und ihr Bürgermeister Gustavo Barrera unterstützten die Konferenz gemeinsam mit bekannten Unternehmen, Organisationen und Banken. Der Distrikt-Gouverneur und der argentinische Tourismusminister besuchten die Veranstaltung ebenfalls.

Felix Fuders würdigte in seinem Eröffnungsvortrag Silvio Gesell und sein Werk. Er war letztlich der Namensgeber des Ortes, den sein Sohn Carlos mit der Gründung würdigen wollte. Die Zuhörerinnen und Zuhörer zeigten sich anschließend begeistert von dem für sie bis dato kaum bekannten Werk des „Stadtvaters“. Der Wirtschaftsprofessor Felix Fuders wurde in Folge von lokalen Radio- und Fernsehsendern interviewt, auch die Presse zeigte sich interessiert.

Wie auch während seines Vortrags zur Konferenz wies Fuders dabei auf den innovativen Vorschlag von Silvio Gesell hin, der vor mehr als 100 Jahren veröffentlicht wurde, und vorsah, einen negativen Zinssatz zuzulassen, um einen starken Rückgang der Gesamtnachfrage und eine Stagnation der Wirtschaft zu vermeiden, die durch ein längeres Horten der Währung verursacht werden kann. "Wirtschaftswissenschaftlern fällt es auch heute noch schwer, in Sphären negativer Zinsen zu denken, aber mit einer entsprechenden Maßnahme – richtig umgesetzt – können durch sie die Antworten für wichtige wirtschaftliche Lösungen gefunden werden", sagte Fuders.

„Silvio Gesell beeinflusste das Denken von Ernesto Tornquist und Raúl Prebisch und damit den wirtschaftlichen Aufschwung Argentiniens zu Beginn des letzten Jahrhunderts. In den 1930er Jahren gelang es einer Stadt in Österreich (Wörgl), die Weltwirtschaftskrise zu überwinden, indem sie eine Geldpolitik gemäß den Richtlinien von Gesell umsetzte“, erläuterte Fuders den Gästen die Relevanz der Arbeit des Ökonomen und Geldreformers. Dass seine Bedeutsamkeit bis in die Neuzeit wirke, belegte Felix Fuders mit den Negativzinsen der Europäischen Zentralbank und den Äußerungen des Vorstandsmitglieds der EZB Benoît Cœuré, der bereits mehrfach darauf hinwies, welche Veränderungskraft hinter dem Gesellschen Gedanken stecke, Bargeld einer Umlaufsicherung zu unterwerfen.

An der Konferenz nahm auch der argentinische Autor Dr. Carlos Fernando Louge teil (siehe Foto links). Dieser veröffentlichte 2017 das Buch „Keynes & Gesell ¿nuevo paradigma?: El orden económico natural y breve historial monetaria argenti-

Bildrechte aller Bilder dieses Beitrages: Rotary-Club, Villa Gesell. Erlaubnis zur Nutzung von Felix Fuders erteilt.

Professor Dr. Felix Fuders ist Direktor des Instituts für Ökonomie an der Austral Universität in Chile (UACH), außerdem Direktor von SPRING Chile, und in Deutschland Mitglied der Gesellschaft für Nachhaltigkeit und im Netzwerk für Nachhaltige Ökonomie, Berlin, sowie 1. Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins „Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e. V. (INWO)“

Am 5. April 2019 eröffnete Felix Fuders auf Einladung des Rotary Clubs im argentinischen Badeort Villa Gesell eine Konferenz zu Ehren Silvio Gesells und dessen Sohn Carlos. Letzterer gründete die Stadt Villa Gesell, die heute mit knapp 30.000 Einwohnern jährlich rund 750.000 Touristen anzieht und zu einem der meistbesuchten Ausflugs- und Urlaubsziele Argentiniens zählt. 1931 erwarb Carlos Gesell das ca. 350 km südlich von Buenos Aires am Atlantik gelegene Stück Land und entwickelte es nach und nach.



na”^[1]. Felix Fuders und Carlos Louge besuchten auch gemeinsam das Gesell-Museum am ehemaligen Wohnsitz von Carlos Gesell. Dazu schrieb uns Professor Fuders in einer E-Mail: „Dort ist jetzt der zweite Stock des Hauses Silvio Gesell gewidmet, und die Bibliothek von Silvio (die zuvor noch bei der Familie Meszaros Gesell in Buenos Aires war) ist nun hier gelandet. Der Urenkel Silvios, Víctor Meszaros Gesell, den ich 2015 kennengelernt hatte, fragte mich vor zwei Jahren an, ob die Bibliothek an unserer Uni in Chile untergebracht werden könnte. In einer Unibibliothek wären die Bücher aber zwischen all den anderen untergegangen. Hier im Museum sind sie nun zusammen als eine Sammlung erhalten, was mich sehr freut. Übrigens wird in dem Museum auch Werner Onken geehrt, für seine Leistungen um die Verbreitung der Schriften Gesells. Es gibt ein Foto von ihm und einige Zitate, die in Bilderrahmen an der Wand hängen.“

Carlos Gesell, der Gründer von Villa Gesell wurde 1971 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Er starb 1979 im Alter von 88 Jahren in Buenos Aires.

¹ Übersetzung: „Keynes & Gesell - Neues Paradigma: Die Natürliche Wirtschaftsordnung und eine kurze argentinische Geschichte des Geldes.“ (Bisher nicht auf Deutsch erschienen)



Der Rechtsanwalt Dr. Carlos Fernando Louge stellt sein Buch auf einer Online-Konferenz der MPA (*Movimiento Productivo Argentino*) im August 2018 vor (das Video ist in Spanisch).
https://www.youtube.com/watch?v=bFMKEyvN4_o

Gesell

Dich doch dazu



Bestellschein:

Bitte per Fax an +49(0)201 - 458 457 86
 oder im Briefumschlag
 senden an:

HUMANE WIRTSCHAFT
 Katharinenstraße 14
 45131 Essen

Ich bestelle die umseitig eingetragenen Artikel
 gegen Rechnung:

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 ggf. Kundennummer: _____
 Datum: _____
 Telefon/Fax: _____
 E-Mail: _____
 Unterschrift: _____



Bestellschein:

Bitte per Fax an (+49)201 -458 457 86
 oder im Briefumschlag
 senden an:

HUMANE WIRTSCHAFT
 Katharinenstraße 14
 45131 Essen

- Ich bestelle das umseitig eingetragene Abonnement gegen Rechnung
- Ich zeichne eine Fördermitgliedschaft

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Kundennummer (falls vorhd.): _____
 Datum: _____
 Telefon/Fax: _____
 E-Mail: _____
 Unterschrift: _____

BUCHEMPFEHLUNGEN

Silvio Gesell: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (1920)
Verlag für Sozialökonomie, letztmalig 1920 von Silvio Gesell überarbeitete 4. Auflage,
2009, Paperback, 440 Seiten, 25,00 €, ISBN 978-3-87998-421-3 (Band 11)



Das Standardwerk des Begründers der Natürlichen Wirtschaftsordnung, das in seiner Logik nichts an Aktualität verloren hat. Mit seinem Reformkonzept war Silvio Gesell seiner Zeit voraus.

Anmerkung des Verlags: „Bei dieser Ausgabe handelt es sich um die letzte von Silvio Gesell selbst überarbeitete und durchgesehene Auflage

aus dem Jahr 1920. Die seinerzeit verwendete Frakturschrift wurde in einer besser lesbaren Schrift neu erstellt. Die frühere Rechtschreibung wurde beibehalten. Wir haben lediglich einige Schreibfehler und technische Mängel behoben und Abbildungen verkleinert, um sie aus dem Querformat in eine lesefreundlichere Position zu bringen. Am Inhalt wurde nichts verändert.

Um auch auf neuere Veröffentlichungen hinweisen zu können, wurde als Geleitwort die erweiterte Fassung aus dem Buch „Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von Werner Onken (Lütjenburg 1999) verwendet und für diese Ausgabe 2007 nochmals bearbeitet.“

<https://shop.humane-wirtschaft.de/NWO>

Werner Onken: „Silvio Gesell in der Münchener Räterepublik – Eine Woche Volksbeauftragter für das Finanzwesen“, Oldenburg 2018, 110 S., Softcover, 16,00 €, ISBN 978-3-933891-31-0



Nach dem Ersten Weltkrieg ging aus der deutschen Novemberrevolution im April 1919 die Münchener Räterepublik hervor. Schon nach wenigen Wochen wurde sie von deutschen Regierungstruppen blutig niedergeschlagen.

Es geht in dieser Studie um den deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialreformer, der als Volksbeauftragter für das Finanzwesen an der Münchener Räterepublik beteiligt war. Dargestellt werden seine Ziele, seine Mitwirkung in der Räterepublik und sein Schicksal nach ihrer Niederschlagung. Außerdem wird geschildert, wie er die wirtschaftspolitische

Entwicklung der 1920er Jahre beurteilte, die danach zum Absturz Deutschlands in die Barbarei des Nationalsozialismus beitrug.

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder über:
Dieter Fauth, Betzengraben 5, 97299 Zell.
E-Mail: post@dieterfauth.de (Lieferung frei Haus)

NEU

Michael Kopatz: „Ökoroutine – Damit wir tun, was wir für richtig halten“
oekom verlag, München, Juli 2016, 416 Seiten, 24,95 €, ISBN 978-3-86581-806-5



Dieses Buch macht Schluss mit umweltmoralischen Appellen! Es zeigt: Wir können nachhaltig leben, ohne uns tagtäglich mit Klimawandel oder Massentierhaltung befassen zu müssen. Wir machen ökologisches Leben einfach zur Routine!

Was unmöglich erscheint, ist konzeptionell einfach: Mülltrennung, Sparlampen, Effizi-

enzhäuser – alles längst akzeptiert oder in Reichweite. Was wir zur Durchsetzung einer gelebten Nachhaltigkeit brauchen, ist eine Politik, die neue, innovative Standards und Limits durchsetzt: Wenn Geräte weniger oft kaputtgehen, die Tierhaltung artgerechter wird oder bedenkliche Zusatzstoffe aus Lebensmitteln verschwinden – welcher Ver-

braucher würde sich darüber beschweren? Michael Kopatz präsentiert in diesem Buch eine Vielzahl leicht umsetzbarer, politischer Vorschläge für alle Lebensbereiche, damit die Utopien von heute schon bald die Realitäten von morgen werden.

Weitere Informationen unter: www.oekoroutine.de

Zu beziehen im Shop: https://shop.humane-wirtschaft.de/kopatz_oekoroutine

Eugen Drewermann: „Geld, Gesellschaft und Gewalt – Kapital und Christentum (Band 1)“
Patmos Verlag, 406 S., Hardcover m. Schutzumschlag, 32,00 €, ISBN 978-3-8436-0817-6



Immer mehr, immer schneller, immer weiter: Die derzeit herrschende Wachstumsdoktrin ist nicht nur schädlich, sie ist ruiniös. Es werden immer mehr Produkte auf den Markt geworfen – zu Lasten der armen Bevölkerung und der Natur.

Eugen Drewermann zeigt auf, dass eine nachhaltige und damit nicht länger wach-

tumsbestimmte Wirtschaftsform die einzig realistische und tragfähige ist. Leicht verständlich erläutert er wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge und deutet die derzeitige Weltlage tiefenpsychologisch fundiert.

Ein unverzichtbares Werk für alle, die die Problematik der aktuellen ökonomischen und damit ökologischen Entwicklungen erkennen und etwas ändern wollen.

»Es gibt im Kapitalismus keine Messfühler, die auf Mitleid oder Menschlichkeit oder moralische Verantwortung reagieren würden (...) Womit man es zu tun hat, sind nicht Personen, die man mit moralischen oder religiösen Argumenten erreichen könnte; man hat es zu tun mit einem System, das nach eigenen Regeln funktioniert, und nur, wenn man diese Regeln begreift, ... besteht eine gewisse Aussicht, etwas zu erreichen.«

Eugen Drewermann

Zu beziehen im Shop: https://shop.humane-wirtschaft.de/Drewermann_G_G_G

Die Zeichen der Zeit unserer ZEITschrift.

Funkgesteuerte TOP-Metall Wanduhr (ca. 25 cm Ø). Gebürstetes Aluminiumgehäuse, **kein lästiges Ticken**, stellt sich automatisch und zeigt Ihnen immer, was die Stunde geschlagen hat. Die Uhr holt sich die korrekt Zeit per Funk. Kein Umstellen von Sommer-/Winterzeit nötig. Kein Nachstellen erforderlich. Erste Batterie im Paketpreis enthalten.



Auslieferung in dekorativer Einzel-Geschenkbbox.
Eignet sich hervorragend zum Verschenken!

Werner Peters: „Generosität – Für einen aufgeklärten Egoismus“ Edition Steffan, Köln (Sept. 2013), Paperback, 232 Seiten, 19,90 € ISBN 978-3-923838-71-4



Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat für Verunsicherung gesorgt und der Glaube an die Unfehlbarkeit des Marktes ist vielfach abhandengekommen. Was läuft falsch?

Werner Peters analysiert nicht nur die Ursachen und den Ver-

lauf der Krise, sondern entwickelt Lösungen. Er sieht das Grundproblem in der fehlenden Ethik des Kapitalismus, der sich alleine durch seine vermeintliche Effizienz rechtfertigt. Seine Idee ist eine erstzunehmende Grundlage für den Diskurs über eine bessere Gesellschaft, an der jeder Einzelne mitwirken kann.

https://shop.humane-wirtschaft.de/werner_peters_generositaet



D 6,50 EUR
A 6,90 EUR
CH 9,80 SFR



HUMANE WIRTSCHAFT

...mehr als eine Zeitschrift



<https://humane-wirtschaft.de>



0002-9-TK – Helmut Creutz: „Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaft“, Ergänzt um einen Beitrag zur Niedrigzinsphase sowie mit aktualisierten Grafiken!, Verlag Thomas Kubo UG, Dez. 2018, 495 Seiten, mit Fadenheftung gebunden, Lesebändchen und Schutzumschlag, zahlreiche Grafiken, Abb. und Tabellen., **ISBN: 978-3-96230-002-9**

28,00 € (DE); 28,80 € (AU) HIER BESTELLEN-> <https://hwlink.de/GSneu>

Das faktenreiche Standardwerk eröffnet neue Einsichten in die Beziehungen zwischen Geld und den Entwicklungen der Probleme unserer Gesellschaft und zeigt Wege zur Überwindung der geldbezogenen Fehlstrukturen auf.

Warum werden die weltweit vagabundierenden Geldströme immer größer, weshalb reagieren die Kurse an den Aktien- und Vermögensmärkten immer hektischer und warum bekommen die Notenbanken Geldmenge und Kaufkraft nicht in den Griff? Vielleicht haben Sie sich auch schon gefragt, vor allem angesichts der Ereignisse in den letzten zehn Jahren, warum wir jedes Jahr unsere Wirtschaftsleistung steigern müssen und trotzdem die Staatsverschuldungen ständig zunehmen und ebenso die Scherenöffnung zwischen Arm und Reich? – Helmut Creutz veranschaulicht auf verblüffende Weise, wie all diese Fehlentwicklungen mit den Strukturen unseres Geldsystems zusammenhängen, und bietet sinnvolle und kompetente Lösungsvorschläge.



1226-1-ME – Dirk Löhner, Fred Harrison (Hg.): „Das Ende der Rentenökonomie“ – Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, übersetzt aus dem Amerikanischen von Dirk Löhner et al. Metropolis-Verlag, Marburg 2017, 377 S., broschiert, **ISBN: 978-3-7316-1226-1**

34,80 €

Dieses Buch handelt von einem neuen ökonomischen Paradigma. Jeder politische Entscheidungsträger sollte es kennen. Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaubwürdig geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriewelt geprägten Fach ist eine Scheibe.

In „Das Ende der Rentenökonomie“ stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden. Die Beiträge leisten eine Rückbesinnung. Dabei beziehen sie sich auf die wichtigsten Arbeiten von Mason Gaffney, einem mittlerweile emeritierten Professor der University of California (Riverside), USA, und herausragendem heterodoxen Ökonomen. In seinem Sinne zeigt dieser Band, wie die Volkswirtschaft dem Gemeinwohl dienen kann. Die Befreiung aus der Zwangsjacke einer dauerhaften Stagnation, öffentlicher Armut, niedriger Löhne und Beschäftigungsunsicherheit ist möglich.



Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT
Einzelpreis 6,00 €

März/April	02/2018	0518-2-HW
Mai/Juni	03/2018	0518-3-HW
Juli/Aug.	04/2018	0518-4-HW
Okt./Nov.	05/2018	0518-5-HW
Jan./Feb.	01/2019	0519-1-HW
März/April	02/2019	0519-2-HW
Mai/Juni	03/2019	0519-3-HW

Ältere Ausgaben auf Anfrage.

Postkarten-Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



Flyer Postkartenformat, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 105x148mm (Postkarte), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €
Bestellnr.: 0911-1-HW

DIN-Lang Flyer HUMANE WIRTSCHAFT



DIN-Lang Flyer, ideal zum Verteilen, Bekanntmachen. Format: 100x210mm (DIN-lang), 6 Seiten., je 100 Stück 10,00 €
Bestellnr.: 0910-4-HW

Jahres-CD: 18,00 € Alle Ausgaben eines Jahrgangs!
Verfügbar von 2010 bis 2018 – auch zum Download!



2017: 4017-0-HW

2018: 4018-0-HW

Das Einsteigerpaket für Aussteiger

Alle fünf Ausgaben aus 2018 in einer Baumwolltasche

19,00 €

Bestellnr.: 0618-0-HW

